

EBERHARD KARLS  
UNIVERSITÄT  
TÜBINGEN



PHILOSOPHISCHE  
FAKULTÄT



*Die Reformbemühungen der chinesischen  
Führung im Rahmen des Dritten Plenums  
des 18. Zentralkomitees*

Maximilian Westphal

Greater China Studies  
Master Theses Collection

大中華學優秀碩士畢業論文彙編

November 2015

Department of Chinese and Korean Studies  
Chair of Greater China Studies  
Wilhelmstraße 133  
72074 Tübingen  
Germany

Eberhard Karls Universität Tübingen  
Philosophische Fakultät  
Asien-Orient-Institut  
Abteilung für Sinologie und Koreanistik

Arbeit zur Erlangung des akademischen Grades Master of Arts

## Die Reformbemühungen der chinesischen Führung im Rahmen des Dritten Plenums des 18. Zentralkomitees

Ein Modernisierungsversuch des chinesischen Wachstumsmodells zur Nivellierung der  
steigenden Ungleichgewichte in Wirtschaft und Gesellschaft

1. Gutachter: Prof. Dr. Gunter Schubert  
2. Gutachter: AOR Dr. Peter Kuhfus

Vorgelegt von: Maximilian Westphal  
M. A. Politik und Gesellschaft Ostasiens  
E-Mail: maxwestphal@gmx.de

Tübingen, den 17. November 2015

# Inhaltsverzeichnis

Einleitung .....	1
1 Konzeptioneller Rahmen .....	6
1.1 Authoritarian Upgrading .....	6
1.2 Authoritarian Upgrading nach Heilmann .....	7
2 Die Ungleichgewichte des chinesischen Wachstumsmodells und seine Folgen .....	11
2.1 Ökonomische Ungleichgewichte.....	11
2.2 Exporte und Investitionen als Wachstumstreiber .....	16
2.3 Die Grenzen des export- und investitionsgetriebenen Wachstums .....	24
2.4 Soziale Ungleichgewichte .....	32
2.5 Die Konzentration von Macht und Vermögen und ihre Folgen .....	36
3 Die Reformbemühungen des 18. Zentralkomitees .....	40
3.1 Langfristige Strategie .....	40
3.2 Das Dritte Plenum des 18. Parteitags .....	43
3.3 Die Umsetzung der Reformvorhaben - erste Erfolge und ein Fragezeichen .....	55
4 Korruptionsbekämpfung, Massenlinie und die Hervorhebung der Rechtsstaatlichkeit als Teil der Reform des chinesischen Wachstumsmodells.....	61
4.1 Korruptionsbekämpfung mit chinesischen Charakteristiken.....	61
4.2 Korruptionsbekämpfung als Regimemodernisierung.....	68
4.3 Die Steigerung der Regierungskompetenz durch die „Massenlinie Bildung und Praxis“.....	72
4.4 Das Regieren im Einklang mit dem Gesetz als Teil des Authoritarian Upgrading .....	76
Schlussbetrachtung.....	81
Quellenverzeichnis .....	86

# Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Zusammensetzung des BIP-Wachstums .....	13
Abbildung 2: Entwicklung der Leistungsbilanz verglichen mit den Ersparnissen und den Bruttoinvestitionen .....	15
Abbildung 3: Leitzinsen und Inflation in China.....	21
Abbildung 4: Relative Armut im urbanen Raum nach unterschiedlichen Definitionen.....	34

## Abkürzungsverzeichnis

AMC	Asset Management Company
AU	Authoritarian Upgrading
BIP	Bruttoinlandsprodukt
CHIP	China Household Income Project
FUVR	Führungsgruppe zur umfassenden Vertiefung der Reformen
GFK	Globale Finanzkrise
IWF	Internationaler Währungsfond
KPCh	Kommunistische Partei Chinas
LGFV	Local Government Finance Vehicle
RPA	Rechnungsprüfungsamt der VR China
SU	Staatsunternehmen
ZDK	Zentrale Disziplinarkommission

## Chinesische Termini

<i>difang zhengfu</i>	地方政府	Lokalregierung
<i>difang zhengfu rongzi pingtai gongsi</i>	地方政府对融资平台公司	Local Government Funding Vehicle
<i>hexie shehui</i>	和谐社会	Harmonische Gesellschaft (Politikinitiative Hu Jintaos)
<i>hukou</i>	户口	Offizielle Wohnsitzkontrolle
<i>ganbu kaohe zhidu</i>	干部考核制度	Kader-Evaluierungssystem
<i>guojia fazhan he gaige weiyuanhui</i>	国家发展和改革委员会	Staatliche Kommission für Entwicklung und Reform der VR China
<i>guojia xinxing chengzhenhua guihua</i>	国家新型城镇化规划	Neuer Nationaler Urbanisierungsplan (2014-2020)
<i>guowuyuan guoyouzichan jiandu guanli weiyuanhui</i>	国务院国有资产监督管理委员会	Kommission zur Kontrolle und Verwaltung von Staatsvermögen
<i>sirenbang</i>	四人帮	Viererbande
<i>qunzhongluxian jiaoyu shijian huodong</i>	群众路线教育实践活动	Massenlinie Bildung und Praxis
<i>renminbi</i>	人民币	Renminbi (offizielle Währung der VR China)
<i>shehui zhuyi xin nongcun jianshe</i>	社会主义新农村建设	Errichtung eines neuen sozialistischen ländlichen Raumes (Politikinitiative Hu Jintaos)
<i>shuanggui</i>	双规	Inhaftierung und Befragung von Parteimitgliedern durch die Partei außerhalb des Justizsystems
<i>yao jianchi „laohu“, „cangying“ yiqi da</i>	要坚持“老虎”、“苍蝇”一起打	Ausspruch Xi Jinpings Korruption ohne Ansehen von Rang und Namen zu verfolgen
<i>yifazhiguo</i>	依法治国	Regieren im Einklang mit dem Gesetz
<i>gaige kaifang</i>	改革开放	Reform und Öffnung (Schlagwort für die Reform- und Öffnungspolitik unter Deng Xiaoping)
<i>zhonggongzhongyang dangxiao</i>	中共中央党校	Zentrale Parteischule der KPCh

<i>zhongguo gongchandang</i>	中国共产党	Kommunistische Partei Chinas
<i>zhongguo gongchandang zhongyang jilü jiancha weiyuanhui</i>	中国共产党中央纪律检查委员会	Zentrale Disziplinarkommission der KPCh
<i>zhonghua renmin gongheguo guojia tongjiju</i>	中华人民共和国国家统计局	Staatliches Amt für Statistik der VR China
<i>zhongguo renmin yinhang</i>	中国人民银行	Chinesische Volksbank (Zentralbank der VR China)
<i>zhongguo yinhang yinhangye jiandu guanliweiyuanhui</i>	中国银行业监督管理委员会	Regulierungskommission für das Bankenwesen der VR Chinas
<i>zhonghua renmin gongheguo guowuyuan</i>	中华人民共和国国务院	Staatsrat der VR China
<i>zhonghua renmin gongheguo shenjishu</i>	中华人民共和国审计署	Rechnungsprüfungsamt der VR China
<i>zhongyang ba xiang guiding</i>	中央八项规定	Achtpunkteregeln des Zentralkomitees
<i>zhongyang junshi weiyuanhui</i>	中央军事委员会	Zentrale Militärkommission der VR China
<i>zhongyang quanmian shenhua gaige lingdao xiaozu</i>	中央全面深化改革领导小组	Führungsgruppe zur umfassenden Vertiefung der Reformen

## Einleitung

„In der chinesischen Wirtschaft gibt es nach wie vor große Probleme, dies sind Probleme der Instabilität, des Ungleichgewichts, fehlender Koordination und einer fehlenden nachhaltigen Struktur. Die sogenannte Instabilität ist, um genau zu sein, eine zu hohe Wachstumsrate der Investitionen, eine exzessive Kreditvergabe, eine zu hohe Geldzirkulation und ein Ungleichgewicht von Außenhandel und internationaler Leistungsbilanz.“<sup>1</sup> Mit diesen Worten wies 2007 der damalige chinesische Premierminister Wen Jiabao auf zentrale Probleme des chinesischen Wirtschaftsmodells hin. Im Zusammenhang mit der chinesischen Wirtschaft von großen Problemen zu sprechen, klingt zunächst einmal überraschend. Denn seit Einleitung der Reform- und Öffnungspolitik (*gaige kaifang* 改革开放) 1978 unter Deng Xiaoping ist die chinesische Volkswirtschaft rasant gewachsen. So ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach Angaben der Weltbank seit 1978 jährlich um durchschnittlich 10 % gewachsen. Seit 2009 ist die Volksrepublik China der größte Exporteur von Waren und Dienstleistungen in absoluten Zahlen mit einem damaligen Exportvolumen von 840 Milliarden Euro.<sup>2</sup>

Trotz dieser beeindruckenden Bilanz gibt es unter chinesischen und westlichen Wirtschaftswissenschaftlern mittlerweile einen weitgehenden Konsens, dass die chinesische Wirtschaft an strukturellen Ungleichgewichten leidet.<sup>3</sup> Chinas Wachstumsmodell mit seiner Abhängigkeit von Investitionen und Exporten, so die Erkenntnis, nähert sich dem Ende seiner Tragfähigkeit. Eine Ausweitung der Exporte erscheint unwahrscheinlich und die steigende Zahl von Not leidenden Krediten ist ein deutlicher Indikator für die Grenzen des investitionsgetriebenen Wachstums.<sup>4</sup> Somit wird es für die chinesische Wirtschaft immer schwerer ein adäquates Wachstum zu erzeugen. In der Konsequenz muss China versuchen die heimische Nachfrage zu stärken, um weniger abhängig von den erlahmenden Wachstumstreibern der Investitionen und Exporte zu werden. Die weitläufige Annahme, Chinas Wirtschaftswachstum speise sich zum überwiegenden Teil aus Exportüberschüssen entspricht nur bedingt der Realität. Im Kern wird das Wirtschaftswachstum von Investitionen getrieben, in dessen Folge hohe Exportraten und niedrige

---

<sup>1</sup> Renmin Ribao (2007).

<sup>2</sup> World Trade Organization (2014), Frankfurter Allgemeine Zeitung (2010).

<sup>3</sup> Lardy, Nicholas (2012). Yu, Yongding (2012). World Bank/The Development Research Center of the State Council, P. R. China (2013).

<sup>4</sup> Lardy, Nicholas/Borst, Nicholas (2013).

Konsumraten stehen. Im Zentrum der strukturellen Ungleichgewichte stehen eine beispiellos hohe Investitionsrate, hohe Nettoexporte und eine niedrige Konsumrate. Sollten diese Ungleichgewichte nicht in den nächsten Jahren durch angemessene Reformen entschärft werden, droht der chinesischen Volkswirtschaft eine unkontrollierte Anpassung dieser Ungleichgewichte. Niedrig- oder gar Negativwachstum könnten die Folge sein.

Neben diesen makroökonomischen Ungleichgewichten hat Chinas Wachstumsmodell eine Reihe von gesellschaftlichen Ungleichgewichten hervorgebracht. Mitglieder der Kommunistischen Partei Chinas (*zhongguo gongchandang* 中国共产党) (KPCh) und Personen mit engen Beziehungen zu Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft haben von der rasanten Entwicklung in Relation zur Gesamtbevölkerung überproportional profitiert. Für das Jahr 2014 gibt das Staatliche Amt für Statistik der Volksrepublik China (*zhonghua renmin gongheguo guojia tongjiju* 中华人民共和国国家统计局) den Wert des Ginikoeffizienten<sup>5</sup> für die Einkommensverteilung mit 0,469 an.<sup>6</sup> Ein Wert über 0,4 gilt weithin als Warnzeichen für eine gefährlich ungleiche Einkommensverteilung.

Diese Ungleichgewichte stellen nicht nur das mittelfristige Ziel der Kommunistischen Partei, bis 2020 einen gesellschaftsübergreifend moderaten Wohlstand zu etablieren, infrage. Eine wirtschaftliche Stagnation oder gar Rezession würde auch das Narrativ der KPCh, aus dem sich ein Gutteil ihrer Herrschaftslegitimität ableitet, Chinas Garant für Entwicklung und Wohlstand zu sein, in Zweifel ziehen. Die Legitimation der Herrschaft durch ständige Wohlstandsmehrung wäre durch eine längere Periode wirtschaftlicher Stagnation in seiner Tragfähigkeit gefährdet.

Neben diesen Problemen gibt es eine Reihe von Herausforderungen, deren Einflüsse auf die wirtschaftliche Entwicklung nicht zu vernachlässigen sind. Diese werden im Kontext der vorliegenden Arbeit aber nur behandelt, soweit es für unser Thema notwendig und zum besseren Verständnis geboten ist. Zu nennen sind hier beispielhaft der rasante Alterungsprozess der Bevölkerung mit all seinen sozioökonomischen Auswirkungen und eine beispiellose Umweltverschmutzung mit immer gravierenderen Folgen für die Bevölkerung.

---

<sup>5</sup> Der Ginikoeffizient ist ein weitverbreitetes Maß zur Quantifizierung der relativen Konzentration einer Einkommensverteilung. Im Falle der maximalen Gleichverteilung der Einkommen (d.h. jede Person bezieht exakt das Durchschnittseinkommen der betrachteten Grundgesamtheit) nimmt der Ginikoeffizient den Wert Null an, während er im anderen Extremfall einer maximal ungleichen Einkommensverteilung (d. h. eine einzige Person bezieht das komplette Einkommen der betrachteten Grundgesamtheit für sich alleine) den Wert Eins annimmt. Springer Gabler Verlag (2015).

<sup>6</sup> Staatliches Amt für Statistik der Volksrepublik China (2015).



Wie aus dem obigen Zitat ersichtlich wird, hat die chinesische Führung die Gefahren dieser ungleichen Entwicklung bereits vor geraumer Zeit erkannt und wiederholt angekündigt, Chinas Wachstumsmodell zu reformieren. Seit dem Machtantritt der Führungsgeneration um Xi Jinping lassen sich verstärkte Reformbemühungen beobachten, wie die Eröffnung der Freihandelszone in Shanghai<sup>7</sup>, einem Pilotprojekt für größere Wirtschaftsliberalität.

Im Mittelpunkt der folgenden Untersuchung steht die Frage, wie die Führung auf die systemischen Ungleichgewichte reagiert. Dieser Frage wird die These entgegengestellt, dass es innerhalb der Führungselite der KPCh einen Reformkonsens gibt, das Wachstumsmodell innerhalb des eigenen Wirtschaftssystems der Sozialistischen Marktwirtschaft mit chinesischen Merkmalen (*zhongguo tese shehuizhuyi shichangjingji* 中国特色社会主义市场经济) zu reformieren. Dabei beschränkt sich die Kommunistische Partei nicht nur auf die Einleitung von primär wirtschaftlichen Reformen, wie die Liberalisierung der Zinssätze, sondern versucht zusätzlich mit politischen Kampagnen Performanz und Stabilität des Regimes zu erhöhen. So wird der wirtschaftliche Kern der Reformen von einer Reihe politischer Kampagnen flankiert, mit dem Ziel Widerstände zu eliminieren und um Institutionen und Behörden zu befähigen das neue Wachstumsmodell umzusetzen. Aus diesem Grund werden die Kampagnen gegen Korruption, die Hervorhebung der Rechtsstaatlichkeit und die Masselinie gegen Formalismus, Bürokratismus, Hedonismus und Verschwendung als Teil der Wirtschaftsreformen betrachtet. Um diesen Prozess besser erklären zu können, wird auf das Konzept des Authoritarian Upgrading zurückgegriffen, das Heilmann 2010 für den Kontext Chinas angepasst hat.

Authoritarian Upgrading versucht in seiner Konzeptionierung die Modernisierung und Anpassung der Herrschaftsmittel und Techniken autokratischer Regime an neue Herausforderungen zu erklären. Diese Anpassungsbemühungen bilden die Reaktion auf eine zunehmende Globalisierung, komplexe ökonomische Herausforderungen und einen politischen Reformdruck, welche sich mit dem traditionellen Herrschaftsmittel der Repression alleine mit mehr lösen lassen. Aufgrund der breiten wie tiefen Durchdringung der chinesischen Wirtschaft durch Staat und Partei muss die Reform des Wachstumsmodells gleichzeitig als Modernisierung der

---

<sup>7</sup> Innerhalb dieser Freihandelszone findet im Gegensatz zum übrigen China eine Vielzahl von gesetzlichen und tarifären Hemmnissen keine Anwendung. Beispielsweise gibt es innerhalb dieser Zone keine Internetzensur. Außerdem dient diese Zone als Experimentierfeld für Wirtschaftsreformen, die nach einer erfolgreichen Testphase in ganz China implementiert werden können. China (Shanghai) Pilot Free Trade Zone (2015).

Regimeherrschaft verstanden werden. Gleiches gilt für die oben aufgeführten Kampagnen, die eine Modernisierung des Regimes darstellen mit dem Ziel Partei und Staat überhaupt erst zu befähigen, die vielschichtige Modernisierung nachhaltig umzusetzen. Also den Übergang zu einer konsumorientierten, zunehmend hoch technisierten und überregional verzweigten Volkswirtschaft. Da Heilmanns Konzept eine Reihe von Feldern benennt, die für die ökonomische Modernisierung nicht relevant sind, wird das Konzept den Bedürfnissen dieser Untersuchung angepasst und wo es notwendig erscheint erweitert.

Aufgrund des begrenzten Rahmens dieser Arbeit kann nicht im Detail auf alle einzelnen Punkte des Reformvorhabens eingegangen werden. Der Schwerpunkt liegt auf den mittel- und unmittelbaren Reformansätzen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Ungleichgewichte. Die Schwerpunktsetzung begründet sich durch den ökonomisch geprägten Kern der Ungleichgewichte, die das Ergebnis einer bewussten Wirtschaftspolitik sind.

Die engen Verbindungen des Staates und der KPCh auf der einen sowie der chinesischen Wirtschaft auf der anderen Seite, lassen es notwendig erscheinen, die verstärkte Bekämpfung der Korruption, die Hervorhebung der Rechtsstaatlichkeit und das erneute Bemühen der Masselinie als Teil der Reformen des Wachstumsmodells zu sehen. Der eingegrenzte Umfang einer Masterarbeit lässt es nicht zu, die Kampagnen in ihrer Ganzheit zu betrachten. Daher soll es für unsere Zwecke genügen, die Kampagnen auf ihr unterstützerisches Element für die Nivellierung der Ungleichgewichte hin zu untersuchen.

Viele westliche Kommentatoren haben mit den Wirtschaftsreformen immer wieder die Hoffnung verknüpft, China werde sich zwangsläufig dem westlich liberalen Wirtschaftssystem anpassen. Eine solche Reform wäre aber ohne grundlegende Reformen des politischen Systems gar nicht denkbar. Die vorliegende Untersuchung versucht das Reformvorhaben nicht als Einschwenken auf ein liberal westliches Wirtschaftsmodell zu verstehen, sondern als Versuch, China mit einem seiner Entwicklung angemessenen Modell auszustatten.

Zuletzt gilt es noch einschränkend darauf hinzuweisen, dass der zu untersuchende Themenkomplex sich nahezu täglich ändert und erweitert. China befindet sich gerade erst am Anfang eines möglicherweise über Jahre andauernden Reformprozesses, dessen Ergebnisse kaum abschätzbar sind. Eine abschließende Bewertung des Reformprozesses wird der Leser hier folglich ebenso vergeblich suchen wie detaillierte Lösungsvorschläge. Auch werden viele Erkenntnisse dieser Arbeit mit dem Voranschreiten der Reformen rasch überholt sein. Dennoch soll es in dieser

Arbeit gelingen, ein grundsätzliches und längerfristig gültiges Verständnis über das Reformvorhaben zu entwickeln.

Der Hauptteil der Arbeit untergliedert sich in vier Kapitel: Im ersten Kapitel wird das Konzept des Authoritarian Upgrading definiert, das auf den Reformansatz der chinesischen Führung, unter Einbeziehung der oben genannten politischen Kampagnen, angewendet werden soll. Dabei werden die wirtschaftliche Modernisierung betreffende Merkmale des Heilmann'schen Konzepts übernommen. Außerdem werden weitere Kernmerkmale hinzudefiniert. Zusätzlich wird hier erklärt, warum die angestrebten Wirtschaftsreformen als Regime-Modernisierung beziehungsweise Authoritarian Upgrading zu verstehen sind und nicht bloße Nejustierungen ökonomischer Stellschrauben sind.

Im Anschluss wird der Leser im zweiten Kapitel mit dem chinesischen Wachstumsmodell aus makroökonomischer Perspektive vertraut gemacht. Im Zentrum des Interesses stehen die Ungleichgewichte und deren Ursachen. Neben den ökonomischen werden auch die gesellschaftlichen Auswirkungen näher beleuchtet. Hier geht es darum zu verdeutlichen, dass das Wachstumsmodell nicht nur ökonomisch an seine Grenzen stößt, sondern auch die soziale Stabilität mittel- und langfristig infrage stellt. Besonderes Augenmerk gilt in diesem Zusammenhang Parteimitgliedern und deren Familienangehörigen, die aus ihrer Position an der Schnittstelle von Politik und Wirtschaft massive Vorteile ziehen und wenig Interesse an einer Reform der aktuellen Wirtschaftsordnung haben. Dieser Teilabschnitt bildet nicht nur den thematischen Übergang zum nächsten Kapitel, sondern unterfüttert die hier aufgestellte These dahin gehend, dass eine rein auf ökonomische Parameter beschränkte Reform zu kurz greift und nur im Konzert mit den oben genannten Initiativen erfolgreich sein kann.

Im dritten Kapitel geht es vor allem darum zu zeigen, dass man sich bei den Reformanstrengungen nicht nur auf den makroökonomischen Bereich beschränkt, sondern den Kampf gegen Korruption und die Förderung der Rechtsstaatlichkeit als Teil der Reformen hin zu einem neuen konsumorientierten Wachstumsmodell versteht. Um die Bedeutung der Korruptionsbekämpfung besser nachzuvollziehen, wird die Kampagne nicht nur unter theoretischen, sondern auch unter empirischen Gesichtspunkten betrachtet.

Im letzten Kapitel wird durch Untersuchung der einschlägigen Reformdokumente der Beweis angetreten, dass die Führung eine grundlegende Reform des etablierten Wirtschaftsmodells anstrebt, welche auch eine Reform von Teilen des Regimes mit einschließt. Ein Großteil der

Maßnahmen zielt darauf ab, den Konsum zu fördern und Hindernisse für eine Stärkung des Binnenkonsums abzubauen. Auch das zukünftige Verhältnis von Markt und Staat soll hier näher betrachtet werden.

# 1 Konzeptioneller Rahmen

## 1.1 Authoritarian Upgrading

Das Konzept des Authoritarian Upgradings (AU) wurde von Steven Heydemann entwickelt, um den Umgang autoritärer Regime im arabischen Raum mit externen und internen Herausforderungen zu beschreiben. Seit Ende des Kalten Krieges sehen sich diese Regime mit Forderungen nach politischer Liberalisierung konfrontiert. Doch anstatt mit erhöhter Repression zu antworten, bemühen sich die Regime durch Rekonfiguration ihrer Herrschaft Proteste und Reformbestrebungen aufzunehmen und zu zerstreuen. So wurden die Möglichkeiten der politischen Partizipation erweitert, freilich ohne einen substanziellen Transfer von politischer Macht. Gleichzeitig kann man beobachten, dass die Regime sich nicht länger gängigen Globalisierungstrends verschließen, sondern deren Bestandteile zur Herrschaftssicherung heranziehen. Die einhergehende wirtschaftliche Öffnung und Modernisierung werden genutzt, um Eliten zu kooptieren und um den Lebensstandard der Bevölkerung zu sichern und wenn möglich zu erhöhen. Gleichzeitig erkennt man die Notwendigkeit des umfangreichen Ausbaus staatlicher Fähigkeiten und Dienstleistungen, um in einer globalisierten Welt den komplexer werdenden sozialen und ökonomischen Bedürfnissen der eigenen Bevölkerung Rechnung tragen zu können. Trotz dieser Maßnahmen beharren die Regime unerbittlich auf die Einhaltung der Grenzen politischer Freiheit und verteidigen diese wenn nötig bis zum Äußersten. Authoritarian Upgrading

„combines tried-and-true strategies of the past -coercion, surveillance, patronage, corruption, and personalism- with innovations that reflect the determination of authoritarian élites to respond aggressively to the triple threat of globalization, markets, and democratization. These efforts are aimed at creating and sustaining an emerging ‘authoritarian coalition,’ [sic] one that hinges on preserving existing bases of institutional and social support while strengthening ties to or at a minimum buying off, groups that have been regarded by regimes as unreliable, if not potentially antagonistic.”<sup>8</sup>

Nach Heydemann lassen sich fünf herausragende Merkmale des AU konstituieren, die in unterschiedlicher Intensität bei allen Autokratien im arabischen Raum feststellbar sind: „1. Appropriating and containing civil societies; 2. Managing political contestation; 3. Capturing the benefits of selective economic reforms; 4. Controlling new communications technologies; 5.

---

<sup>8</sup> Heydemann, Steven (2007): S. 3.

Diversifying international linkages.“<sup>9</sup> Durch Anwendung dieser Techniken werden autoritäre Regime flexibler und versierter, wenn es darum geht, die eigene Herrschaft gegen Globalisierungsdruck, Demokratieforderungen und libertäre Marktforderungen zu verteidigen.

Für Heydemann ist AU keineswegs ein schematisch geregelter Prozess, vielmehr sind dessen Ausprägungen von lokalen Besonderheiten und Bedürfnissen abhängig. Zusätzlich ist dieser Prozess einer stetigen Weiterentwicklung unterworfen und die erfolgreichen Techniken des einen Regimes werden von anderen kopiert. Gleichzeitig wurde in der Region das chinesische Modell des wirtschaftlichen Aufschwungs ohne Verlust der politischen Macht ausführlich rezipiert.

Heydemanns Konzept ist seit seiner Entwicklung von einer Reihe von Forschern aufgegriffen worden, um die Modernisierungsbemühungen arabischer Regime zu erklären. Beispielhaft zu nennen wäre hier die Studie Raymond Hinnebuschs, die die Modernisierungsbemühungen des al-Asad Regimes in Syrien und den anschließenden Bürgerkrieg als einen gescheiterten Versuch des AU betrachtet.<sup>10</sup> Andere Beispiele umfassen Pifferos ausführliche Analyse über die urbane Entwicklung in Ägypten aus dem Blickwinkel des AU.<sup>11</sup>

## **1.2 Authoritarian Upgrading nach Heilmann**

Dieses Konzept wurde wenig später von Heilmann für China weiterentwickelt und angepasst. In diesem Zusammenhang charakterisiert Heilmann Chinas Wirtschaftsregierungsführung (economic governance) als Kombination von langfristiger Planung, Priorisierung von Zielen und dem Experimentieren mit Methoden und Strategien zur Erreichung von vordefinierten Zielen.<sup>12</sup> Das Heilmann'sche Konzept fokussiert sich vor allem auf den Prozess der Entwicklung neuer Strategien und Institutionen zur ökonomischen Fortentwicklung des chinesischen Wirtschaftsmodells. Ähnlich wie die Vorarbeit von Heydemann fordert Heilmann implizit zu einer Auseinandersetzung der Anpassungsfähigkeit von autoritären Regimen auf. Es geht weniger darum, Reformen als Schritte in Richtung Demokratie zu sehen, sondern als Merkmal eines anpassungsfähigen Regimes. Mit dem Begriff der Anpassungsfähigkeit sind die gesteigerten Fähigkeiten des Regimes gemeint, auf neue Herausforderungen zu reagieren ohne seinen Machtanspruch preiszugeben. Anstatt Veränderungen rundweg abzuwehren, versucht man sie

---

<sup>9</sup> Heydemann, Steven (2007): S. 5.

<sup>10</sup> Hinnebusch, Raymond (2012).

<sup>11</sup> Piffero, Elena (2009).

<sup>12</sup> Heilmann (2010), S. 112f.

aufzunehmen und somit Reformdruck vom Regime zu nehmen und gleichzeitig widerstandsfähiger und agiler im Umgang mit zukünftigen Herrschaftsbedrohungen zu werden.

In diesem Sinne sind die Bemühungen der chinesischen Führung ein neues Wachstumsmodell zu etablieren als AU zu verstehen. Ein Wachstumsmodell, das die ökonomischen und sozialen Ungleichgewichte gleichermaßen adressiert und so eine Infragestellung der Regimeherrschaft aufgrund wirtschaftlicher Missstände zu verhindern sucht.

Während Heydemann die Merkmale des AU recht allgemein formuliert und diese vornehmlich durch Beispiele konkretisiert, definiert Heilmann eine Reihe von konkreten Kernmerkmalen<sup>13</sup>:

- *“Making the political economy more inclusive*: spreading benefits of economic reforms beyond the state elite to boarder segments of the population.
- *Engaging in consultative policymaking*: precluding open conflict through systematic consultation of important interest groups before issuing major regulatory/redistributive policies.
- *Appropriating civil society*: integrating civic organizations as gongos (government organized nongovernmental organizations) into the official system; absorbing, warping, or deflecting the language of democracy and the rule of law.
- *Cultivating a spilt public sphere*: upholding a strict delimitation between a tightly controlled official public sphere and unofficial, volatile, fragmented, and therefore rarely political threatening, blogosphere (thereby nurturing a systematic collective action deficit).
- *Maintaining direct state control over core parts of the economy*: fostering powerful and profitable government-linked companies in oligopoly areas of the national economy.
- *Fostering a nationwide innovation system* through massive acquisition of technological and organizational know-how, while simultaneously building up the indigenous foundations for technological innovation.
- *Promoting international outreach*: increasing international linkages, establishing economic bridgeheads in strategic locations of the global economy, making key players in the world economy depended on capital and/or resource flows from authoritarian upgraders.”

Wie hier ersichtlich wird, verortet Heilmann seine Übertragung des AU auf China als proaktives, vorausschauendes und breiter angelegtes Konzept. Neben der Beibehaltung der politischen Kontrolle steht die ökonomische Weiterentwicklung im Vordergrund. Zwar werden den Bürgern breitere Partizipationsrechte in Politik und Wirtschaft in Aussicht gestellt, jedoch nur zu den Bedingungen des Regimes. An die Stelle der Repression und des Zwangs als Mittel zur Herrschaftssicherung treten Partizipation und Kooptation. Die Omnipräsenz der Regimes wird zugunsten einer Kontrolle von Schlüsselpositionen wie die Kontrolle von Kernsparten in der Wirtschaft zurückgefahren. Das Mikro-Management der Wirtschaft und die sichtbare Präsenz des Staates ebendort werden zurückgefahren zugunsten der Besetzung der Makroebene. Den Bürgern werden politische Partizipationsrechte nach den Regeln des Regimes in Aussicht gestellt, aber nur in dem vom Regime vorgegebenen Rahmen und unter dessen Kontrolle.

---

<sup>13</sup> Heilmann, Sebastian (2010): S. 111.

Da sich die vorliegende Untersuchung nur mit der ökonomischen Modernisierung auseinandersetzt, sind von den definierten Kernmerkmalen nur folgende Punkte für die Analyse relevant: *Making the political Economy more inclusive; Engaging in consultative policymaking; Maintaining direct state control over core parts of the economy; Fostering a nationwide innovation system* und *Promoting international outreach*. Ergänzt werden diese Merkmale durch einen weiteren Punkt, der im hier diskutierten Fall eine zentrale Rolle spielt:

- Steigerung der Performanz staatlicher Stellen: Bekämpfung der Korruption<sup>14</sup>; Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und Professionalisierung staatlicher Dienstleistungen für eine differenzierter werdende Volkswirtschaft.

Für Heilmann ist Chinas Wirtschaftsregierungsführung der letzten Jahrzehnte ein Beispiel für AU. Begründet wird dies mit der ungewöhnlichen Kombination des Experimentierens mit neuen Methoden und einer langfristigen Planung. Im Unterschied zu Demokratien ist Chinas Regierungsapparat nicht dem Rhythmus von Wahlen, sondern Programmen unterworfen. Nicht selten in Form von Fünfjahresplänen, die einen deutlich längeren Zeithorizont abdecken, als es in Demokratien mit ihren wiederkehrenden Wahlen möglich ist. Die chinesische Führung genießt damit den Vorteil, eines langfristigen Reformfensters und tut sich somit leichter bei der Implementierung von tief greifenden Reformen, die in aller Regel mehr Zeit benötigen.<sup>15</sup> Trotz wiederholter Vorhersagen China werde sich dem westlichen Wirtschaftsmodell nicht verschließen können und der Markt werde schlussendlich über den Plan obsiegen, lässt sich in China nach wie vor kaum eine Trendumkehr erkennen. Stattdessen lässt sich auf nahezu jeder Politikebene eine institutionalisierte Planung finden. Trotz dieser Feststellung gilt es festzuhalten, dass Chinas Wirtschaft überwiegend entlang marktwirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten operiert. War der Plan unter Mao ein Ersatz für die außer Kraft gesetzten Marktregeln, gilt der Markt heute als Fundament einer jeden Planung. Heute umfasst die Planung eine Vielzahl von Akteuren von nicht staatlichen und sogar ausländischen Akteuren. Das Wesen dieser Planung ist maßgeblich durch eine aktive Priorisierung und vorherige Koordination bedingt. Nach wie vor finden sich für jeden Politikbereich Pläne verschiedener Laufzeiten mit detaillierten Vorgaben, Handlungsanweisungen

---

<sup>14</sup> Korruption meint hier und im Folgenden den Missbrauch von Machtbefugnissen individueller Personen in verschiedenen Organisationen und Stellungen, um für sich oder Dritte einen materiellen oder immateriellen Vorteil zu erzielen (Bestechung, Bestechlichkeit, Vorteilsnahme und Vorteilsgewährung), auf den kein legaler Anspruch besteht.

<sup>15</sup> Heilmann, Sebastian (2010): S. 113.

und quantitativen Zielvorgaben. Ad hoc Reaktionen, eine passive Haltung und punktuelle Interventionen lassen sich bis jetzt nur in absoluten Notfällen beobachten. Für Heilmann rechtfertigt diese starke Ausrichtung auf Planvorgaben die Feststellung, dass China immer noch eine „planning polity“ sei.<sup>16</sup> Aufgrund der variierenden Effektivität und Glaubwürdigkeit bei der Planung innerhalb der unterschiedlichen Politikbereiche und der Tatsache, dass Pläne im Nachhinein offiziell als Misserfolg gewertet wurden, kann man, so Heilmann, jedoch nicht von einer ineinandergreifenden nationalen Planung sprechen. Gleiches gilt für die Umsetzung bei der sich ein heterogenes Bild zeichnet und somit kein pauschales Urteil über den Erfolg oder Misserfolg der Planumsetzung in China zulässt.<sup>17</sup>

Das zweite Schlüsselement ist laut Heilmann das Experimentieren mit verschiedenen Methoden und Strategien, um definierte Ziele und Prioritäten zu erreichen. So wird die lokale Ebene durch die zentrale Regierungsebene ermutigt mit eigenen Lösungsansätzen Problemen und Vorgaben zu begegnen. Die so entstandenen Lösungsstrategien werden dann von der nationalen Ebene übernommen und in die nationale Lösungsstrategie implementiert.<sup>18</sup> Lokale Ebenen mit ihren Kenntnissen über und großen Nähe zu Problemen sind am besten positioniert, Lösungen zu entwickeln, die dann wiederum von der zentralen Ebene für ganz China übernommen werden. Es ist dieses Zusammenspiel von lokaler Initiative und zentraler Vorgabe, welches Chinas Wirtschaftspolitik in den letzten Jahrzehnten so anpassungsfähig und innovativ gemacht hat.

Neben Heilmann, hat sich auch Naughton im Rahmen der Nachahmbarkeit des chinesischen Entwicklungsmodells mit der Anpassungsfähigkeit des autoritären Regimes in China gegenüber wirtschaftlichen Herausforderungen auseinandergesetzt.<sup>19</sup> Er weist darauf hin, dass das Modell des AU Reformen und Modifikationen von Strukturen und Institutionen des Regimes allesamt als bewusste Entscheidungen charakterisiert.<sup>20</sup> Er bezweifelt dies, ohne dem Konzept seine grundlegende Gültigkeit absprechen zu wollen. So Argumentiert er mithilfe der Aussage von Pilling zur wirtschaftlichen Modernisierung des Landes:

„[T]he process by which these astonishing changes have occurred owes as much to accident and experiment as to grand design. Deng likened his non-ideological, gradualist approach to “crossing the river by feeling for the stones”. Many of the so-called market reforms were little more than giving space – often by turning a blind eye – to what China’s entrepreneurial citizens were already doing.”<sup>21</sup>

---

<sup>16</sup> Heilmann, Sebastian: S. 116.

<sup>17</sup> Ebd.: S. 118.

<sup>18</sup> Ebd.: S. 119f.

<sup>19</sup> Naughton, Barry (2009).

<sup>20</sup> Ebd.: S. 6f.

<sup>21</sup> Pilling, David (2008).



Diese Kritik erscheint durchaus nachvollziehbar und sollte im Hinterkopf behalten werden bei der Analyse der Reformvorhaben. Der Reformprozess wird allerdings in der Absicht eingeleitet, die eigene Herrschaft durch notwendige Reformen in ihrem Kern zu bewahren. Bei der vorliegenden Analyse der Reformvorhaben geht es nicht darum zu zeigen, dass sämtliche Reformen in ihren Ergebnissen und Auswirkungen intendiert waren, als um die dahinter liegende Absicht (i. e. Erhalt des politischen Status quo). Die Auswirkungen und Ergebnisse des Reformvorhabens, ob intendiert oder nicht, sind für diese Arbeit zunächst einmal sekundär.

Heilmanns angepasstes Konzept steht wie wir oben gesehen haben im Kontrast zum weitverbreiteten Narrativ, dass der Staat auch in China immer weiter auf dem Rückzug ist und der Markt zum dominierenden Akteur wird und China sich letztendlich dem westlichen Modell angleichen wird. Es ist daher gut geeignet, als theoretischer Rahmen für die zu untersuchenden Reformvorhaben der chinesischen Führung zu dienen, ohne dabei den Fehler zu machen, diese Reformen als unausweichliche Hinwendung zum westlichen Modell, mit dem Endpunkt der Demokratisierung des Landes, zu verstehen.

## **2 Die Ungleichgewichte des chinesischen Wachstumsmodells und seine Folgen**

### **2.1 Ökonomische Ungleichgewichte**

Der Tod Mao Zedongs und die Entmachtung der Viererbande (*sirenbang* 四人帮) 1976 markierten nicht nur einen politischen Wendepunkt in der Geschichte der Volksrepublik China, sondern waren gleichzeitig der Startpunkt einer wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte. So vermochte es China sich in wenigen Jahrzehnten von einem in weiten Teilen rückständigen Land zu einem Land mit dem zweitgrößten BIP basierend auf Kaufkraftparität zu entwickeln.<sup>22</sup> Die graduelle Wiedereinführung der Marktmechanismen und des privaten Unternehmertums ließen die Wirtschaft schneller wachsen als zuvor, waren aber keineswegs ausreichend Chinas Wachstum jährlich über 10 Prozent ansteigen zu lassen. Im Gegensatz zur Sowjetunion und anderen osteuropäischen Ländern vermied China es, seine Wirtschaft einer Schocktherapie zu unterziehen, an dessen Ende ein wirtschaftliches Chaos und der Zusammenbruch der sozialistischen Regime standen.<sup>23</sup> Stattdessen orientierte man sich an einer Reihe von Entwicklungsmodellen und übernahm

---

<sup>22</sup> Internationaler Währungsfond (2014).

<sup>23</sup> Wu, Jinglian (2005): S. 58-62.

erfolgsversprechende Teile und Praktiken. Nur so war möglich, dass China zu der exklusiven Gruppe von Ländern wie Taiwan oder Südkorea aufschließen konnte, deren Entwicklungen nicht zu Unrecht, als Wirtschaftswunder charakterisiert werden. Die Kehrseite dieses Erfolges ist die Tatsache, dass Chinas Wachstumsmodell eine Reihe von Ungleichgewichten hervorgebracht hat, die das Wirtschaftswachstum immer weiter bremsen und das Erreichte infrage stellen. Diese makroökonomischen Ungleichgewichte werden im Folgenden benannt und näher erklärt.

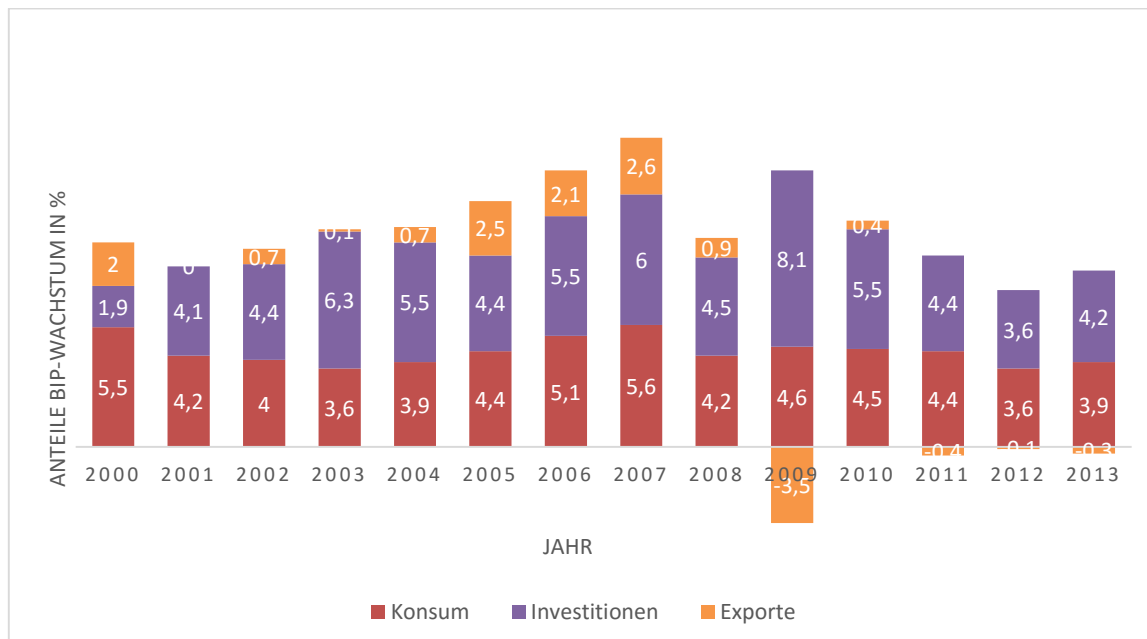
Grundsätzlich gibt es drei Quellen, von denen Nachfrage im ökonomischen Sinne ausgeht und durch die sich Wirtschaftswachstum erzielen lässt. Zunächst ist hier der einheimische Konsum zu nennen, steigt die Nachfrage, expandiert die Wirtschaft, um mit einem größeren Angebot die gestiegene Nachfrage decken zu können. Ein Vorteil dieser einheimischen Nachfragesteigerung ist die geringere Abhängigkeit von wirtschaftlichen Entwicklungen im Ausland, die sich ganz oder zu größten Teil dem Einfluss der heimischen Regierung entzieht. Eine weitere Möglichkeit Nachfrage zu erzeugen sind Investitionen beispielsweise in Infrastruktur, industrielle Fertigung oder der Bau von Immobilien. Die letzte Quelle sind die Nettoexporte, also Exportüberschüsse von Waren, Dienstleistungen und Kapital. Hohe Exportüberschüsse bergen jedoch die Gefahr einer Abhängigkeit von ausländischen Märkten, deren Entwicklungen sich jeglicher Kontrolle des Exportlandes entziehen.

Das chinesische Wachstumsmodell setzt primär auf eine Nachfrageerzeugung durch Investitionen. In den 2000er Jahren wurde über die Hälfte des Wachstums des chinesischen BIP durch Investitionen erzeugt.<sup>24</sup> Nach der Globalen Finanzkrise (GFK) nahm die Bedeutung von Investitionen aufgrund der einbrechenden Nachfrage in den USA und der Europäischen Union noch einmal zu. Abbildung 1 zeigt, dass Investitionen im Schnitt für die Hälfte des jährlichen BIP-Wachstums verantwortlich sind. Exporte spielen bei der Erzeugung des Wirtschaftswachstums wie aus dem Diagramm hervorgeht nur eine untergeordnete Rolle. Auffallend ist, dass seit dem Höhepunkt der GFK mit Ausnahme von 2010 China nicht mehr in der Lage war nennenswertes Wachstum durch Exporte zu erzielen. Die im Säulendiagramm aufgeführten Zahlen widersprechen damit der landläufigen Vorstellung von einer chinesischen Volkswirtschaft, die von Exporten angetrieben wird. Exporte sind lediglich die Folge einer massiven Förderung von Investitionen, warum das so ist, wird am Ende des Kapitels erklärt.

---

<sup>24</sup> Ahuja, Ashvin /Nabar, Malhar (2012): S. 3.

**Abbildung 1: Zusammensetzung des BIP-Wachstums**



Quelle: Eigene Darstellung: Staatliches Amt für Statistik der Volksrepublik China (2013).

Noch deutlicher wird die Abhängigkeit Chinas von einem investitionsgetriebenen Wachstum, wenn man die Investitionen und den privaten Konsum gegenüberstellt. So ist der private Konsum anteilig am BIP seit 1990 bis 2011 von circa 50 % auf ein Drittel gefallen und lag 2013 bei 32,4 %.<sup>25</sup> Auf der anderen Seite nahm der Anteil der Bruttoinvestitionen<sup>26</sup> des BIP stetig zu und betrug im Jahr 2013 49 % des BIP.<sup>27</sup> Daraus zu schließen, dass China unter einer schwachen Konsumnachfrage leidet wäre unzutreffend. Seit 1990 lässt sich für den privaten Konsum eine Zuwachsrate von 8 % konstatieren, eine der höchsten Zuwachsraten weltweit. Dennoch wuchs der Konsum langsamer als die gesamte Volkswirtschaft. Dies führte dazu, dass der private Konsum in Relation zum BIP stetig abnahm.<sup>28</sup> Wie schwerwiegend die Ungleichgewichte sind wird deutlich, wenn man die chinesischen Zahlen mit denen anderer Länder und Regionen vergleicht. In der Europäischen Union liegen die Konsumausgaben der Haushalte für Jahr 2013 bei 57 % des BIP

<sup>25</sup> Ma, Guonan/McCauley, Robert/u. a. (2014): S. 72, The Economist (2014).

<sup>26</sup> Bruttoinvestitionen sind der Gesamtbetrag für sämtliche in einen bestimmten Zeitraum getätigten Investitionen. Zieht man von diesem Betrag die Ersatzinvestitionen ab, erhält man die Nettoinvestitionen.

<sup>27</sup> World Bank (2015).

<sup>28</sup> Lardy, Nicholas (2012): S. 47.

und für die USA gar bei 68,5 % des BIP. Weitere Länder wie Japan oder die Republik Korea weisen eine Konsumrate zwischen 50-60 % des BIP in letzten zwei Jahrzehnten auf.<sup>29</sup>

Vergleicht man Chinas Bruttoinvestitionsquote, die aktuell bei knapp 50 % des BIP liegt, mit der anderer Länder ergibt sich ein ähnliches Bild wie beim privaten Konsum. Es lassen sich keine vergleichbaren Werte anderer Länder finden und schon gar nicht über einen längeren Zeitraum. Muto und Fukumoto verglichen 2010 die Bruttoinvestitionen anteilig am BIP von China, Japan, den USA, Südkorea, Indonesien, Thailand und Indien. Keines der Vergleichsländer konnte einen derart hohen Anteil der Bruttoinvestitionen am BIP, weder aktuell noch in der Vergangenheit, aufweisen. Das Allzeithoch der USA lag bei 23,2 % (1943), das Japans bei 36,4 % (1973), das Südkoreas bei 38 % (1991).<sup>30</sup> Japan und Südkorea haben in ihrer Entwicklungsphase ein ähnliches Wachstumsmodell zur Anwendung gebracht, doch haben sie niemals eine derartig hohe Investitionsrate erreicht wie China heute. Betrachtet man die Entwicklung der Investitionsrate in Abbildung 2 lässt sich erkennen, dass Chinas Bruttoinvestitionen trotz ihrer beachtlichen Höhe seit 2000 nochmals deutlich zugenommen haben und einen neuen Höhepunkt nach der GFK erreicht haben. Erklären lässt sich dieser Anstieg mit der Notwendigkeit, die Wirtschaft vor den Folgen der GFK, dem Wegbrechen der wichtigsten Exportmärkte in Europa und Nordamerika. durch eine extrem lockere Kreditvergabe zu stützen. Die Zentralregierung antwortete mit einem Konjunkturprogramm in Höhe von Renminbi (renmibi 人民币) (RMB) 4 Billionen, dessen Löwenanteil in Investitionsausgaben floss.<sup>31</sup>

Ruft man sich noch einmal die oben erwähnten drei Arten der Nachfrage - heimischer Konsum, heimische Investitionen und Nettoexporte - ins Gedächtnis, gibt diese Entwicklung Anlass zur Sorge. Mit einer einheimischen Nachfrage, die nur rund ein Drittel des BIP beträgt, muss China sich über alle Maßen auf einheimische Investitionen und Exportüberschüsse verlassen, um seine hohen Entwicklungsziele zu erreichen. Als Konsequenz aus der einbrechenden ausländischen Nachfrage infolge der GFK wurde China noch anhängiger von einem investitionsgetriebenen Wachstum.

Ein weiteres Merkmal des chinesischen Wachstumsmodells ist die hohe gesamtwirtschaftliche Sparquote, die Sparbeträge der Unternehmen, der Haushalte und des Staates umfasst. Chinas inländische Ersparnisse beliefen sich 2013 laut Angaben der Weltbank auf 52 %

---

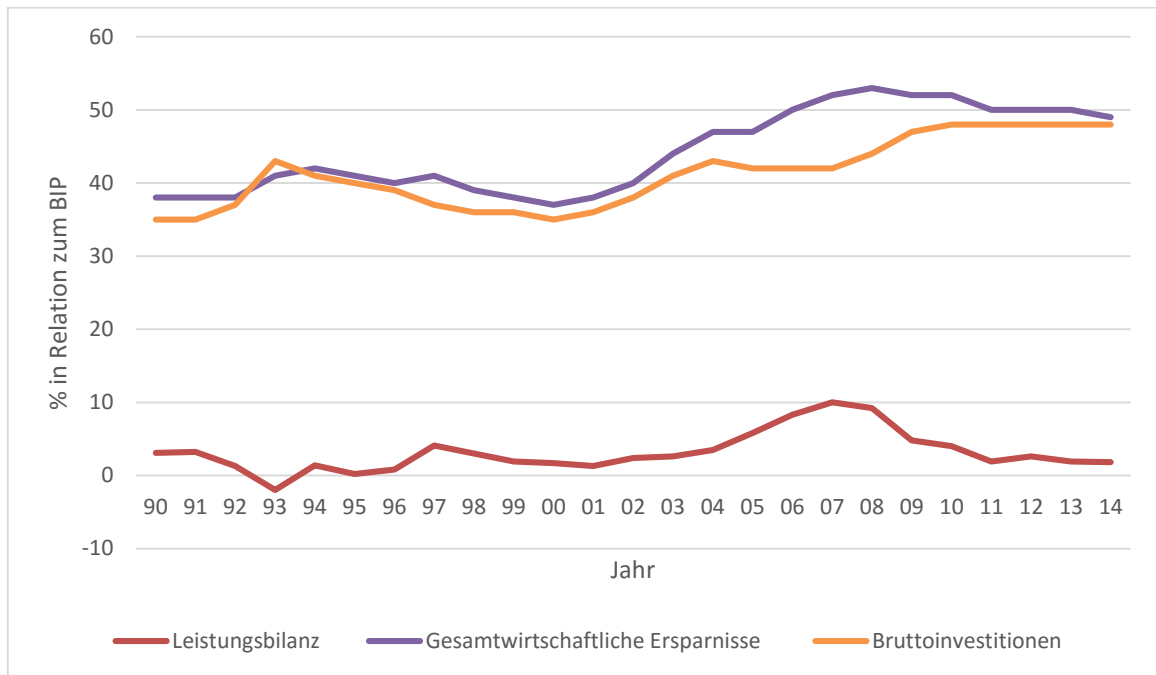
<sup>29</sup> OECD (2013).

<sup>30</sup> Fukumoto, Tomoyuki/Muto, Ichiro (2012): S. 62.

<sup>31</sup> Lardy, Nicholas (2012): S. 10.

in Relation zum BIP. Dies ist ein extrem hoher Wert, der international ohne Vergleich ist. Abbildung 2 veranschaulicht die Entwicklung einer ständig steigenden Sparquote, die genau wie die Investitionsrate seit 2000 deutlich anstieg.

**Abbildung 2: Entwicklung der Leistungsbilanz verglichen mit den Ersparnissen und den Bruttoinvestitionen**



Quelle: Eigene Darstellung: Economy Watch (2015), Quandl (2015), Quandl (2015a).

Ohne diese hohe Sparquote wäre das chinesische Wachstumsmodell gar nicht vorstellbar und nimmt daher einen zentralen Punkt innerhalb des Modells ein. Nur wenn die einheimischen Ersparnisse dauerhaft über den Bruttoinvestitionen liegen, ist es möglich, diese zu finanzieren. Länder mit einer hohen Investitionsrate sind häufig gezwungen ausländisches Kapital zur Finanzierung der Investitionen zu importieren. In der Folge kommt es zu einem Leistungsbilanzdefizit<sup>32</sup> und die Zinsen für ausländisches Kapital steigen. Die so eingetretene Verteuerung von Kapital macht es dem Land auf Dauer unmöglich, den Pfad des investitionsgetriebenen Wachstums zu folgen. China vermeidet diese Fallstricke und finanziert seine enorm hohe Investitionsrate ausschließlich mit einheimischem Kapital. Dies hat den Vorteil,

<sup>32</sup> Als Leistungsbilanz bezeichnet man den Wert aller Ausfuhren und Einfuhren von Gütern für eine bestimmte Periode. Dieser Leistungsverkehr lässt sich in drei Kategorien gliedern: den Export und Import von Waren, Dienstleistungen und Faktorleistungen. Rose, Klaus/Sauernheimer, Karlhans (1999): S. 3. Bei einem Leistungsbilanz Defizit übersteigen die Ausgaben die Einnahmen einer Volkswirtschaft gegenüber dem Ausland.

dass man unabhängig von der Volatilität der internationalen Finanzmärkte ist. Es ermöglicht eine Kreditvergabe zugunsten der Schuldner aufgrund niedriger Zinsen, zumindest, wenn wie in China die Politik die Zinssätze festlegt. Ohne die einheimische Finanzierung wäre China nicht in der Lage, seinen stetig steigenden Kapitalbedarf zu decken. Die heimische Finanzierung der Investitionen ist eine Grundvoraussetzung bei der Operationalisierung des in China angewandten Wachstumsmodells. Nur so kann ein Leistungsbilanzdefizit vermieden werden, in dessen Folge es zwangsläufig zu Finanzierungsschwierigkeiten kommen würde. Abbildung 2 verdeutlicht diese Logik mit dem Verlauf der Leistungsbilanzkurve noch einmal. Je höher die gesamtwirtschaftlichen Ersparnisse über den Bruttoinvestitionen liegen umso höher ist der Leistungsbilanzüberschuss. Nicht investiertes Kapital wird also exportiert und macht China zu einem Nettogläubiger gegenüber anderen Staaten. Je geringer die Differenz zwischen der gesamtwirtschaftlichen Sparquote und den Bruttoinvestitionen umso geringer fällt Chinas Leistungsbilanzüberschuss aus.

Bleibt noch die Beantwortung der Frage, warum China keine primär exportorientierte Wirtschaft ist. Aufgrund der rapiden Zunahme der Fertigungskapazitäten durch die hohe Investitionstätigkeit entsteht ein immer größerer Überschuss an Gütern. Der einheimische Konsum ist aufgrund einer extrem hohen Sparquote nicht in der Lage, genügend Nachfrage zu erzeugen. Somit muss China, um das Missverhältnis von einheimischem Angebot und Nachfrage auszugleichen, den Angebotsüberhang exportieren. Chinas hoher Handelsbilanzüberschuss ist also nur eine Folgeerscheinung hoher Investitionen.<sup>33</sup>

## **2.2 Exporte und Investitionen als Wachstumstreiber**

Chinas makroökonomische Ungleichgewichte sind nicht zufällig entstanden, sondern das Ergebnis einer jahrzehntelangen Wirtschaftspolitik, die Investitionen und Exporte förderte. Bestimmte Industrien wurden gezielt gefördert und der Staat selbst kontrolliert bis heute wichtige Bereiche der chinesischen Wirtschaft, wie die Bankenbranche. Produktivitätssteigerungen durch massive Verschiebung von Arbeitskräften aus dem primären Sektor in den industriellen Sektor und Dienstleistungssektor standen im Zentrum des chinesischen Wirtschaftswachstums.<sup>34</sup> Nicht der Konsum und eine Wohlstandsmehrung der Bevölkerung stehen im Vordergrund, sondern die Etablierung eines international konkurrenzfähigen industriellen Sektors.<sup>35</sup>

---

<sup>33</sup> Pettis, Michael (2013): S. 22.

<sup>34</sup> Lin, Yifu Justin (2012): S. 124-127.

<sup>35</sup> Rajan, Raghuram (2010): S. 52-60.

Wie bereits oben im vorangegangenen Kapitel erklärt, ist eine gesamtwirtschaftliche Sparquote die über den Bruttoinvestitionen liegt für das Funktionieren des chinesischen Modells unerlässlich. Dies bedeutet aber eine niedrige Konsumrate, zugunsten einer hohen Sparquote, um die hohen Investitionen dauerhaft finanzieren zu können. Chinesische Unternehmen werden mit günstigem Kapital versorgt, das durch eine hohe Sparbereitschaft generiert wird. Wie bei allen investitionsgetriebenen Wachstumsmodellen bilden massive Investitionen in Infrastruktur und die Steigerung von Fertigungskapazitäten den Kern. Diese Art des Wachstumsmodells ermöglicht es staatlichen und privaten Investoren enorme Profite zu generieren. Kredite sind aufgrund künstlich niedrig gehaltener Zinsen überaus günstig, Sparer hingegen erhalten im Vergleich zum Wirtschaftswachstum viel zu geringe Zinsen auf ihre Spareinlagen. Der Staat finanziert dieses Modell also nicht durch Steuern und Abgaben, sondern bedient sich einer Reihe volkswirtschaftlicher Mechanismen, um die Vermögen der Sparer zur Subventionierung von Investitionen heranzuziehen. Wie das genau funktioniert wird im Folgenden erklärt.

Das chinesische Modell bedient sich dreier Mechanismen, um eine Subventionierung der Investitionen durch die Haushalte zu erreichen: niedrige Löhne, eine unterbewertete Währung und der massive Rückgriff auf den Mechanismus der finanziellen Repression. Die Wertschöpfung per Arbeitnehmer in China stieg real als auch nominal weitaus schneller als Löhne und Gehälter.<sup>36</sup> Die Gründe hierfür sind verschieden, zum einen verfügte China über ein unerschöpfliches Angebot an billigen Arbeitskräften, starke Lohnerhöhungen waren somit unwahrscheinlich. Andere Gründe haben wiederum einen politischen Hintergrund, Lohnverhandlungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften sind Richtlinien der lokalen Behörden unterworfen, die mit Blick auf die Erreichung von Wachstumszielen niedrige Löhne befürworten. Im Jahr 2009 galten Tarifverträge für lediglich 94 Millionen Chinesen, eine absolute Minderheit.<sup>37</sup> Auf der anderen Seite erhalten Wanderarbeiter teilweise um die Hälfte niedrigere Lohnzahlungen als ihre Kollegen, die im Rahmen des Haushaltsregistrierungssystems (*hukou* 戶口)<sup>38</sup> für den Ort an dem sie leben und

---

<sup>36</sup> Zang Jun/Liu, Xiaofeng (2013): S. 355f.

<sup>37</sup> World Bank: /The Development Research Center of the State Council, P. R. China (2013): S. 323.

<sup>38</sup> Das System der Haushaltsregistrierung ist das Meldesystem der VR China. Neben der Meldefunktion wird über dieses System der Zugang zu öffentlichen Gütern reguliert und versucht die Binnenmigration zu steuern. Eine Vielzahl von öffentlichen Gütern und Leistungen können nur mit der jeweils am Ort gültigen Haushaltsregistrierung genutzt werden. D. h. die migrierende Landbevölkerung hat keinen Anspruch auf diese Leistungen und Güter in den Städten, es sei denn, es gelingt ihr sich dort zu registrieren. Der großen Mehrzahl gelingt dies nicht und sie wird damit faktisch zu Bürgern zweiter Klasse, ohne Aufenthaltsrecht und Zugang zu öffentlichen Leistungen. Die Haushaltsregistrierung soll die Binnenmigration steuern und eine unkontrollierte Verslumung der Städte verhindern, was aber nur partiell gelingt. Auch ohne städtische Registrierung ziehen viele Landbewohner eine

arbeiten eine Aufenthaltsgenehmigung vorweisen können. Zwar ist es möglich, ohne Aufenthaltsgenehmigung eine Arbeit aufzunehmen, der Aufenthalt und die Arbeitsaufnahme sind jedoch illegal. Ohne gültige Registrierung am aktuellen Wohnort haben die Arbeiter und deren Kinder keinen Zugang zu Sozialleistungen und Bildungseinrichtungen am aktuellen Wohnsitz. Die Arbeitgeber machen sich die Not und die rechtlich schwache Position zunutze, um die Löhne massiv nach unten zu drücken.<sup>39</sup>

Welchen genauen Anteil die verschiedenen Faktoren letztendlich an der langsamen Lohnentwicklung verglichen mit der gestiegenen Produktivität auch immer haben, ist zunächst sekundär. Viel interessanter sind die Auswirkungen dieser Lohngestaltung. Niedrige Löhne bedeuten einen größeren Profit für die Unternehmen. Ihre Wettbewerbsfähigkeit steigt im internationalen Vergleich und den Unternehmen bleibt mehr Kapital für Investitionen zur Verfügung. Die Kehrseite bildet ein niedriger Konsum ausgelöst durch niedrige Einkommen.

Die systematische Unterbewertung der chinesischen Währung, die 1993/1994 einsetzte und mindestens bis Ende der 2000er Jahre andauerte, war ein weiteres probates Mittel Investitionen in China zu fördern. Mitte der 1990er fiel der RMB gegenüber dem US-Dollar plötzlich von RMB 5,8 auf RMB 8,8 für einen US-Dollar. In den 1980er erhielt man für einen US-Dollar nur zwei RMB.<sup>40</sup> Die Frage, ob der RMB aktuell noch unterbewertet ist, wird unter Ökonomen lebhaft diskutiert, seit 2005 hat Chinas Währung immerhin um 35 % gegenüber dem US-Dollar gewonnen.<sup>41</sup> Für unsere Zwecke ist es ausreichend zu wissen, dass es in den letzten zwei Jahrzehnten eine nicht unerhebliche Unterbewertung des RMB gab, die unmittelbare Auswirkungen auf das Konsumverhalten der Haushalte und die Entwicklung der Unternehmen hatte.

Die Abwertung des RMB machte chinesische Produkte im Ausland billiger und führte so zu einer verbesserten Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Exporte auf internationalen Märkten. Dies bedingte eine erhöhte Nachfrage nach Produkten aus China und bescherte den Unternehmen größerer Gewinne. Im gleichen Maße, wie die Preise für chinesische Güter im Ausland fielen,

---

prekäre Beschäftigung und widrige Lebensumstände in der Stadt dem Landleben, in der Hoffnung auf besser bezahlte Arbeit, vor. Derzeit ist die Zentralregierung bemüht das Haushaltregistrierungssystem zu reformieren unter anderem soll der Zugang zu wesentlichen Sozialleistungen ohne entsprechende Meldebescheinigung vor Ort erleichtert werden. Außerdem ist eine Lockerung bei der Vergabe städtischer Hukous für kleine und mittlere Städte vorgesehen, um somit eine legale Migration vom Land in den urbanen Raum zu erleichtern (siehe auch Kapitel 3.3).

<sup>39</sup> Huang, Yiping (2010): S. 12.

<sup>40</sup> Contractor, Farok (2014).

<sup>41</sup> The Wallstreet Journal (2014).



stiegen die Preise für importierte Güter an. Dies bedeutet nichts anderes als, dass der Wert des verfügbaren Einkommens fällt, da man mit der gleichen Menge an Geld weniger Waren kaufen kann als zuvor. In der Folge geht der private Konsum zurück, da die Haushalte ein Mehr ihres Einkommens aufwenden müssten für die gleiche Menge an Waren wie vor der Abwertung. Um aber ihre präferierte Balance zwischen Ersparnissen und Konsum zu erhalten, werden die Haushalte weniger konsumieren. Ein Rückgang der Konsumrate bei gleichzeitiger Steigerung der Produktion bedeutet automatisch ein Ansteigen der gesamtwirtschaftlichen Sparquote. Eine steigende Sparquote bedeutet wiederum steigende Bruttoinvestitionen, die maßgeblicher Wachstumstreiber in China sind. Über den Umweg der Währungsabwertung wird nicht nur die Konkurrenzfähigkeit der eigenen Produkte im Ausland erhöht, sondern auch die Ersparnisse, was wiederum eine Steigerung der Investitionsrate ermöglicht. Benachteiligt sind die Haushalte, deren Kaufkraft sinkt und die ihren Konsum einschränken müssen.<sup>42</sup> Nebenbei erhalten Unternehmen durch die Unterbewertung einen Preisvorteil auf dem heimischen Markt gegenüber ausländischen Produkten und werden so vor unliebsamer Konkurrenz geschützt.

Der letzte und bedeutendste Mechanismus ist die sogenannte finanzielle Repression<sup>43</sup>, ein Vorgang, der auch als schleichender Sparverlust bezeichnet wird. Hauptsächlich versucht man mit der finanziellen Repression in China die nominalen Zinssätze niedrig zu halten und so die Aufwendungen für die Bedienung von Krediten zu reduzieren. Fällt zusätzlich der Realzins ins Negative, verkleinern oder lösen sich Kreditverbindlichkeiten automatisch auf. Tritt dieser Fall ein, handelt es sich um einen Vermögenstransfer von den Gläubigern (Sparern) zu den Schuldern (Unternehmen, Staat).<sup>44</sup> Die chinesische Führung hat sich in ausgedehnter Weise dieses Mechanismus' bedient. Der Internationale Währungsfond (IWF) geht davon aus, dass durch diese

---

<sup>42</sup> Pettis, Michael (2013): S. 32f.

<sup>43</sup> „Financial repression occurs when governments implement policies to channel to themselves funds that in a deregulated market environment would go elsewhere. Policies include directed lending to the government by captive domestic audiences (such as pension funds or domestic banks), explicit or implicit caps on interest rates, regulation of cross-border capital movements, and (generally) a tighter connection between government and banks, either explicitly through public ownership of some of the banks or through heavy 'moral suasion'. Financial repression is also sometimes associated with relatively high reserve requirements (or liquidity requirements), securities transaction taxes, prohibition of gold purchases, or the placement of significant amounts of government debt that is nonmarketable.

Financial repression is most successful in liquidating debts when accompanied by a steady dose of inflation, and, like inflation alone, it only works with debts denominated in domestic currency. Low nominal interest rates help reduce debt servicing costs, while a high incidence of negative real interest rates liquidates or erodes the real value of government debt." Reinhart, Carmen/Kirkegaard, Jakob/u. a. (2011): S. 22.

<sup>44</sup> Reinhart, Carmen/Sbrancia, Belen (2015): S. 15.

Politik ein jährlicher Vermögenstransfer von 4 % in Relation zum BIP stattgefunden hat.<sup>45</sup> Andere Experten gehen von 4-8 % in Relation zum BIP aus.<sup>46</sup> Hinzu kommt die hohe Bandbreite zwischen Darlehenszinsen und Zinsen auf Spareinlagen. Die immer wesentlich niedrigeren Sparzinsen sicherten den Banken hohe Profite und halfen Kreditausfälle zu kompensieren. Diese Spreizung führte ebenfalls zu Vermögenstransfers zuungunsten der Haushalte und verhinderte so eine Steigerung der Konsumrate (siehe Abbildung 3).

Die Durchführbarkeit und der Wirkungsgrad dieser Maßnahmen hängen im entscheidenden Maße von der Kontrolle und dem Einfluss im Bankensektor ab. So haben sich chinesische Politiker mit Blick auf niedrige Zinsen und die Stabilität des chinesischen Wachstumsmodells in den vorangegangenen Jahrzehnten wiederholt für die Beibehaltung des staatlichen Monopols im Bankensektor ausgesprochen.<sup>47</sup> Das Ergebnis ist ein Bankensektor, der mehrheitlich von im Staatsbesitz befindlichen Banken dominiert wird. Banken im privaten Besitz spielen nur eine untergeordnete Rolle, so verwalteten 2013 ausländische Banken lediglich 1,7 % der gesamten chinesischen Vermögenswerte, die bei Banken angelegt waren. Die mehrheitlich in Privatbesitz befindlichen Banken kamen 2013 auf einen Marktanteil von 17,7 %. Einschränkend gilt es zu erwähnen, dass staatliche Institutionen bei einer Vielzahl von Privatbanken Minderheitsbeteiligungen halten und staatliche Stellen über einen nicht unerheblichen Einfluss verfügen. Insgesamt kontrollierte der Staat mit Mehrheitsbeteiligungen oder mit Kreditinstituten die sich zu 100% im Staatsbesitz befinden 2013 73 % des Marktes.<sup>48</sup> Es ist also keineswegs untertrieben von einer monopolartigen Stellung des Staates im Bankensektor zu sprechen. Dennoch beschränkt sich die Kommunistische Partei nicht bloß darauf, durch den Staat als Anteilseigner die Kontrolle auszuüben. Sämtliche Regulierungs- und Aufsichtsbehörden darunter die Zentralbank, die Bankenaufsicht, die Wertpapieraufsicht und die Versicherungsaufsicht unterstehen direkt dem Staatsrat der Volksrepublik China (*zhonghua renmin gongheguo guowuyuan* 中华人民共和国国务院), dem höchsten Regierungsorgan und sind als solche weisungsgebunden.<sup>49</sup> An dieser Stelle ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass die Zentralbank die Leitzinssätze für Darlehen und Spareinlagen auf Vorgabe des Staatsrats festsetzt. Die Leitzätze für

---

<sup>45</sup> Internationaler Währungsfond (2012).

<sup>46</sup> Pettis, Michael (2013): S. 37.

<sup>47</sup> Li, David (2001): S. 78.

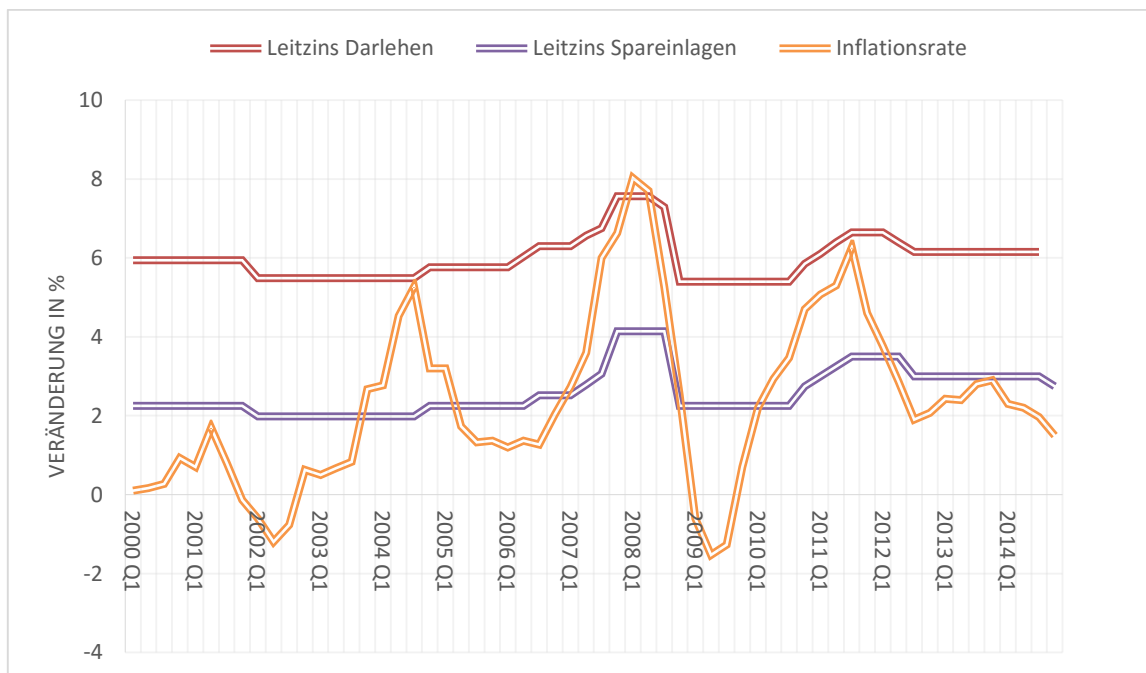
<sup>48</sup> China Banking Regulatory Commission (2014): S. 128.

<sup>49</sup> Elliott, Douglas/Yan, Kai (2013): S. 10.

Spareinlagen sind bindend, sie dürfen 110 % des Leitzsatzes der Zentralbank nicht übersteigen.<sup>50</sup> Die Deckelung der Darlehenszinsen wurde dagegen 2013 aufgehoben.<sup>51</sup> Die chinesische Führung kontrolliert also die maßgeblichen Institutionen, um eine Politik der finanziellen Repression in die Tat umzusetzen.

Vergleicht man die Entwicklung der Leitzinssätze in Relation zur Inflation, so lässt sich erkennen, dass die Zentralbank eine Zinspolitik betreibt, die der Finanzrepression bewusst Vorschub leistet (siehe Abbildung 3). Im Normalfall bekämpft eine Zentralbank die Inflation mit einer Anhebung der Leitzinssätze, in China reagieren die Leitzinsen aber kaum auf eine Änderung der Inflationsrate. Zusätzlich befindet sich die Inflationsrate nicht immer unterhalb der Leitzinsrate für Spareinlagen, womit ein negativer Realzins hingenommen wird (d. h. ein Vermögensverlust zulasten der Sparer). Ein weiterer Hinweis auf eine Finanzrepression ist die Differenz zwischen den Leitzinssätzen für Darlehen und Spareinlagen, die seit 2000 beinahe unverändert ist. Dies ist ungewöhnlich für Leitzinssätze, die sich anhand der Inflationsrate, der Nachfrage und dem Angebot von Kapital orientieren.

**Abbildung 3: Leitzinsen und Inflation in China**



Quelle: Eigene Darstellung, Chinesische Volksbank (2014)/(2014a), Trading Economics (2015).

<sup>50</sup> Caixin (2013).

<sup>51</sup> The Wallstreet Journal (2014a).

Eine Möglichkeit die Auswirkungen dieser Zinspolitik zu bestimmen, ist es sich die steigende Differenz zwischen den nominalen Zinssätzen auf Spareinlagen der Haushalte und die Inflationsrate anzusehen. Lardy hat dies in einer Untersuchung für Sichteinlagen<sup>52</sup> für das erste Quartal 2008 getan und ist zu folgenden Ergebnissen gelangt:

„In February 2002 the PBC fixed the maximum interest rate banks could pay on demand deposits at 0.72 percent, a rate that remains unchanged. But inflation, as measured by the consumer price index, ticked up by almost 9 percentage points—from -0.8 percent in 2002 to 4.8 percent in 2007 and then to 8 percent in the first quarter of 2008. Thus the real rate of return on demand deposits went from 1.52 to -4.08 percent and then to -7.28 percent. Since February 2002, the PBC has increased the rates banks are allowed to pay on term deposits but by far less than the increase in inflation. For example, the one year term deposit rate in the first quarter of 2008 was 4.14 percent, an increase of 2.16 percentage points from the rate in February 2002. But that increase is less than a fourth of the increase in the pace of inflation over the same period and has converted a real return of 2.78 percent in 2002 into a real return of -3.86 percent in the first quarter of 2008.”<sup>53</sup>

Diese Zahlen bedeuten nichts anderes als einen massiven Verlust der Sparer aufgrund einer Inflationsrate, die deutlich über den Nominalzinssätzen für Spareinlagen liegt. Der daraus resultierende negative Realzins fungiert wie eine implizite Vermögensabgabe zum Vorteil der Banken und Schuldner. Folgendes Beispiel verdeutlicht die Dimensionen dieser Finanzpolitik: Wendet man den Realzins für Festgeld mit einer Laufzeit von einem Jahr für 2002 (2,78 %) auf den Zeitraum des ersten Quartals 2008 (-3,86 %) an mussten Sparer allein in diesem Zeitraum eine implizite Vermögensabgabe von RMB 255 Mrd. zum Vorteil Banken und Schuldner hinnehmen. Dies entspricht 4,1 % des damaligen BIP.<sup>54</sup> Diese Transferleistung ist für das chinesische Wachstumsmodell zunächst einmal förderlich, weil Investitionen durch billiges Kapital gefördert werden. Die Haushalte erleiden allerdings einen Vermögensverlust und haben folglich weniger Einkommen für Konsumausgaben zur Verfügung. Wie bei den beiden anderen Mechanismen leidet hier ebenfalls wieder der Konsum. Nun stehen die Haushalte aber keineswegs allein dar, die Einlagen sämtlicher Unternehmen sind ebenso von Vermögensverlusten betroffen. Der größte Profiteur sind, wie man annehmen möchte, nun aber keineswegs die Banken, die wie Abbildung 3 verdeutlicht, über die Jahre stabile Zinsgewinne einführen, sondern der Staat. Der Staat in Gestalt der Zentralbank streicht über die Hälfte der Gewinne aus der finanziellen Repression ein. Die niedrigen Realzinsen haben die Kosten von Eingriffen in den Devisenmarkt zur Erhaltung der

---

<sup>52</sup> Sichteinlagen sind täglich fällige Einlagen auf Bankkonten, die den Zwecken des bargeldlosen Zahlungsverkehrs dienen, z. B. Giroeinlagen. Keine Sichteinlagen sind Spareinlagen, die der Geldanlage und nicht dem Zahlungsverkehr dienen. Springer Gabler Verlag (2015b).

<sup>53</sup> Nicholas, Lardy (2008): S. 2.

<sup>54</sup> Ebd.: S. 2.

Unterbewertung des RMB gegenüber dem US-Dollar halbiert. Mit freien Zinssätzen wären die Kosten der Sterilisation, also die Interventionen auf dem Geldmarkt mit dem Ziel eine Aufwertung des RMB zu verhindern deutlich höher und in dem getätigten Umfang nicht möglich gewesen.<sup>55</sup>

Der Grund, warum dem Sachverhalt der finanziellen Repression hier so viel Raum gegeben wird, sind die weitreichenden Konsequenzen dieser Praxis und deren fundamentale Notwendigkeit bei der Aufrechterhaltung des investitionsabhängigen Wachstumsmodells. Jeder Chinese und jedes chinesische Unternehmen sind von der finanziellen Repression betroffen. Privatanleger können ihre Ersparnisse nur im Inland anlegen, Kapitalverkehrskontrollen verhindern eine Ausfuhr von Vermögen in RMB. Nur wohlhabende Anleger mit Verbindungen zum Regime sind in der Lage Kapital im Ausland anzulegen.<sup>56</sup> Andere inländische Anlagemöglichkeiten außer Bankguthaben wie Wertpapiere oder Anleihen sind mit hohen Risiken behaftet. Der Aktien- und der Anleihemarkt gelten als intransparent und von chronischem Insiderhandel durchzogen. Der Aktienmarkt ist im internationalen Vergleich überaus spekulativ. Langfristig erfolgreiche Investitionen in Aktien sind so nahezu ausgeschlossen, hinzukommt, dass Aktionäre gegenüber den Unternehmen sehr viel geringere Rechte haben als in westlichen Ländern.<sup>57</sup> Somit bleibt nur noch die Flucht in Immobilien, eine Investition, die sich aber nur wohlhabende Chinesen leisten können. Eine Entwicklung, die zunächst zu einem Bauboom und steigenden Immobilienpreisen führte, inzwischen aber zu einem Überangebot an Immobilien geführt hat und den Wert von Immobilien sinken lässt.<sup>58</sup> Der Mehrheit der Bevölkerung bleibt daher nichts anders übrig, als ihre Ersparnisse den Banken für einen geringen Zinssatz anzuvertrauen.

Diese drei beschriebenen Mechanismen trugen maßgeblich zu dem beeindruckenden Wachstum der chinesischen Wirtschaft in den letzten beiden Dekaden bei. Die niedrigen Lohnsteigerungen, die Unterbewertung des RMB und die finanzielle Repression wirken als Treiber für Investitionen. Nur mit diesen Maßnahmen war es möglich, ein derartig hohes Wachstum zu konstruieren, das größtenteils von Investitionen getragen wird. Dies soll keineswegs die überaus positiven Effekte des Wachstumsmodells in Abrede stellen, wie der Lebensstandard von Hunderten von Millionen Chinesen, der sich in kürzester Zeit substanziell gebessert hat. Das Problem ist nur,

---

<sup>55</sup> Johansson, Anders (2012): S. 48.

<sup>56</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung (2014).

<sup>57</sup> Elliott, Douglas/Yan, Kai (2013): S.4f.

<sup>58</sup> The Economist (2014a).

dass dieses praktizierte Wachstumsmodell an seine Grenzen stößt und das Ende seiner Tragfähigkeit erreicht. Warum das so ist, wird im nächsten Unterkapitel aufgezeigt.

### **2.3 Die Grenzen des export- und investitionsgetriebenen Wachstums**

Wie bereits aufgezeigt, ist die chinesische Wirtschaft stark von Investitionen in Infrastruktur und Fertigung sowie den Warenexport zur Erzeugung des Wachstums abhängig. Im Zuge der GFK hat sich die Abhängigkeit von Investitionen noch einmal deutlich verschärft. Vor dem Ausbruch der GFK trugen Exporte in nicht unerheblichem Maße zum jährlichen Wachstum bei (siehe Abbildung 1). Bevor die US-Immobilienkrise ihre Schockwellen um die Erde sandte und immer mehr Kreditinstitute aufgrund von faulen Krediten in Schieflage gerieten, verzeichneten chinesische Exporte Rekordwerte. Im Jahr 2007 erreichte der Leistungsbilanzüberschuss einen Wert von 10,1 % in Relation zum BIP. Seit diesem Rekordwert fallen die Werte in Relation zum BIP kontinuierlich und standen Ende 2014 bei 2 %.<sup>59</sup> Dies liegt vor allem an zwei Entwicklungen. So sind die Exportüberschüsse beim Handel mit der Europäischen Union, dem wichtigsten Exportmarkt Chinas seit der Krise kontinuierlich zurückgegangen. Lag der Handelsbilanzüberschuss 2007 noch bei EUR 170.802 Mio., fiel der Überschuss 2013<sup>60</sup> auf EUR 131.788 Mio.<sup>61</sup> Die in Europa durch die GFK ausgelöste Staatsschuldenkrise führte in vielen Ländern zu harschen Konsolidierungsprogrammen, die den staatlichen und privaten Konsum in der EU teilweise massiv einbrechen ließen. Europa war folglich nicht mehr fähig, chinesische Exporte zu absorbieren, geschweige denn in der Lage ein noch größeres Handelsdefizit mit China zu finanzieren. Diese Entwicklung zeigt beispielhaft das Grundproblem, das mit einem Wachstum verbunden ist, das sich auf Exporte stützt. Andere Länder oder Wirtschaftsräume müssen in der Lage sein, beziehungsweise bereit sein, Handelsbilanzdefizite hinzunehmen. Dadurch ist die Wachstumserzeugung durch Exportüberschüsse automatisch durch Fähigkeit und Willen der Zielländer Handelsbilanzdefizite zu finanzieren begrenzt. In den USA führte die GFK ebenso wie in Europa zu einem drastischen Einbruch bei der Importnachfrage für chinesische Güter.<sup>62</sup> Aufgrund dieser Limitationen gelangt dieses Wachstumsmodell irgendwann an seine Grenzen. In

---

<sup>59</sup> Trading Economics (2015).

<sup>60</sup> Die Zahlen umfassen nur den Handel mit Gütern, Dienstleistungen werden hier nicht berücksichtigt. 2013 lag das Volumen für den Handel mit Dienstleistungen bei 52,8 Mrd. Euro, mit einem Überschuss zugunsten der EU von 11,6 Mrd. Euro, im Vergleich zum Handel mit Waren eine vernachlässigbare Größe.

<sup>61</sup> Europäische Kommission (2014): S. 4.

<sup>62</sup> United States Census Bureau (2015).

vorliegenden Fall war es der Ausbruch der GFK, der China zwang, sich noch mehr auf Investitionen bei der Nachfrageerzeugung zu verlassen.

Um die eigene Wirtschaft vor einem abrupten Einbruch durch den Zusammenbruch der Nachfrage in Übersee zu schützen, legte die chinesische Regierung ein Konjunkturprogramm auf, mit Maßgabe den einheimischen Konsum anzukurbeln. Damit stagnierten die Importe, fielen aber deutlich langsamer als die Exporte, die heftige Nachfrageeinbrüche verzeichneten. Durch die gewandelte Wechselkurspolitik kamen Exporte zusätzlich unter Druck. Seit der Entkoppelung des Renminbis vom US-Dollar hat die chinesische Währung um über 35 % gegenüber dem US-Dollar aufgewertet. Importe nach China verbilligten sich, während chinesische Produkte im Ausland teurer wurden.<sup>63</sup>

Durch diese Entwicklungen erscheint es wenig plausibel, dass der Export in Zukunft noch eine nennenswerte Rolle bei der Wachstumserzeugung spielen kann. Der Versuch neue Exportmärkte zu erschließen, kann kurzfristig Entlastung bringen, ob neue Märkte jedoch dauerhaft in der Lage sind substanzielle chinesische Exporte zu finanzieren ist fraglich. Mit dem Ende des Exportbooms wurden Investitionen noch wichtiger für die chinesische Wirtschaft. Doch genau wie bei den Exporten lässt sich ein Wachstum durch Investitionen nicht beliebig ausdehnen. Schon gar nicht wie im Fall Chinas, in dem Investitionen die Hälfte des jährlichen Wirtschaftswachstums ausmachen.

Wie im Kapitel über die makroökonomischen Ungleichgewichte dargestellt, werden die einheimischen Investitionen nahezu ausschließlich durch einheimisches Kapital finanziert. China muss sich also kein Kapital von ausländischen Gläubigern leihen, um seine Investitionsprojekte, ob nun privat oder staatlich zu finanzieren. Solange die gesamtwirtschaftlichen Ersparnisse über den Bruttoinvestitionen liegen, sind hohe Investitionsraten zunächst *per se* kein Problem. Viele Beobachter verweisen auf den enormen Nachholbedarf Chinas und führen die geringe Höhe des Bruttoanlagevermögens der Volksrepublik im Vergleich zu den Industriestaaten an. Dieser Logik nach zu urteilen benötigt China weiterhin hohe Investitionsraten, um seine wirtschaftliche Entwicklung und Urbanisierung erfolgreich voranzutreiben. Die stetig steigenden Investitionen in Relation zu einem immer geringeren Wachstum werden durch einen Wechsel von kurzfristigen Investitionen hin zu langfristigen und kapitalintensiven Investitionen zu erklären versucht.<sup>64</sup>

---

<sup>63</sup> Yu, Yongding (2012): S. 555f.

<sup>64</sup> Financial Times (2014), The Economist (2012).

Dieser Erklärungsansatz hat eine gewisse Berechtigung, können die Proponenten hoher Investitionen doch auf andere Länder wie Japan oder Südkorea verweisen, die in ihrer Entwicklungsphase ebenfalls auf hohe Investitionen zur Erzeugung eines schnellen Wachstums setzten. Auch lässt sich nicht bestreiten, dass der Konsum alleine nicht in der Lage ist, ein ausreichendes Wachstum zu erzeugen. Außerdem benötigen sich entwickelnde Länder natürlich höhere Investitionen, um ihre infrastrukturellen Defizite auszugleichen. Dennoch treffen Vergleiche mit anderen Ländern aus einer Reihe von Gründen nur bedingt zu und auch die Behauptung, eine Steigerung der Investitionsrate hänge mit kapitalintensiven Investitionen zusammen ist kaum zutreffend.

In einer Studie des IWF haben drei Autoren, darunter ein Mitglied der Staatlichen Kommission für Entwicklung und Reform (*guojia fazhan he gaige weiyuanhui* 国家发展和改革委员会), Chinas Investitionsrate mit anderen Ländern verglichen und sind zu folgendem Ergebnis gekommen:

„We find that China’s capital-to-output ratio is within the range of other emerging markets, but its pace of growth stands out from the rest, partly due to a surge in investment over the last decade. Moreover, when measured against a norm estimated from a cross country panel, its investment is too high. While a crisis appears unlikely when assessed against dependency on external funding, it raises concerns about the underlying domestic strain associated with financing such a high level of investment, which appears to be implicitly borne by households.”

„While in the 1990s, China was more or less within the bounds witnessed among emerging markets worldwide in terms of the relationship between investment rates and capital-to-output ratios [...], it has since gravitated to an extreme outlier position that is suggestive of potential overinvestment. China now requires ever higher investment to generate the same amount of growth. Unless there is a surge in [total factor productivity] and with export performance expected to remain subdued over the medium term (given both sluggish demand overseas and diminishing opportunities for dramatic gains in China’s market share), the contribution of investment to growth will need to reach 60-70 percent to support the same amount of growth [...]. Under such a strategy, vulnerabilities will likely grow in the form of hidden deadweight that will have to be paid in future in one form or another. The cost of financing such an elevated level of investment could undermine overall economic stability.”<sup>65</sup>

Den Autoren zufolge benötigt China einen immer höheren Kapitaleinsatz, um die Wachstumszahlen konstant zu halten. 2015 ist mittlerweile das siebte Jahr in Folge, indem die Gesamtverschuldung schneller wächst als die gesamte Wirtschaft. Betrag der Zuwachs der Gesamtverschuldung 2013 noch 17,9 %, lag er 2014 immer hin noch bei 14,2 % und für das Jahr 2015 bei 15 % in Relation zum BIP.<sup>66</sup> Das BIP wuchs 2014 Jahr aber nur 7,4 % und für dieses Jahr

---

<sup>65</sup> Internationaler Währungsfond (2012): S. 7.

<sup>66</sup> Barron’s (2015), Reuters (2015a).



wird heftig debattiert, ob ein Wachstum von 7 % überhaupt noch realistisch ist. Das Problem ist hier nicht die steigende Verschuldung an sich, sondern die Tatsache, dass immer mehr Kapital, für ein immer geringeres Wachstum, benötigt wird. Die Verschuldung steigt also schneller als die Werte, die durch Kredite finanziert werden. Hinzukommt, dass die damit notwendige Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Ersparnisse zur Finanzierung der gestiegenen Investitionsbedürfnisse auf Dauer unmöglich ist. Ein weiteres Problem ist die schon jetzt erreichte Höhe der Investitionsrate. Zwar ist es unmöglich den Anteil von zukünftigen Kreditausfällen vorherzusagen, doch allein schon aufgrund der Höhe der Investitionsrate, dürfte die Anzahl der Investitionen, die sich nicht amortisieren, substantiell sein. Die obigen Aussagen legen den Schluss nahe, dass China nicht unmittelbar vor einer Krise steht, auch weil sämtliche Investitionen durch einheimische Ersparnisse finanziert sind. Eine Ausweitung des Modells wie nach der GFK geschehen ist jedoch auf Dauer nicht praktikabel.

Mit einer weiteren Ausweitung der Investitionen droht eine zunehmende Fehlallokation von Kapital in Projekte, die nicht in der Lage sind, die getätigten Investitionen wieder zu erwirtschaften. In China liegen die Löhne und Produktivität eines Arbeiters, immer noch weit unter den Werten der Industrienationen. Somit lassen sich mit Investitionen in Infrastruktur nur geringe Lohneinsparungen erzielen. In China macht es daher nur begrenzt Sinn, kapitalintensive Fertigungsstraßen zu bauen, deren Betrieb und Wartung weit kostspieliger sind, als Beschäftigung von Arbeitern, die zwar eine geringere Produktivität aufweisen, deren Lohnkosten aber wesentlich geringer sind, als der kapitalintensive Bau modernster Fabriktechnologie.<sup>67</sup>

Aufgrund der hohen Investitionsrate und des Designs des Wachstumsmodells ist es sehr wahrscheinlich, dass ein nicht zu unterschätzender Teil der Investitionen in Projekte floss, die eine geringe bis gar keine Rentabilität aufweisen. Einige Branchen leiden an Überkapazitäten, die auf eine verfehlte Investitionspolitik der lokalen Regierungen und Unternehmen hindeuten. Beispielhaft hierfür sind die Zement- und Stahlindustrie. Die Zementindustrie des autonomen Gebiets der Inneren Mongolei verzeichnet für die Monate Januar und Februar 2015 einen Produktionsrückgang von 82,2 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Schätzungen für das laufende Jahr für die Zementindustrie der Provinz Xinjiang gehen von einem Produktionsrückgang von 7 % aus.<sup>68</sup> In anderen Provinzen wird mit Konsolidierungsmaßnahmen versucht die Überkapazitäten der Branche abzubauen. Die Provinzregierung von Henan gab 2014 das Ziel aus,

---

<sup>67</sup> Pettis, Michael (2013): S. 40f.

<sup>68</sup> Shengyi, She (2015).

die Produktionskapazität von Zement bis 2017 um 30 Millionen Tonnen zurückzufahren zu wollen.<sup>69</sup> Ein ähnliches Bild ergibt sich für die Stahlindustrie, dessen Verband die jährliche Produktionsleistung für die ganze Branche mit 1 Mrd. Tonnen Stahl beziffert. Dem gegenüber steht aber nur eine heimische Nachfrage von sieben- bis achthundert Millionen Tonnen mit erheblichen Folgen für den Stahlpreis. So warnte ein Artikel der Nachrichtenagentur Xinhua den Leser, die niedrigen Stahlpreise nicht mit den Preisen auf dem Gemüsemarkt zu verwechseln.<sup>70</sup>

Neben diesen Anzeichen von Fehlinvestitionen gibt es eine Reihe von spezifischen Eigenschaften des chinesischen Wachstumsmodells, die eine umfangreiche Fehlallokationen von Kapital in den letzten Jahrzehnten äußerst wahrscheinlich erscheinen lassen. Kehren wir noch einmal zum chinesischen Bankensektor zurück, der, wie wir oben gesehen haben, sich fest unter der Kontrolle des Staates und damit der Partei befindet. Die KPCh sieht in den Banken nützliche Einrichtungen zur Umsetzung ihrer wirtschaftspolitischen Pläne. Die Vorstände der maßgeblichen Banken werden von Parteimitgliedern besetzt, die zuerst der Partei und dann dem Unternehmen verantwortlich sind. Posten in Aufsichtsrat und Vorstand werden von den zuständigen Gremien der KPCh vergeben. Als Parteimitglieder sind die Vorstände den Kontroll- und Aufsichtsbefugnissen der Zentralen Disziplinarkommission der KPCh (*zhongguo gongchandang zhongyang jilü jiancha weiyuanhui* 中国共产党中央纪律检查委员会) (ZDK) unterworfen. Mit der maßgeblichen Kontrolle durch die Partei sind es nur wirtschaftliche Gesichtspunkte, sondern auch politische Gründe nach denen Banken Kredite vergeben. Bankmanager müssen den Vorgaben der Partei Rechnung tragen, wollen sie ihre Karrieren nicht gefährden. Hinzukommt, dass führende Manager, die gleichzeitig angehörige der Nomenklatura sind, Rücksicht auf Interessengruppen innerhalb der KPCh nehmen müssen.<sup>71</sup> Neben der Risikominimierung und die Gewinnmaximierung spielen die wirtschaftspolitischen Vorgaben der Partei für die Unternehmensführung der Banken eine wichtige Rolle. Die politische Stellung des Kreditnehmers spielt eine nicht minder bedeutende Rolle bei der Vergabe von Krediten.<sup>72</sup> Am deutlichsten wird dies an der Tatsache, dass die Vorstandsvorsitzenden der vier größten Banken Chinas (Agricultural Bank of China, Bank of China, Industrial and Commercial Bank of China und China Construction Bank) im Ranggefüge

---

<sup>69</sup> Henan.gov.cn (2014).

<sup>70</sup> Xinhua(2014). Ein gutes Beispiel, wie sehr ganze Provinzen an fehlgeleiteten Investitionen in Fertigung und Schwerindustrie leiden, zeigt ein Artikel des Economist über die wirtschaftlichen Probleme der Provinz Shenyang, The Economist (2015).

<sup>71</sup> Walter, Carl/Howie, Fraser (2011): S. 21-24, 78f.

<sup>72</sup> Goodhart, Charles/Zeng, Xiaodong (2007): S. 109ff.

der Partei nur den Rang eines Vizeministers aufweisen, während ihre Kollegen in den Staatsunternehmen, die der Zentralregierung unterstehen, sich im Rang eines Ministers befinden. Finanzierungsgesuche dieser Unternehmen können von den Banken kaum abgelehnt werden, ohne dass der Vorstand unter erheblichen politischen Druck gerät. Teilweise versäumen Staatsunternehmen es mit Duldung der Partei, den Forderungen ihrer Gläubiger nachzukommen, mit dem Effekt, dass die Laufzeiten immer wieder verlängert werden.<sup>73</sup> Diese Konstellation führt mit nahezu hundertprozentiger Sicherheit dazu, dass Kredite für Investitionen bereitgestellt werden, für die es keine oder nur sehr unzureichende wirtschaftliche Rechtfertigungsgründe gibt.

Auf den ersten Blick scheint es, als habe die massive Kreditvergabe durch die Banken im Zuge des Konjunkturprogramms keinen Anstieg von Not leidenden Krediten zur Folge gehabt. Für 2013 gibt die Regulierungskommission für Chinas Bankenwesen (*zhongguo yinhang yinhangye jiandu guanliweiyuanhui* 中国银行业监督管理委员会) den Anteil der Not leidenden Kredite mit weniger als 1 % an. Nach dem Zusammenbruch der Lehmann Brothers Bank 2008 brachte die Zentralregierung ein Konjunkturprogramm im Umfang von RMB 4 Billionen auf den Weg, um die Nachfrageeinbrüche aus dem Ausland abzufedern. Restriktionen zur Kreditvergabe wurden gelockert und Banken liehen Unternehmen und staatlichen Verwaltungseinheiten, die von der Zentralregierung vorgegebenen Beträge. In der Folge verzeichnete China trotz der Krise ein stabiles Wachstum von teilweise über 9 %.<sup>74</sup> Diese überraschend niedrige Zahl von Not leidenden Krediten ergibt sich trotz der Anwendung der internationalen Bilanzierungsstandards, denen die größten chinesischen Banken seit ihren Zulassungen an den Börsen in Hongkong und New York unterworfen sind. Dennoch verschleiern sie das Ausmaß an Not leidenden Krediten. Im Zuge der Restrukturierung der Banken von 1997 gingen staatliche Stellen davon aus, dass 25 %-40 % aller damaligen Kredite nicht bedient wurden. Anstatt die Kredite abzuschreiben, wurden die faulen Kredite in sogenannte Asset Management Companies (AMC) ausgelagert. Hinter diesen und ähnlichen Konstrukten stehen das chinesische Finanzministerium und die chinesische Zentralbank (*zhongguo renmin yinhang* 中国人民银行). Diese geben den Banken über die AMC Schuldverschreibungen im Verhältnis eins zu eins für ihre faulen Kredite und die Banken entledigen sich so auf elegante Art ihrer Risiken. Doch diese Kredite sind nach wie vor da und nur durch einen Buchungstrick verschwunden.<sup>75</sup> Denn womit, so stellt sich die Frage, begleichen das

---

<sup>73</sup> Walter, Carl/Howie, Fraser: (2011): S. 38ff

<sup>74</sup> Lardy, Nicholas (2013): S. 5.

<sup>75</sup> Walter, Carl (2013): S. 22f.

Finanzministerium und die Zentralbank ihre Verbindlichkeiten? Diese Art der Restrukturierung findet immer wieder Anwendung, ohne das Problem zu lösen. Eine andere Methode das Ausmaß Not leidender Kredite zu verschleiern, ist die wiederholte Verlängerung der Kreditlaufzeiten. Die Lokalregierungen (*difang zhengfu* 地方政府)<sup>76</sup> haben sich im Zuge des Konjunkturprogramms von 2008 durch ihre *Local Government Funding Vehicles*<sup>77</sup> (LGFV) (*difang zhengfu rongzi pingtai gongsi* 地方政府对融资平台公司) massiv verschuldet. Das Rechnungsprüfungsamt der Volksrepublik (RPA) (*zhonghua renmin gongheguo shenjishu* 中华人民共和国审计署) gab die Verschuldung der lokalen Regierungen für 2010 mit über RMB 9,6 Billionen an<sup>78</sup>, davon sind über 90 % Verbindlichkeiten gegenüber Banken. Zur gleichen Zeit wurde ein Rückzahlungsplan vorgelegt, der eine Rückzahlung von über 75 % der Verbindlichkeiten bis 2015 vorsah.<sup>79</sup> Drei Jahre später gab das RPA die Verschuldung der lokalen Regierungen mit RMB 10 Billionen an. Gleichzeitig wurde wieder ein Rückzahlungsplan veröffentlicht, der eine Rückzahlung von über 80 % der laufenden Kredite bis 2018 vorsieht.<sup>80</sup> Es sei hier kurz angemerkt, dass die Zahlen des RPA niedriger sind als die Angaben anderer Quellen. So geht der stellvertretende Vorsitzende des mit finanziellen und ökonomischen Angelegenheiten betrauten Komitees des Nationalen Volkskongresses Yin Zhongqing von einer Gesamtverschuldung der lokalen Regierungen von RMB 30 Billionen aus.<sup>81</sup> In der Folge und aus Sorge vor einer Überschuldung der lokalen Regierung blockierte die Zentralregierung die Kreditneuvergabe an die LGFV und verhinderte somit ein Anwachsen der lokalen Verschuldung.<sup>82</sup> Dies in Kombination mit der beinahe unveränderten Höhe der lokalen Gesamtschulden lässt nur den Schluss zu, dass Kredite nicht bedient werden und Laufzeiten verlängert werden. Beide Beispiele lassen den Schluss zu, dass die Zahl von Krediten, die nicht bedient werden, höher liegen dürfte als die offiziell angegebenen 1 %.

---

<sup>76</sup> Mit dem Begriff der Lokalen Regierungen sind hier und im Folgenden sämtliche Verwaltungseinheiten von der Provinz bis zur untersten Verwaltungsebene gemeint.

<sup>77</sup> Die sogenannten *Local Government Finance Vehicles* sind Konstrukte der Lokalregierungen, um die Beschränkung zu umgehen sich am Kapitalmarkt zu verschulden. Die LGFV erhalten Sicherheiten (Landnutzungsrechte, Eigentumsrechte oder Geld aus dem lokalen Haushalt) von den jeweiligen Lokalregierungen und nehmen dann Kredite am Kapitalmarkt auf, mit denen Projekte der Lokalregierung finanziert werden.

<sup>78</sup> Nicht eingerechnet sind hier Bürgschaften oder anderweitige Ausfallhaftungen. Inklusive aller Bürgschaften und Ausfallhaftungen beläuft sich die Höhe der Verschuldung laut RPA auf RMB 17,9 Billion, oder 30 % in Relation zum BIP.

<sup>79</sup> Rechnungsprüfungsamt der VR China (2011).

<sup>80</sup> Rechnungsprüfungsamt der VR China (2013): S. 5.

<sup>81</sup> Caixin (2015).

<sup>82</sup> Wie, Shen (2014): S. 6.

Dieser Vorgang bezeugt, dass das Wachstumsmodell an seine Grenzen stößt und es nur durch die kreativen Lösungen durch Zentralbank und Finanzministerium nicht zum Zusammenbruch kam. In keinem Fall erscheint es möglich, weiterhin in diesem Maße auf Investitionen zu setzen. Auch deshalb nicht, weil die Wachstumserzeugung immer mehr Kapital für ein immer geringeres Wachstum benötigt. Chinas Wachstumsmodell unterhöhlt langfristig die Stabilität des Bankensystems, dem Ort an dem 75 % des Vermögens des Landes konzentriert sind. Sollte es einmal nicht mehr gelingen, Zahlungsausfälle durch Stundung oder Umbuchungen zu verhindern, steht das System vor abrupten Korrekturen mit ungewissem Ausgang. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass Chinas Devisenreserven nicht viel dazu beitragen werden können das Schuldenproblem, sollte es akut werden, abzufedern. Die Devisen wurden bereits einmal in RMB umgetauscht und befinden sich somit Geldkreislauf.<sup>83</sup> Die Exporteure wurden für ihre Waren in Devisen bezahlt und tauschten diese in China in RMB um, um damit Zahlungen in China tätigen zu können. Die chinesische Zentralbank behält diese Devisen ein und garantiert damit den Wert der dafür ausgegebenen RMB. Die Devisenreserven dienen also zur Währungsabsicherung. Ein Rückgriff auf diese Reserven, also eine erneute Ausgabe würde die Geldmenge erhöhen und der Wert der Währung würde absinken.

Ein weiterer Faktor ist das Bewertungssystem für die Arbeit von Parteikadern, das den beruflichen Erfolg eines Kaders entscheidend prägt. Diese durch die KPCh praktizierte Evaluierung der Kader (*ganbu kaohe zhidu* 干部考核制度) sowie die vertragliche Vereinbarung von Zielvorgaben mit selbigen, dürften Fehlinvestitionen weiter begünstigt haben. Die KPCh evaluiert ihre Kader regelmäßig anhand von Zielvorgaben, die teilweise im Voraus mit dem Kader festgelegt wurden. Um seine Karriere nicht zu gefährden, ist es für den Kader ungemein wichtig, bestimmte Leistungsziele zu erreichen.<sup>84</sup> Bei den wirtschaftlichen Zielvorgaben liegt der Fokus dabei nicht auf dem Prozess der Wachstumserzeugung, sondern vor allem auf den Ergebnissen. Der Kader wird für die Steigerung der Fiskaleinnahmen und Investitionen in seinem Zuständigkeitsgebiet belohnt, selbst wenn die dabei entstandenen Verbindlichkeiten (also eingesetzten Finanzmittel) die erreichte Ertragssteigerung überschreiten.<sup>85</sup> Dies führt dazu, dass Kader ein hohes Interesse an einer raschen, wenn auch nicht notwendigerweise nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung haben. Investitionen in Infrastruktur und Fertigung sind kapitalintensiv

---

<sup>83</sup> Walter, Carl (2013): S. 24.

<sup>84</sup> Shih, Victor/Adolph, Christopher/Liu, Mingxing (2012): S. 167f.

<sup>85</sup> Ong, Lynette (2011): S. 11.

und wirken sich mit Beginn der Bauphase sofort positiv auf das Wirtschaftswachstum der Gemeinde oder Kreisebene aus und sind somit Mittel der Wahl, um vorgegebene Prüfmarken zu erreichen. Die Aufschlüsselung der Kreditverwendung aller Lokalregierungen für 2010 durch das RPA untermauert diese These. So flossen 36,72 % der Kreditmittel in kommunale Bauvorhaben, 24,89 % in den Ausbau von Straßen und Transport und stellten so den mit Abstand größten Posten dar.<sup>86</sup>

Der leichte Zugang zu günstigem Kapital und die in diesem Zusammenhang kontraproduktive Evaluierung von Kadern lassen einen zu dem Schluss kommen, dass es eine nicht unerhebliche Summe von Fehlinvestitionen geben dürfte. Hinzu kommen Trendverstärker wie die endemische Korruption und die weitverbreiteten klientelistischen Strukturen, die Bankangestellte und Kader dazu veranlassen, wirtschaftliche Gesichtspunkte bei der Beurteilung von Investitionsvorhaben hintanzustellen.

## **2.4 Soziale Ungleichgewichte**

Chinas wirtschaftliche Öffnung hat zu einer massiven Mehrung des Wohlstandes innerhalb kürzester Zeit geführt. Hunderten Millionen Chinesen gelang der Aufstieg aus Armut. Eine wachsende urbane Mittelschicht ähnelt mit ihrem Konsumverhalten immer mehr denen entwickelter Länder.<sup>87</sup> Kehrseite dieser Erfolgsgeschichte ist eine steigende Einkommensungleichheit, die sich nicht nur zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung manifestiert, sondern auch geografisch zwischen Ost und West deutlich spürbar ist.

Umfassende Datenerhebungen durch das Statistikamt und unabhängige Umfrageinstitute im Rahmen des China Household Income Project (CHIP) kommen zu dem Schluss, dass sich die soziale Ungleichheit in all ihren Ausprägungen in China weiter verstärkt. Der Ginikoeffizient, der die Einkommensverteilung misst, stieg auf ganz China bezogen zwischen 2002-2007 von 0,46 auf 0,48 Punkte an. Das Verhältnis von städtischen zu ländlichen Einkommen stieg vom 3,2-fachen auf das 3,8-fache. Gleichzeitig gelang es, den Anteil der in absoluter Armut leben Bevölkerung (USD 1,25/Tag) von 18,6 % auf 8 % zu reduzieren. Der Anteil derer, die in relativer Armut leben (50 % des Medianeinkommens) lag 2007 bei 13,3 % gegenüber 13,2 % im Jahr 2002.<sup>88</sup> Der mit Abstand größte Treiber der Ungleichheit ist der immer größer werdende Unterschied zwischen

---

<sup>86</sup> Rechnungsprüfungsamt der VR China (2011).

<sup>87</sup> Barton, Dominic/Chin Yougang/u. a. (2013).

<sup>88</sup> Li, Shi/Sato, Hiroshi/Sicular, Terry (2013): S. 22.

ländlichen und städtischen Einkommen. Diese Entwicklung lässt sich seit den 1980er Jahren beobachten, nimmt aber in den letzten Jahren immer mehr an Fahrt auf. So kommen die Forscher nach Auswertung des CHIP Datensatzes zu dem Schluss, dass die Einkommensschere um mehr als 20 % auseinandergegangen ist. Im internationalen Vergleich gibt es kaum ein Land, in dem die Kluft von urbanem und ruralem Einkommen so groß ist. Für die Philippinen und Thailand liegt das Verhältnis bei 2,2-2,3; für Indien, Bangladesch und Indonesien beträgt das Verhältnis weniger als das Zweifache. In China liegt das Verhältnis bei 3,80.<sup>89</sup>

Was die Unterschiede zwischen den Regionen anbetrifft, finden sich die größten Unterschiede zwischen den Metropolen und den westlichen Provinzen. So lag 2011 das durchschnittliche pro Kopf Einkommen in den östlichen Provinzen und den Metropolen Beijing und Shanghai 50 %-100 % über dem Landesdurchschnitt, während es in den zentralen und westlichen Provinzen wie Xinjiang oder Gansu unter 40 %-50 % des Landesdurchschnitts lag.<sup>90</sup> Insgesamt haben sich Einkommensunterschiede zwischen den Regionen mit Ausnahme der Metropolregionen etwas angeglichen. Als möglicher Grund gilt hier eine verstärkte Migration in die Städte, die mit einem steigenden Einkommen für Migranten gleichzusetzen ist. Allerdings verschärft dieser Trend das Wohlstandsgefälle zwischen Stadt und Land.

Wie oben erwähnt, ist die Zahl der Menschen, die in absoluter Armut leben stetig gefallen und kann daher aus Sicht eines Entwicklungslandes als großer Erfolg gewertet werden. Wie Gustafsson und Deng für den urbanen Raum zeigen, steigt die relative Armut jedoch seit 20 Jahren an. Abhängig davon, wie man relative Armut definiert, Einkommen von bis zu 60 % des Medianeinkommens oder die Grenze bereits bei 50 % ansetzt, rutscht, wie Abbildung 5 verdeutlicht, ein immer größerer Teil der urbanen Bevölkerung in den Bereich der relativen Armut.

---

<sup>89</sup> Li, Shi/Luo Chuliang/Sicular, Terry (2013): S. 65f.

<sup>90</sup> The Atlantic (2013).

#### Abbildung 4: Relative Armut im urbanen Raum nach unterschiedlichen Definitionen

Definition von relativer Armut (Einkommen anteilig an Medianeinkommen)	1988 (Anteil der urbanen Bev. in %)	1995 (Anteil der urbanen Bev. in %)	2002 (Anteil der urbanen Bev. in %)	2007 (Anteil der urbanen Bev. in %)
40 %	0,98	4,13	5,15	5,92
50 %	3,23	8,49	10,90	11,81
60 %	8,00	15,21	18,06	18,87
70 %	15,67	24,45	25,67	26,40

Quelle: Eigene Darstellung, Deng, Quheng/Gustafsson, Björn (2013): S. 266.

Unabhängig davon, welche Definition von relativer Armut man heranzieht, steigt der Anteil der in relativer Armut lebenden Bevölkerung im städtischen Raum konstant an. Lag der Ginikoeffizient für Einkommensverteilung in der Stadt 1988 noch bei 0,2104, stieg der Indikator bis 2007 auf 0,3229. Ein Wert, der verglichen mit entwickelten Volkswirtschaften in der Norm liegt, jedoch stetig ansteigt.<sup>91</sup>

Die Auslöser für diese Entwicklung sind unterschiedlicher Natur, aber größtenteils durch das Entwicklungsmodell bedingt. Mit Einleitung der Reformen Ende der 1970er setzte die Zentralregierung vor allem auf die Exportwirtschaft und ausländische Direktinvestitionen. Dies und die geografisch günstige Lage ließen die Küstenregionen rasch von der wirtschaftlichen Öffnung profitieren. Mit der Eröffnung der Sonderwirtschaftszonen vornehmlich in relativer Nähe zu den Küsten, wuchs die Wirtschaft dieser Provinzen weit schneller als in den zentral- oder westchinesischen Provinzen. Schnell bildeten sich Ballungsräume, wie um Shanghai oder Guangzhou, deren Vorsprung trotz Öffnung der inländischen Provinzen 1991 bereits unerreichbar geworden war.<sup>92</sup> Ein weiterer Grund für die interregionale Ungleichheit ist die dezentralisierte Fiskalpolitik. Die 1994 durchgeführte Fiskalreform führte zu einer massiven Verschiebung der Steuereinnahmen zugunsten des Zentralstaates, bei gleichzeitiger Delegation von Aufgaben an die lokalen Verwaltungseinheiten. Dadurch, dass die Provinzen selbst verantwortlich für die Finanzierung einer Vielzahl von Leistungen sind, gibt es in China ein ausgeprägtes Leistungsgefälle. So liegt die Finanzierung von Sozialleistungen, Bildung und des Gesundheitswesens in den Händen der Provinzen. Die pro Kopfausgaben wirtschaftlich

<sup>91</sup> Deng, Quheng/Gustafsson, Björn (2013): S. 263-267.

<sup>92</sup> Zhang, Qinghua/Zou, Heng-fu (2012): S. 124f.



prosperierender Provinzen liegen bis zu acht Mal höher als die der ärmsten Provinzen. Dieser Trend perpetuiert sich bis in die unteren Verwaltungseinheiten fort. Bei den Kreisen, den wichtigsten Verteilern von Sozialleistungen und Verantwortlichen für die Bereitstellung von öffentlicher Infrastruktur, treten die Unterschiede noch deutlicher hervor. So variieren die pro Kopfausgaben zwischen reichen und armen Kreisen um das über Vierzigfache.<sup>93</sup> Außerdem gibt es keinen Mechanismus, der minimale Standards bei der Verteilung von sozialen Leistungen durch die lokalstaatlichen Instanzen landesweit garantiert. Der Zentralstaat versucht mit verschiedenen Arten von Zuschüssen die Zahlungsunfähigkeit der unteren Verwaltungseinheiten zu verhindern. Diese Zahlungen sind aber reine Notmaßnahmen und werden nur gewährt, um den Zusammenbruch der Sozialleistungen und der staatlichen Ordnung zu verhindern.<sup>94</sup>

Die Ungleichheit zwischen urbanem und ländlichem Raum lässt sich auch mit einer zugunsten der Städte verzerrten Fiskal- und Subventionspolitik begründen. In Jahren zwischen 1986 bis 1992 flossen 52 % bis 62 % des gesamten Haushaltbudgets an die Städte.<sup>95</sup> Diese Bevorzugung zusammen mit den steuerlichen Erleichterungen führte zu einem schnelleren Wachstum in den Städten, in dessen Folge sowohl den Städten als auch den dortigen Unternehmen mehr Kapital zur Verfügung stand. Diese Kapitalkonzentration in den Städten ermöglichte ein nochmals schnelleres Wachstum als auf dem Land.

Es lässt sich also konstatieren, dass die Ungleichheit in China insgesamt zunimmt. Nun driften die Regionen in ihrer Ungleichheit nicht weiter auseinander, dafür wächst die Ungleichheit zwischen Land und Stadt ebenso wie unter den Städten selbst. Die Manifestation der relativen Armut unter den Städten stellt, sollte sie mit voranschreitender Urbanisierung weiter ausgreifen, ein drängendes Problem für die Zukunft dar. Die Gründe für diese Entwicklung sind vielfältig: Ungleicher Zugang zu Bildung oder das Haushaltsregistrierungssystem, dass Ungleichheiten bei Wanderarbeitern zementiert und in die nächste Generation perpetuiert, sind hier beispielhaft zu nennen. Ursächlich erscheint aber vor allem die ungleiche Entwicklung der Provinzen, ausgelöst durch bewusste Bevorzugung und Förderung der östlichen Provinzen bei der wirtschaftlichen Entwicklung und auf fiskalpolitischem Gebiet. Ähnlich wie bei den ökonomischen Ungleichgewichten sind die sozialen Ungleichheiten seit längerem bekannt und ihre Bekämpfung eines der zentralen Anliegen der Zentralregierung, wie die in der Ära Hu-Wen verkündeten

---

<sup>93</sup> Dollar, David/Hofman, Bert (2008): S. 42ff.

<sup>94</sup> Shen, Chunli/Jin, Jing/Zou, Heng-fu: (2012): S. 32-37.

<sup>95</sup> Zhang, Qinghua: (2012): S. 125f.

Politikinitiativen „Schaffung des neuen sozialistischen Dorfes“ (*shehui zhuyi xin nongcun jianshe* 社会主义新农村建设) oder „Harmonischen Gesellschaft“ (*hexie shehui* 和谐社会) verdeutlichen. Dass sich trotz dieser Bemühungen keine Trendumkehr einstellt, mag auch an einer informellen Gruppe von Personen innerhalb des Regimes liegen, die ihre politische Macht zu ihrem wirtschaftlichen Vorteil nutzt und so bestrebt ist, jede tief greifende Veränderung des Wachstumsmodells zu unterlaufen.

## 2.5 Die Konzentration von Macht und Vermögen und ihre Folgen

Der Reformprozess von einer zentralgesteuerten Planwirtschaft zu einer nach marktwirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten operierenden Wirtschaft verlief stets graduell. Beispielhaft hierfür ist das zweigleisige System der Ressourcenverteilung durch Planvorgaben und die gleichzeitige Möglichkeit Überschüsse in Eigenregie verkaufen zu können.<sup>96</sup> In den Jahrzehnten seit Beginn der Reform und Öffnungsperiode wurde die Planwirtschaft immer weiter zugunsten von marktwirtschaftlichen Prinzipien abgelöst. Selbst Staatsbetriebe operieren heute weitestgehend nach der marktwirtschaftlichen Maxime der Gewinnmaximierung. Dieser ökonomische Wandlungsprozess ermöglichte es bisweilen einer Vielzahl von Personen in Partei und Administration am Nexus von Partei und Wirtschaft gesetzliche Grauzonen und administrative Lücken zwischen Plan- und Marktwirtschaft zu ihrem finanziellen und ökonomischen Vorteil auszunutzen. Es bildeten sich enge und allzu oft korrupte Beziehungen zwischen Wirtschaft und Parteikadern, die Dickson als „*crony communism*“ bezeichnet.<sup>97</sup> Im Kern geht es um die Ausnutzung der eigenen Machtposition zum eigenen Vorteil vornehmlich im wirtschaftlichen Bereich. Eine Position, von der aus es wenig Interesse gibt, staatliche Befugnisse klar zu definieren und zu begrenzen. Und es auch wenig Interesse gibt Reformen durchzuführen, die eine klare Aufhebung juristischer Grauzonen zum Ziel haben.

Die Gründe für diese Entwicklung sind vielfältig, ein staatliches Monopol bei der Zuteilung sämtlicher Ressourcen, fehlende Rechtssicherheit, schwache Eigentumsrechte und eine strukturelle Unsicherheit<sup>98</sup> sind die Ursachen für diese Entwicklung. Hinzu kommt die anfängliche Ermutigung

---

<sup>96</sup> Wu, Jinglian (2005): S. 68f.

<sup>97</sup> Dickson, Bruce (2011): S. 191-200.

<sup>98</sup> Strukturelle Unsicherheit bezieht sich hier auf die Definition nach Breznitz und Murphree: „We define structured uncertainty as a part of the institutional system, although a part that prevents its ‘institutionalization’ by ensuring that instead of patterns of behavior becoming routinized, a multiplicity of behaviors can be followed on a specific subject without any of the actors knowing in advance which behaviors are appropriate. In other words, structured uncertainty may be defined as an agreement to disagree about the goals and methods of policy, a condition leading

an die eigenen Parteimitglieder sich unternehmerisch zu beteiligen und die spätere aktive Eingliederung der Unternehmer in die Partei. Viele Kader wurden selbst Unternehmer und nutzen ihr Amt oder Parteimitgliedschaft zum Vorteil ihrer wirtschaftlichen Unternehmung aus. Zusammen mit Unternehmern, die ebenfalls Parteimitglieder sind, bildet sich ein Interesse heraus, politische Macht in eigene wirtschaftliche Vorteile umzumünzen. Unter Jiang Zemin wurden der Status des Unternehmers offiziell aufgewertet und Unternehmer aktiv in die Partei aufgenommen. Dieses Konvolut von Ursachen hat zu einer Günstlingswirtschaft schädlichen Ausmaßes auf allen staatlichen Ebenen geführt. Die Profiteure dieser Situation bilden eine informelle Gruppe, die ein Interesse an der Erhaltung des Status quo hat. Hierbei handelt es sich nicht um eine organisierte Gruppe, die Strategien für den Erhalt ihrer Interessen entwirft. Das entscheidende Merkmal dieser Gruppe ist das individuelle Interesse aller Mitglieder am Erhalt des Status quo. Die allgegenwärtige Intervention des Staates auf dem Markt, die Beibehaltung von Monopolen, die fehlende Rechtssicherheit, unklare Eigentumsrechte und eine Vielzahl an rechtlichen Grauzonen sind im Interesse dieser Gruppe, um weiterhin Vorteile aus ihren Positionen ziehen zu können.<sup>99</sup> Es ist aber genau diese Gruppe insbesondere auf lokalstaatlicher Ebene, die die von der Zentrale propagierten Reformen umsetzen wird müssen. Reformen, die mit ihren Interessen kaum in Einklang zu bringen sein dürften. Eine Ressourcenverteilung durch den Markt, starke Eigentumsrechte, klare administrative Abgrenzungen und ein Rückzug des Staates aus dem täglichen Wirtschaftsgeschehen entsprechen nicht dem Interesse dieser Gruppe.

Bevor wir uns die Konsequenzen dieser Entwicklungen näher ansehen, ist ein kurzer Blick auf die unterschiedlichen Ausprägungen der Korruption und Selbstbereicherung sinnvoll. Für die lokalstaatliche Ebene stehen hier beispielhaft, die zwischen privaten Unternehmern und lokalen Kadern gebildeten Patron-Klient Beziehungen im Sinne von Scott.<sup>100</sup> Die Unternehmer beziehungsweise Klienten erhalten bevorzugten Zugang zu Ressourcen, lukrativen staatlichen Aufträgen und Hilfe bei der Überwindung bürokratischer Hindernisse. Die Kader, in diesem Fall die Patrone erhalten durch diese Beziehungen Unterstützung bei der Umsetzung von politischen

---

to intrinsic unpredictability and, hence, to inherent ambiguity in implementation." Breznitz, Dan/Murphree, Michael (2011): S. 12.

<sup>99</sup> Naughton, Berry (2013): S. 70.

<sup>100</sup> „The patron-client relationship [...] may be defined as a special case of dyadic (two-person) ties involving a largely instrumental friendship in which an individual of higher socioeconomic status (patron) uses his own influence and resources to provide protection and benefits, or both, for a person of lower status (client) who, for his part, reciprocates by offering general support and assistance, including personal services, to the patron.“

(Hervorhebung im Original), Scott, James (1972): S. 92.

Vorgaben. Unternehmer werden zur Erfüllung von Wachstumsvorgaben herangezogen oder müssen sich finanziell an öffentlichen Projekten beteiligen, wie dem Bau von Infrastruktur oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Neben diesen vermeintlich positiven Aspekten führen diese Patronagenetzwerke aber auch zu Korruption und Ausplünderung des Staatsvermögens. Unternehmer ohne Verbindungen zu Kadern haben am Markt das Nachsehen, da sie keinen Zugang zu staatlichen Aufträgen erhalten und bei der Ressourcenverteilung benachteiligt sind. Die Bevölkerung muss die Konsequenzen dieser Wettbewerbsverzerrung tragen, ebenso wie die klientelistisch motivierte Allokation von Ressourcen, die nicht immer deckungsgleich mit dem Allgemeininteresse ist.<sup>101</sup> Begünstigt werden die klientelistischen Strukturen durch den immensen Druck unter dem lokale Kader stehen Vorgaben der Zentrale zu erfüllen. Die chronische Unterfinanzierung der lokalen Regierungseinheiten lässt den Kadern keine andere Wahl, als auf lokale Unternehmer zur Erreichung vorgegebener Ziele zurückzugreifen. Eine Nichterfüllung der vorformulierten Ziele wirkt sich negativ auf das Fortkommen in Partei und im lokalen Funktionsbereich aus.<sup>102</sup> Neben der Bekämpfung der Korruption wird es also auch darauf ankommen, die lokalstaatlichen Einheiten mit angemessenen finanziellen Mitteln auszustatten, beziehungsweise Vorgaben und die dafür verfügbaren Ressourcen in ein realistisches Verhältnis zu bringen.

Korruption und Vorteilsnahme sind keineswegs auf die lokalstaatliche Ebene beschränkt, auch auf zentralstaatlicher Ebene haben etliche Personen und deren Familien aus ihren Machtpositionen wirtschaftliche Vorteile gezogen. So tauchen immer wieder Berichte über Familienmitglieder von Personen des innersten Führungszirkels auf, in denen über vor der Öffentlichkeit versteckte Reichtümer berichtet wird. Am bekanntesten dürfte der Artikel der New York Times über die auf USD 2,7 Mrd. taxierten Vermögenswerte der Familienangehörigen des ehemaligen Premiers Wen Jiabao sein.<sup>103</sup> Am deutlichsten wird die Konzentration von Vermögen und politischer Macht anhand von folgendem Beispiel: Die 50 vermögendsten Mitglieder des US-Kongresses weisen für 2013 zusammen ein Vermögen von USD 1,6 Mrd. aus. Ihre chinesischen Amtskollegen im Nationalen Volkskongress kontrollierten 2013 zusammen Vermögenswerte von USD 94,7 Mrd.<sup>104</sup> Verschiedene Berichte, darunter der Central Party School und der Chinese

---

<sup>101</sup> Wank, David (2001): S. 43-63.

<sup>102</sup> Sun, Xin/ Zhu, Jiangnan/Wu, Yiping: (2014): S. 8.

<sup>103</sup> New York Times (2012).

<sup>104</sup> The Economist (2013).

Academy of Social Science gehen davon aus, dass 90 % bis 91 % der Chinesen mit einem Vermögen von über RMB 100 Millionen Kinder von höheren Parteikadern sind.<sup>105</sup>

Die Konsequenzen aus diesem Gebaren sind weitreichend, trotz der bereits vor Jahren entstandenen Erkenntnis, dass die chinesische Wirtschaft eines grundlegenden Umbaus bedurfte, sind größere Reformen unterblieben, da es nicht gelungen ist, sich gegen Selbstbereicherungsinteressen in der eigenen Partei durchzusetzen. Selbst dem neuen Premier Li Keqiang gelingt es offenbar nur unzureichend diese Widerstände zu überwinden. So wird berichtet, dass bisher notwendige Reformen im Zusammenhang mit dem Vorzeigeprojekt der Freihandelszonen in Shanghai durch die Behörden nur schleppend umgesetzt werden und dem propagierten Erfolg im Weg stehen.<sup>106</sup>

Die unlauteren Verbindungen bringen überdies eine Reihe von gesamtwirtschaftlichen Nachteilen mit sich. Unternehmen hebeln mit guten Beziehungen zu Partei und Staat Marktregeln, wie einen freien Wettbewerb und Preisbildung, aus. Manchen gelingt es gar monopolartige Stellungen zu etablieren. Unliebsame Wettbewerber werden durch Kader kaltgestellt oder kooptiert. Die Konsolidierungen von Branchen werden erschwert, langfristige und kapitalintensive Entwicklungen werden gescheut, da nicht das Produkt allein über den Erfolg eines Unternehmens entscheidet, sondern die Beziehungen zu Partei und Staat. Gleiches gilt für die Expansion von Unternehmen in überregionale Märkte.

Neben diesen Nachteilen hat dieses Verhalten auch negative Auswirkungen auf das öffentliche Bild der Partei. Die Bereicherung und deren öffentliche Zurschaustellung führen über kurz oder lang zu einer Entfremdung zwischen Partei und Bevölkerung. Konnte die KPCh bis vor kurzem auf ein zweistelliges Wirtschaftswachstum verweisen, fielen Fehlverhalten einzelner Parteimitglieder kaum ins Gewicht. Mit der beispiellosen Wohlstandsmehrung der letzten Jahrzehnte legitimierte die Partei ihre Herrschaft gegenüber der Bevölkerung ab. Im gleichen Maße verlor die ideologische begründete Herrschaftsrechtfertigung der Partei jedoch an Gültigkeit. An ihre Stelle trat die Legitimierung durch Leistung, ein Konzept, das auch als Output-Legitimierung bezeichnet wird. In den Vordergrund trat nun das Versprechen einer spürbaren und stetigen Wohlstandsmehrung. Nicht mehr der Sozialismus, sondern Pläne und Kampagnen wie die harmonische Gesellschaft, mit dem Ziel einer Reduzierung des Wohlstandsgefälles zwischen Land

---

<sup>105</sup> China Gate (2015), Sina jinrong licai (2006).

<sup>106</sup> Caixin (2015d), The Diplomat (2014).

und Stadt rückten in den Mittelpunkt.<sup>107</sup> Die Manifestation der Ungleichheit zusammen mit der Konzentration von Macht und Vermögen in den Händen einer kleinen Gruppe stellt diese Herrschaftsrechtfertigung auf Dauer infrage. Die moralische Erhabenheit der Herrschenden, ein in China immer noch wichtiger Bestandteil der Legitimation der Herrschaft, wird durch Korruption in Mitleidenschaft gezogen. Die Herrschaftslegitimität der KPCh kommt also von zwei Seiten unter Druck, auf der einen Seite stellt die steigende Ungleichheit das Geleistete der Regierenden infrage. Auf der anderen Seite verliert die Partei durch das korrupte Verhalten ihrer Mitglieder an moralischer Autorität, die mit dem Konzept des wohlwollenden Herrschers verknüpft ist, der sich um das Wohl seiner Untertanen kümmert und mit gutem Beispiel vorangeht.<sup>108</sup>

Wie wir nun gesehen haben, gibt es eine Reihe von Ungleichgewichten, die ihren Ursprung in der Konzeption des Wachstumsmodells haben oder aber zumindest indirekt durch dieses begünstigt wurden. Im nachfolgenden Teil der Arbeit geht es nun darum, zu zeigen, wie KPCh auf diese stetig ernster werdenden Probleme reagiert.

### **3 Die Reformbemühungen des 18. Zentralkomitees**

#### **3.1 Langfristige Strategie**

Schon die Führungsgeneration um Staatspräsident Hu Jintao und Premierminister Wen Jiabao erkannte die steigende Notwendigkeit, das in die Jahre gekommene Wachstumsmodell zu reformieren.<sup>109</sup> Spätestens mit Ausbruch der GFK 2007 und dem resultierenden Nachfragerückgang im Ausland wäre es an der Zeit gewesen, wirtschaftliche Reformen zu einem nachhaltigeren Wachstum hin anzustoßen. Stattdessen wurde die Abhängigkeit von Investitionen durch ein massives Konjunkturprogramm zementiert. Qualität trat hinter Quantität zurück, es ging lediglich darum, dass Wachstum des BIP weiterhin auf einem hohen Niveau zu halten. Mit dieser Politik stiegen die sozialen und ökonomischen Ungleichgewichte nochmals drastisch an. Die Gründe, warum man sich für diesen Weg entschied, entbehren nicht einer gewissen Logik. Ohne die massive Stützung durch das Konjunkturprogramm drohte der chinesischen Wirtschaft ein abrupter Wachstumseinbruch. Außerdem konnte sich die Führung in Beijing zugutehalten, die weltweite Rezession mit ihrem großzügigen Konjunkturprogramm entscheidend abgeschwächt zu haben. Anders ausgedrückt man ordnete der Stabilität notwendige ökonomische Reformen unter,

---

<sup>107</sup> Zhao, Dingxin (2009): S. 427.

<sup>108</sup> Tong, Yangqi (2011): S. 153f.

<sup>109</sup> CNN (2008).

in der Hoffnung, diese in der Zukunft in einem besseren ökonomischen Umfeld umsetzen zu können. Die Kehrseite dieser Entscheidung ist, dass sich die wirtschaftlichen Probleme noch einmal bedeutend verschärft haben und kaum noch kontrollierbar sind. Man denke nur an die massive Verschuldung der lokalen Ebenen und die Tatsache, dass es nicht gelungen ist deren Schuldenlast zu verringern (Kapitel 2.3).

Dass es nicht erst seit Xi Jinping ernsthafte Bestrebungen gibt, die Wirtschaft des Landes neu auszurichten, belegt Hus Arbeitsbericht während der Eröffnungszeremonie des 18. Parteitag der KPCh am 8. November 2012. Viele der Entscheidungen des Dritten Plenums werden hier bereits erwähnt, darunter die verstärkte Rolle des Marktes, der Reformbedarf bei staatlichen Unternehmen mit Akzentuierung der Effizienzsteigerung und die stärkere Ausrichtung der Wirtschaft auf eine größere Binnennachfrage.<sup>110</sup> Xi Jinping wiederum bemühte sich, spätestens seit seiner Zeit als Gouverneur der Provinz Zhejiang (2002-2007), seine Reformvorstellungen über die Provinzgrenzen hinaus zu bekannt zu machen. In zahlreichen Zeitungsartikeln und auch im Chinesischen Zentral-Fernsehen warb er für sein Zwei Hände Modell, das eine Neubestimmung des Verhältnisses von Markt und Staat vorsah und dessen Quintessenz sich später im Beschluss des Dritten Plenums wiederfinden sollte.<sup>111</sup> Bereits 2006 legte er seine Vorstellungen über das Verhältnis von Markt und Staat in einem Zeitungskommentar dar:

„Der springende Punkt bei der Reform hin zu einer verstärkten Marktorientierung wird die richtige Handhabung des Verhältnisses zwischen Regierung und Markt sein. Namentlich die Beziehung zwischen der sichtbaren Hand und der unsichtbaren Hand. In einem planwirtschaftlichen System agiert nur die Regierung, dies ist die eine Hand eines Händepaars. Deshalb war es zu Beginn der Reformen ein wichtiger Punkt den Markt - dies ist die andere Hand des Händepaars – in den Fokus zu rücken, damit die Fähigkeit des Marktes Ressourcen zu verteilen zum Tragen kam. Mit Weiterführung der Reformen wird die Rolle der Regierungshand sich merklich ändern. Die Rolle der Regierung wird hin zu einem die Wirtschaft regulierenden, den Markt überwachenden, die Gesellschaft steuernden Ansatz wechseln, große Anstrengungen werden unternommen werden eine dienstleistungsorientierte Regierung zu entwerfen, eine Regierung im Einklang mit dem Gesetz, eine beschränkte Regierung.“<sup>112</sup>

Der Staat soll sich also aus dem alltäglichen Wirtschaftsleben und der Ressourcenverteilung weitgehend zurückziehen. An seine Stelle tritt der Markt, der mit Angebot und Nachfrage Ressourcen und die wirtschaftliche Entwicklung effizienter steuern kann als der Staat. Der Staat wird aber nach wie vor eine wichtige Rolle spielen, er übernimmt eine Überwachungsfunktion und formt das Marktfeld strategisch mit gesetzlichen Mitteln, die für alle Marktakteure gelten. Xi beließ es nicht nur bei theoretischen Ankündigungen und so vollzog unter seiner Ägide der

---

<sup>110</sup> Xinhua (2012b).

<sup>111</sup> Youtube (2010).

<sup>112</sup> Zhejiang Daily (2006).

Transformationsprozess der Wirtschaft Zhejinags, der wegweisend für die gesamte chinesische Volkswirtschaft ist. Die Schwerindustrie wurde ermutigt Produktionsstätten weiter ins Landesinnere zu verlegen. Im gleichen Schritt bemühte sich die Provinzführung Forschung- und Entwicklungszentren in Zhejiang zu etablieren und so das obere Ende der Wertschöpfungskette zu erklimmen. Zwischen 2003 und 2007 wuchsen Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Zhejiang von RMB 5,6 Mrd. auf RMB 31, 6 Mrd.<sup>113</sup> Auch der Privatsektor, traditionell stark ausgeprägt in Zhejiang, wurde während dieser Zeit durch Maßnahmen, wie erleichtertem Zugang zu Kapital, gefördert. Aus der damaligen Zeit finden sich auch Aussagen Xis zum Regieren im Einklang mit dem Gesetz, in denen er die Entwicklung eines Regierens nach dem Gesetz unter Führung der Partei favorisiert. Für ihn ist dies aber keineswegs eine Schwächung der Parteiherrschaft oder eine Unterordnung selbiger unter das Gesetz.<sup>114</sup> Eine Linie, die während des Vierten Plenums des 18. Parteitags, das ganz im Zeichen des Regierens im Einklang mit dem Gesetz stand, wieder aufgegriffen wurde. Aus der damaligen Zeit finden sich auch Aussagen von ihm, die Zhejiangs ökonomische Entwicklung als Vorbild für die nationale Entwicklung preisen.<sup>115</sup>

Jene Personen, die aktiv an der Auswahl der neuen Führungsgeneration mitgewirkt haben, haben also sehr genau gewusst, welche Agenda Xi Jinping im Falle einer Machtübernahme verfolgen würde. Daraus lässt sich schließen, dass man sich bewusst für Xi entschied, um die unter Hu ins Stocken geratenen Reformen durchzuführen. Sein Ansatz Staat und Markt in China zukünftig eine wichtige Rolle zu zubilligen, dürfte bei der Kandidatenauswahl ein nicht zu unterschätzender Vorteil gewesen sein. Mit seinem zwei Hände Ansatz sprach Xi Jinping sowohl den Parteiflügel, der eine weitere Liberalisierung der Wirtschaft forderte als auch jenen Flügel, der sich gegen einen weiteren Machtverlust des Staates stemmte, an. Vor diesem Hintergrund muss die Ernennung Xis zum Nachfolger als ein Bekenntnis der Parteispitze zu weiteren Reformanstrengungen verstanden werden.<sup>116</sup>

Xis rasche Machtkonsolidierung und seine seit Deng Xiaoping ungekannte Machtfülle deuten darauf hin, dass es in der Partei einen weitgehenden Konsens gibt, der neuen Führung den nötigen Freiraum zu geben, die Reformen umzusetzen.<sup>117</sup> Wie weit dieser Freiraum geht, zeigt die öffentliche Verfolgung politischer Gegner, wie die des ehemaligen Politbüromitglieds Zhou

---

<sup>113</sup> South China Morning Post (2012).

<sup>114</sup> Zhejiang Daily (2006a).

<sup>115</sup> Zhejiang Daily (2006b).

<sup>116</sup> Cohen, David/Martin, Peter (2015).

<sup>117</sup> Miller, Alice (2014).



Yongkang. Eine derartige öffentliche Demontage von ehemaligen Politbüro Mitgliedern (Zhou wurde öffentlich angeklagt unter anderem wegen Korruption und aus der Partei ausgeschlossen) lässt sich nur mit Billigung durch die überwiegende Mehrheit des Parteiestablishments bewerkstelligen. Wie genau, die Reformvorstellungen der neuen Führung aussehen, verraten jene Beschlüsse des Dritten Plenums des 18. Parteitags, die im nächsten Unterkapitel genauer untersucht werden.

### **3.2 Das Dritte Plenum des 18. Parteitags**

Knapp ein Jahr nach der Machtübergabe an die neue Staats- und Parteiführung verkündete diese im Abschlussdokument des Dritten Plenums des 18. Parteitags, das vom 09.-12. November 2013 tagte, ihr Reformvorhaben. Traditionell werden während der dritten Plenarsitzung eines Parteitages die Weichen für wichtige Reformvorhaben gestellt, wie bereits 1978 oder 1992 geschehen. Ein Grund für die hohen Erwartungen waren die wiederholten Ankündigungen des Premierministers Li Keqiang und des Staats- und Parteichefs Xi Jinping tief greifende Reformen einleiten zu wollen.<sup>118</sup> Aus diesen Ankündigungen und den gepriesenen ökonomischen Fähigkeiten des neuen Premierministers speiste sich eine hohe Erwartungshaltung an die Ergebnisse des Dritten Plenum des 18. Parteitags.<sup>119</sup>

Das sechzig Punkte umfassende Dokument<sup>120</sup> befasst sich weitgehend mit ökonomischen Reformen, wenn andere Themenbereiche wie Kultur und Gesellschaft zur Sprache kommen, werden diese vornehmlich unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet. Nach Aussage des Abschlusskommuniqués sollen die vorgesehenen Reformen bis 2020 umgesetzt werden. Im Zentrum steht die Neugestaltung der Beziehung zwischen Markt und Staat: „Es ist die tief greifende Frage der Findung der Balance zwischen der Rolle der Regierung und der des Marktes und wie der Markt dabei die entscheidende Rolle bei der Ressourcenallokation spielen kann und die Regierung ihre Aufgaben besser durchführen kann“ (I.3). Die Allokation sämtlicher Ressourcen soll weitestgehend dem Markt überlassen werden, der Staat soll sich aus diesem Prozess zurückziehen. Gleichzeitig aber wird zu Beginn des Dokuments deutlich gemacht, dass es darum geht, den Sozialismus chinesischer Prägung zu modernisieren und die sozialistische Marktwirtschaft weiterzuentwickeln. Damit ist nicht zu erwarten, dass der Markt der alleinige Akteur wird. Der

---

<sup>118</sup> CNBC (2013).

<sup>119</sup> Hongkong Economic Journal (2013).

<sup>120</sup> Xinhua (2013c), China.org.cn (2014).

Staat wird nach wie vor eine bedeutende Rolle einnehmen. Änderungen und Reformen werden sich weiterhin nach bekanntem Muster vollziehen, mit regionalen Experimenten und graduellen Anpassungen. Die spannende Frage wird hier sein, wie viel Freiraum der Staat dem Markt zugesteht. Eine Frage, die sich heute nur sehr unzureichend beantworten lässt.

Eine radikale Privatisierung staatlicher Unternehmen steht nicht zur Debatte. Den Unternehmen im Staatsbesitz wird nach wie vor eine dominierende Rolle in der Wirtschaft zugesprochen, zudem werden sie als ein wichtiges Fundament für die weitere wirtschaftliche Entwicklung gesehen (II.5). Dennoch stehen den staatlichen Unternehmen eine Reihe von Änderungen bevor. Private Investoren sollen die Möglichkeit erhalten, sich an Staatsbetrieben zu beteiligen, Mehrheitsbeteiligungen dürften aber ausgeschlossen bleiben. Die Motivation dahinter ist die geringe Profitabilität von SU gegenüber privaten Unternehmen. Hinter dem Zugeständnis Beteiligungen erwerben zu dürfen, steckt auch die Erkenntnis über ein Defizit an Dynamik und Kreativität bei SU. Mit der Einbeziehung von privatem Kapital, so die Hoffnung, lässt sich eine Effizienzsteigerung herbeiführen. Die Verwaltung staatlicher Beteiligungen an SU soll verbessert werden und auch die Kontrolle der SU durch ihren Eigentümer, den Staat, soll mit der Gründung von staatlichen Investmentfirmen erhöht werden. Investitionen durch SU sind den strategischen Zielen des Staates unterworfen und sollen sich am nationalen Interesse orientieren (II.6). Zusätzlich wird die Anpassung an neue Markttrends gefordert zusammen mit einer Erhöhung der Profitabilität und Effizienz (II.7).

Diese Ankündigungen werden von zwei Überlegungen getrieben. Zum einen möchte der Staat mehr Einnahmen aus den Gewinnen der SU erzielen und zum anderen, soll der hohe Kapitalbedarf, der die Investitionsquote Chinas nach oben drückt zurückgefahren werden. Auslöser ist die niedrigere Profitabilität der SU im Vergleich zu privaten Unternehmen. Nach Untersuchungen des chinesischen Unirule Institute lag die durchschnittliche Kapitalrendite von Privatunternehmen zwischen 2001-2009 bei 9,62 %, bei SU nur bei 7,73 %.<sup>121</sup> Hierbei gilt es zu beachten, dass die SU teilweise über Monopole verfügen und sich zu wesentlich günstigeren Bedingungen Kapital leihen können. Bessere Überwachungsstrukturen und ein durch privates Kapital auf Effizienz getrimmtes Management werden, so die Hoffnung, den hohen Kapitalbedarf der SU drücken und so zur Senkung der hohen Investitionsrate beitragen. Die Ankündigung zielt in die richtige Richtung, um den massiven Kapitalbedarf runterzufahren.

---

<sup>121</sup> Shen, Hong/Zhao, Nong (2013): S. 79ff.

Zugleich verpflichtet das Plenum die Staatsbetriebe bis 2020 30 % ihrer Gewinne an den Staat abzuführen (II. 6). Bereits seit 2008 fordert der Zentralstaat von SU unter seiner Kontrolle eine Gewinnbeteiligung in Form einer Dividendenausschüttung, deren Höhe branchenabhängig ist. Im Jahr 2011 ordnete die Zentralregierung eine Erhöhung der Auszahlungen auf 10 % beziehungsweise 15 % abhängig von der jeweiligen Branche an. Trotz dieser Erhöhungen gelang es dem Staat nicht, seine Forderungen gegenüber den Unternehmen durchzusetzen. Viele Unternehmen zahlten dem Staat keine Dividende aus, sondern investierten das Geld anderweitig.<sup>122</sup> Diese Entwicklung bezeugt, wie schwer es dem Zentralstaat mittlerweile fällt, seine Interessen durchzusetzen und welches Ausmaß Partikularinteressen angenommen haben. Diese für das Dokument bemerkenswert deutliche und überprüfbare Zielvorgabe verdeutlicht die Entschlossenheit der Führung ihre Ziele gegen alle Widerstände umzusetzen. Auf der anderen Seite ist diese Zielvorgabe ein Eingeständnis des bisherigen Unvermögens die SU als Eigentümer auch wirkungsvoll kontrollieren zu können. Genauso wie die versuchte Einbindung Privatkapitals darauf hindeutet, dass die Führung dem Management der SU eine Effizienz- und Profitabilitätssteigerung nicht vollends zutraut.

Was die Reformen im Bereich der SU anbetrifft, zeigt sich deutlich das Konzept des Authoritarian Upgrading, der Staat bleibt über seine Beteiligungen an den SU der entscheidende Akteur in wichtigen Wirtschaftsbereichen (beispielsweise Telekommunikation, Rüstung, Luft- und Raumfahrt). Private Investoren werden maximal Minderheitsbeteiligungen in Aussicht gestellt, um mit deren Know-how größere Profite zu erzielen und um SU mit effizienten Managementstrukturen zu versehen.

Des Weiteren sollen die engen Verflechtungen zwischen Behörden und staatlichen Unternehmen getrennt werden. Auch das Auftreten von Behörden als Unternehmenseigner in seinen verdientesten Facetten soll unterbunden werden. Monopolstellungen werden soweit als möglich reduziert werden und in die Unternehmensführung sollen Nachhaltigkeit und Transparenz als wichtige Parameter einkehren (II.7). Die Entflechtung von Behörden und Unternehmen ist ein wichtiger Schritt, der stetigen Selbstbereicherung und der Vermischung von privaten Wirtschaftsinteressen mit offiziellen Amtspflichten durch Beamte zum Schaden der Allgemeinheit vorzubeugen. Sollte es gelingen, eine klare Trennung zwischen Behörden und Unternehmen zu etablieren, würde ein wichtiges Einfallstor für Korruption und Selbstbereicherung geschlossen.

---

<sup>122</sup> Financial Times (2010).

Dem Privatsektor wird der Abbau von irrationalen Hemmnissen und gleiche Rechte wie den SU in Aussicht gestellt. Eine konkrete Benennung, welche Hindernisse man beseitigen will, findet nicht statt. Insgesamt ist der Absatz zur Entwicklung des Privatsektors recht knapp gehalten und beinhaltet keine weiteren Reformziele (II.8).

Großen Raum nimmt dagegen die Etablierung eines modernen Marktsystems ein, als dessen Merkmale fairer Wettbewerb, Wahlfreiheit der Konsumenten, freier Austausch von Waren und Gütern und eine effiziente Zuteilung von Ressourcen genannt werden (III). Zuallererst spricht man sich für ein einheitliches Markteintrittssystem aus. Dies soll mit einer sogenannten Negativliste realisiert werden. Sämtliche Marktbereiche, die nicht auf dieser Liste stehen, sind für alle Unternehmen und Investoren zu gleichen Bedingungen zugänglich (III.9). Ein überaus wichtiger Punkt, der die Rechtssicherheit erhöht und Grauzonen eliminiert. Gerade im Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft entstanden eine Reihe von Grauzonen, die Korruption begünstigen. Zusätzlich wird ein leichter Marktzugang durch den Abbau regulatorischer Hürden in Aussicht gestellt und die Kapitaleinbringung bei Unternehmensgründungen soll vereinfacht werden. Jegliche Vorschriften und Praktiken, die einem einheitlichen Markt und fairem Wettbewerb entgegenstehen sollen abgeschafft werden. Selektiver Begünstigung, regionalem Protektionismus und Monopolbildung werden der Kampf angesagt. Dieses Vorhaben berührt auch ein Hauptproblem, denn die oben genannten Praktiken sind zu einem Gutteil jene Partikularinteressen, die bisher jeglichen Reformversuchen widerstanden haben. Die Umsetzung dürfte sich aber schwierig gestalten, da Staatsbedienstete, die aus diesen Unsicherheiten finanzielle Vorteile ziehen genauso wie Unternehmen, die als Monopolisten agieren, versuchen werden dieses Vorhaben zu unterlaufen. Konsumenten und Unternehmen hingegen würden auf Dauer von der Beendigung dieser Praktiken profitieren.

Neben einem vereinfachten Markteintritt setzt man sich die Liberalisierung der Preisbildung zum Ziel. Die Regierung soll sich aus dem Preisfindungsprozess so weit wie möglich zurückziehen und dem Markt die Aufgabe der Preisfindung überlassen. Preiskontrollen für Strom, Wasser, Erdöl, Erdgas, Telekommunikation und nicht weiter spezifizierte Güter sollen fallen. Die Regulierung von Preisen soll transparenter werden und auf Sozialleistungen, öffentliche Versorgung und natürliche Monopole beschränkt werden (III.10).

Ein ähnliches Bild wie bei den SU zeichnet sich bei den Reformvorhaben für den Finanzmarktsektor. Es werden eine Reihe von Verbesserungen und leichterem Zugang in Aussicht gestellt, aber auch hier ist nicht die Rede von einem Rückzug des Staates. Die Eröffnung privater

Banken wird erlaubt, allerdings unter strenger Aufsicht und nur als Kleinbanken und Institute mittlerer Größe. Auch die Weiterentwicklung des Anleihemarktes und des Aktienmarktes werden in Aussicht gestellt. Wichtiger Punkt ist die angestrebte Liberalisierung der Zinssätze, dies würde bedeuten, dass die künstlich niedrig gehaltenen Kreditzinsen steigen würden und damit auch die Zinsen auf Spareinlagen. Beides hätte zunächst den positiven Effekt, dass Sparer höhere Renditen erzielen würden und somit höhere Einkommen zur Verfügung hätten. Banken würden Kreditvergaben genauer prüfen, mit der Folge einer geringeren Zahl von Kreditausfällen. Auf diese Weise ließe sich das Ungleichgewicht von niedriger Konsumrate und hoher Investitionsrate abmildern. Allerdings wird sich die Zinsliberalisierungen über einen langen Zeitraum hinziehen. Bei einer plötzlichen Liberalisierung der Zinssätze dürften SU Schwierigkeiten haben sich zu refinanzieren und brächten so den gesamten Bankensektor mit unabsehbaren Folgen ins Wanken. Zusätzlich wird eine breitere Öffnung des Finanzmarktes für ausländische Investoren in Aussicht gestellt zusammen mit einem infrastrukturellen Ausbau des Finanzmarktes. Neben der Einführung einer allgemeinen Einlagensicherung geht es um die Reform der Finanzaufsicht und der Liberalisierung des RMB Wechselkurses. Außerdem soll der Kapitalverkehr von und nach China erleichtert werden (III.12).

Diese Ansätze verdeutlichen, dass die Staatsführung sich durchaus der wirtschaftlichen Probleme und auch deren Kern, der hohen Abhängigkeit von Investitionen, bewusst ist. Würden alle diese Maßnahmen im vollen Umfang umgesetzt, würde die finanzielle Repression (siehe Kapitel 2.2) weitgehend eliminiert und der Abfluss von Vermögen der Haushalte zu Unternehmen unterbunden. In der Folge würde der Konsum gegenüber den Investitionen zulegen. Bei all den positiven Ankündigungen sollte man aber im Hinterkopf behalten, dass der Bankensektor bereits eine ganze Reihe von Reformen durchlaufen hat und den maßgeblichen internationalen Regulierungsstandards entspricht. Und dennoch sind die Banken vor allem Instrument der Partei zur Finanzierung wirtschaftspolitischer Vorgaben. Solange die Führung den Bankensektor nur als Instrument zur Politikumsetzung sieht, bleiben alle Reformen weitgehend Schönfärberei, um genau dies zu verdecken.

Zur Verbesserung des Marktsystems gehört für die KPCh auch die Weiterentwicklung der Wirtschaft im technologischen Sinne. So befasst sich Punkt 13 (III.13) mit der Förderung von Innovationen und Technologien unter stärkerer Berücksichtigung der Anforderungen des Marktes. Eine enge Verzahnung von Universitäten, Forschungszentren und Unternehmen ist genauso vorgesehen, wie der stärkere Schutz von intellektuellem Eigentum. Als Rückgrat für Innovationen

werden große Konzerne genannt, hinter dieser Umschreibung dürften sich zum Gutteil SU verbergen. Ein weiterer Hinweis darauf, dass SU weiterhin eine wichtige Rolle in der chinesischen Wirtschaft spielen. Des Weiteren verspricht man bessere Finanzierungsmöglichkeiten für kleine und mittlere Technologieunternehmen, denen es häufig schwerfällt ausreichend Startkapital einzuwerben. Ob Großkonzerne allerdings die Rolle des innovativen Rückgrats einnehmen können, darf bezweifelt werden. Gerade aufgrund ihrer Struktur und eines etablierten Geschäftsmodells fällt es großen Einheiten schwerer, revolutionäre Innovationen zu entwickeln, liegen ihre Stärken doch eher in der stetigen Verbesserung bereits vorhandener Produkte und Technologien. Dies gilt insbesondere für SU, die aufgrund ihrer monopolartigen Stellungen wenig Interesse an Innovationen haben.

Die Anstrengungen im Technologiebereich sind Ausdruck der Bemühungen von einer ressourcen- und kapitalintensiven und nicht zuletzt äußerst umweltschädlichen Wirtschaftsentwicklung wegzukommen. Eine Akzentuierung von Innovation und Technologie ist auch dem Anspruch geschuldet nicht mehr nur bloß Fertigungsstätte, sondern selbst Innovationstreiber werden zu wollen und somit die Wertschöpfung im eigenen Land zu steigern. Die Verbesserung der eigenen Innovationsfähigkeit ist auch ein Kernmerkmal des Authoritarian Upgrading. Denn Unabhängigkeit von ausländischen Technologien bedeutet eine höhere Stabilität der wirtschaftlichen Entwicklung und eröffnet die Möglichkeit, selbst technologische Standards zu definieren und so die weitere Entwicklung von Technologien und Branchen zum eigenen Vorteil zu gestalten. Sie bedeutet auch, gegenüber Forderungen nach politischem Wandel im Gegenzug für Technologietransfers immun zu werden. Zusätzlich gilt es heimischen Entwicklungen Rechnung zu tragen. Mit dem mittelfristigen Versiegen des Arbeitskräftereservoirs muss China seinen Wohlstand in Zukunft auf andere Art erzeugen, als durch ein unerschöpfliches Reservoir an billigen Arbeitskräften. Die Anzahl der erwerbsfähigen Menschen in China ist seit drei Jahren rückläufig, in 2014 sank diese allein um 3,71 Millionen im Vergleich zum Vorjahr.<sup>123</sup> Ohne eigene Innovation und Technologie ist dies nur sehr schwer vorstellbar. Hinzukommt eine immer besser ausgebildete Bevölkerung, die nach adäquaten Beschäftigungsmöglichkeiten verlangt.

Zusätzlich steht die Erhöhung der Regierungskompetenz der verschiedenen Regierungsorgane auf der Beschlussliste. Angestrebt wird ein regelbasiertes und dienstleistungsorientiertes Regieren. Zum einen soll das Vertrauen in staatliche Institutionen

---

<sup>123</sup> Sina caijing (2015).

gestärkt werden, zum anderen sollen staatliche Stellen besser auf steigende Anforderungen einer diversifizierten Wirtschaft vorbereitet werden. In den Punkten 14, 15 und 16 werden die entsprechenden Vorhaben detailliert dargestellt. In Punkt 14 wird ein besseres Management der Rahmenbedingungen auf der Makroebene in Aussicht gestellt. Hierzu gehören unter anderem die verbesserte Verteilung von Ressourcen, die Entschärfung regionaler und systemischer Risiken und die Akzentuierung einer nachhaltigen Entwicklung. Als Steuerungsinstrumente werden geld- und fiskalpolitische Maßnahmen genannt. Das Bekenntnis, Unternehmen vollumfänglich Investitionsentscheidungen in Eigenregie, ohne Intervention und Zustimmung des Staates durchführen lassen zu wollen, zielt in die gleiche Richtung. Der Markt und nicht mehr der Staat in Gestalt der Kader soll über Investitionen entscheiden. Damit staatliche Stellen sich auch an diese Vorgaben halten, wird das Evaluierungssystem der Kader umgestaltet. Das bisher alles entscheidende Kriterium, das BIP-Wachstum, tritt in den Hintergrund und andere Indikatoren wie Ressourcennutzung, Umweltverschmutzung, Überkapazitäten in der Produktion, Gesundheit und Bildung rücken in den Fokus (III.14).

Sollten diese Maßnahmen konkretisiert und auch konsequent umgesetzt werden, dürften die hohen Investitionsraten zurückgehen. Denn viele Investitionen mit zweifelhaftem ökonomischem Nutzen werden aufgrund politischer Intervention getätigt. Der weitgehende Rückzug des Staates an die Seitenlinie dürfte auch die zahlreichen Möglichkeiten der Korruption und Bereicherung verringern. Die für den wirtschaftlichen Erfolg notwendigen Patronage-Netzwerke werden obsolet werden und der Markt und nicht die Beziehungen zu lokalen Parteikadern werden über Erfolg oder Misserfolg eines Unternehmens entscheiden. Der Rückzug des Staates wird den Markt transparenter gestalten und damit auch die Chance eröffnen den wirtschaftlichen Wohlstand gleichmäßiger zu verteilen. Für Kader und Beamte wird es dagegen schwerer wirtschaftliche Vorteile aus ihrer Machtposition zu ziehen. Die Zentralregierung folgt damit einem von Heilmann definierten Kernmerkmal des AU, den Wohlstand weiten Teilen der Bevölkerung zugänglich zu machen. Gleiches gilt für die Aufwertung des Umweltschutzes, der Bildung und der Gesundheit, der nichts anders bedeutet, als den Wohlstand in Form besserer öffentlicher Einrichtungen wie Schulen und Krankenhäusern bei weiten Teilen der Bevölkerung ankommen zu lassen.

Punkt 15 verspricht eine Kompetenzübertragung von der Zentralregierung zu lokalen Einheiten bei sozialen und ökonomischen Projekten, ohne allerdings genauer zu spezifizieren, um welche Projekte es sich handeln wird. Es wird eine deutliche Aufgabentrennung angestrebt, die

Zentralregierung, soll sich stärker um die Entwicklung von Plänen, Strategien, Standards, die Beobachtung des Marktes und die Bereitstellung von öffentlichen Gütern kümmern. Die Lokalregierungen sollen ihre Umsetzungskompetenz bei der Regulierung des Marktes, der Versorgung mit öffentlichen Gütern, der Beachtung des Umweltschutzes und des Sozialmanagements verbessern. Zusätzlich sollen Dienstleistungen durch den Staat bei Privatunternehmen hinzugekauft werden. Öffentliche Institutionen wie Krankenhäuser, Forschungseinrichtungen oder Schulen sollen gegenüber den zuständigen administrativen Stellen größere Autonomie erhalten. Zusätzlich möchte man diesen Institutionen die Stellung als juristische Person zubilligen, was ihre Eigenständigkeit gegenüber den Verwaltungsbehörden erheblich steigern dürfte (III.15).

Punkt 16 befasst sich mit der Verbesserung der Organisationsstruktur von Regierung, staatlichen Stellen und Partei. Im Mittelpunkt stehen ein verantwortungsvolles Regieren und eine strengere Überwachung der Performanz. Unklarheiten bei Zuständigkeiten auf allen administrativen Ebenen sollen beseitigt werden. Zusätzlich ist eine administrative Neugliederung vorgesehen, so wird erwogen, die Kreise direkt unter die Zuständigkeit der Bezirke zu stellen. Wie diese Neugliederung in Detail aussehen soll, bleibt allerdings unbeantwortet. Die Beförderung von hohen Offiziellen soll einer strengeren Überwachung unterzogen werden. Die Anzahl der Behördenmitarbeiter soll gleichfalls überprüft und reduziert werden (III.16). Alle drei Punkte zielen auf eine höhere Performanz von Partei und Staat ab. Sie fügen sich damit in den hinzudefinierten Punkt des AU der Steigerung der Performanz staatlicher Stellen, bei der es um die Bekämpfung der Korruption bei gleichzeitiger Professionalisierung staatlicher Dienstleistungen geht. Eine klarere Trennung der Zuständigkeiten und die Beseitigung rechtlicher Grauzonen können dazu beitragen, Korruption und Bereicherung einzugrenzen. Die entscheidende Frage ist jedoch, ob diese keineswegs neuen Forderungen dieses Mal wirkungsvoll umgesetzt werden, oder am Widerstand der Partikularinteressen, die sich aus diesen Grauzonen speisen scheitern werden.

Der Punkt einer klaren Trennung der Verantwortlichkeiten zwischen Zentral- und Lokalstaat wird auch im Ausgabenbereich angestrebt. So werden eine Reihe von Themenfeldern benannt, die durch die Zentralregierung beziehungsweise durch die Lokalregierungen finanziert werden sollen. Überregionale Themen wie die nationale Verteidigung und die Überwachung von Marktstrukturen fallen in den zentralstaatlichen Finanzierungsbereich. Die Versorgung mit öffentlichen Gütern fällt weitgehend in den lokalstaatlichen Finanzierungsbereich. Bei Projekten



über die Regionen hinaus, insbesondere im Sozialbereich ist eine Lastenteilung zwischen beiden Ebenen vorgesehen (V.19).

Neben der Öffnung nach innen wird auch eine stärkere Öffnung des Marktes nach außen propagiert. Vormalig für ausländische Unternehmen geschlossene oder beschränkte Sektoren wie Gesundheit, Bildung, Wirtschaftsprüfung, Steuerberatung und elektronischer Geschäftsverkehr werden geöffnet. Neue Freihandelszonen nach dem Vorbild der Shanghaier Freihandelszone sollen eingerichtet werden (VII.24). Neben der Eröffnung weiterer Freihandelszonen nach Shanghaier Vorbild sollen Investitionen, Fusionen und Kooperationen zwischen einheimischen und internationalen Unternehmen gefördert und vereinfacht werden (VII.25).

Um ein weiteres Auseinanderdriften von entwickelten Küstenregionen und unterentwickelten Inlandsprovinzen zu verhindern, werden Handel, Investitionen und Innovationen im Inland gefördert werden. Zentral- und Westchina sollen mit Infrastrukturprojekten besser an die ökonomischen Zentren im Süden und Osten angeschlossen werden. Zusätzlich wird eine engere wirtschaftliche Verflechtung mit den Nachbarländern angestrebt, in diesem Zusammenhang wird explizit auf die Seidenstraßeninitiative und ihr Pendant die maritime Seidenstraße hingewiesen (VII.26).

Die weitere Öffnung gegenüber dem Ausland hat neben wirtschaftlichen Interessen auch das Ziel der Regimestabilisierung. Mit einer tieferen internationalen Einbindung und ökonomischen Vernetzung steigt auch im Ausland das Interesse an stabilen Verhältnissen in China. In diesem Punkt lässt sich wieder ein Kernpunkt des Authoritarian Upgrading erkennen: „Promoting international outreach: increasing international linkages, establishing economic bridgeheads in strategic locations of the global economy, making key player in the world economy depended on capital and/or resource flows from authoritarian upgraders“ (siehe Kapitel 1).

Im Fiskalbereich sind eine Reihe von Änderungen vorgesehen, mit denen es gelingen soll, die hohe Verschuldung der Lokalregierungen, die je nach Quelle zwischen RMB 13- 30 Billionen liegt, zu verringern. Zunächst soll die Haushaltsplanung auf allen Ebenen verbessert und deren Einhaltung strenger kontrolliert werden. Dies soll durch ein höheres Maß an Transparenz und fiskalischer Disziplin erreicht werden. Gleiches gilt für die Aufnahme neuer Schulden. Viel wichtiger aber ist die Absichtserklärung, dass auf lokaler Ebene durch zentralstaatliche Politikvorgaben entstandene finanzielle Defizite prinzipiell durch allgemeine Transferzahlungen ausgeglichen werden sollen. Strukturschwache Gebiete oder anderweitig bedürftige Gebiete sollen

erhöhte Transferzahlungen erhalten (V.17). All diese Maßnahmen können dazu beitragen, ein weiteres Auseinanderdriften armer und reicher Landesteile in ihrer Entwicklung zu verhindern.

Durch eine Steuerreform sollen die lokalen Regierungen in die Lage versetzt werden ein höheres Steueraufkommen zu generieren. Zu diesem Zweck ist die Einführung einer Grundsteuer, eine Reform der Mehrwertsteuer und eine höhere Besteuerung von Luxusgütern und Produkten, deren Herstellung energieintensiv und umweltbelastend ist, vorgesehen (V.18). Sollte es den lokalen Gebietskörperschaften dann gelingen, höhere Einnahmen zu erzielen, könnte die Verschuldungsspirale zumindest gestoppt werden. Mit diesem Reformvorhaben macht sich die KPCh-Führung daran, die Hauptursache für die Verschuldung des Lokalstaats zu korrigieren. Mit der Fiskalreform von 1994 unter Premier Zhu Rongji wurde die Einnahmenverteilung zwischen Zentralregierung und den Lokalregierungen neu geordnet. Der Zentralstaat erhielt statt bisher deutlich unter 25 % über 50 % der Revenuen, im Gegenzug erhielt der Lokalstaat statt über 70 % der Steuereinnahmen nur noch um die 40 % der Einnahmen.<sup>124</sup> Die Lastenverteilung blieb allerdings gleich, das heißt, der Lokalstaat muss seit dieser Reform mit weniger Mitteln selbiges Leistungsspektrum abdecken. Nach Schätzungen des IWF verantworten lokale Regierungen 85% der gesamtstaatlichen Ausgaben in China.<sup>125</sup> Diese ungleiche Lastenverteilung zusammen mit dem Verbot für den Lokalstaat im Rahmen des Budgets Kredite aufzunehmen, haben zu einer massiven und undurchsichtigen Verschuldung geführt. Sollten die vorgesehenen Reformansätze umgesetzt werden, würde sich die angespannte Finanzsituation der Lokalregierungen zumindest nicht weiter verschlechtern. Ein weiterer positiver Aspekt dürfte der nachlassende Anreiz sein, Land an Immobilienunternehmen zur Einnahmengenerierung zu verkaufen. Damit dürften auch die immer wieder aufflammenden Proteste von Bürgern, die durch diese Praxis ihr Heim verloren haben, zurückgehen. Mit der finanziellen Besserstellung des Lokalstaats sind lokale Kader weniger auf die Finanzkraft der Unternehmer zu Erfüllung ihrer Vorgaben angewiesen. Der Anreiz klientelistische Beziehungen aufzubauen würde verringert werden. Eine angemessene Einnahmenverteilung würde die Lokalregierungen von dem Druck befreien wiederkehrende Ausgaben durch Kredite oder Landverkäufe zu finanzieren, beides endliche Finanzierungswege.

Die Frage, wie die Verschuldung auf den lokalen Ebenen abgebaut werden kann, bleibt unbeantwortet. Zwar soll der Lokalstaat mehr finanzielle Mittel bekommen, ob diese auch dazu

---

<sup>124</sup> Tsai, Kellee (2004): S. 10.

<sup>125</sup> Internationaler Währungsfond (2014a): S. 5.

herangezogen werden dürfen Schuldverschreibungen zu bedienen oder überhaupt dafür ausreichen bleibt unklar.

Neben diesen Ansätzen, die wirtschaftlichen Ungleichgewichte zu entschärfen lässt sich auch das Bemühen erkennen, die zuletzt immer größer gewordenen sozialen Unterschiede zumindest nicht weiter auseinanderdriften zu lassen. Die Eigentumsrechte der Bauern sollen verbessert werden und Land von Kollektiven, das bereits als Bauland ausgewiesen wurde, soll verkauft oder verpachtet werden können und somit den Bauern eine neue Einnahmequelle erschließen (III.11). Die Eigentumsrechte der Bauern an Kollektiven werden gestärkt. Anteilseigner sollen ihre Anteile verkaufen oder verpachten dürfen. Außerdem ist die Etablierung eines Grundstückmarktes auf dem Land vorgesehen, der es den Bauern ermöglicht Land zu kaufen oder zu verkaufen. Ebenso sollen die Verpachtungsrechte erweitert werden, alles mit dem Ziel neue Einkommensquellen zu erschließen (VI.21). Darüber hinaus wird ein, dem im urbanen Raum gleichwertiger, Zugang zu Sozialleistungen in Aussicht gestellt und die Infrastruktur im ländlichen Raum soll weitere Aufwertungen erfahren (VI.22).

Langfristig aber ermutigt man den Landrechtstransfer auf Marktbasis hin zu spezialisierten Groß- und Familienbetrieben und Kooperativen, um effizientere Agrarunternehmen entstehen zu lassen. Ländliche Regionen werden ermutigt wirtschaftliche Kooperativen zu entwickeln und großflächigen, spezialisierten und modernen Agrarunternehmen bei der Entwicklung zu helfen. Diese Konsolidierung zusammen mit der Erleichterung der Wohnsitzregistrierung in kleinen und mittelgroßen Städten (3-5 Mio. Einwohner) und die Garantie, dass Einzahlungen in Kranken- und Altersvorsorge im städtischen Raum nach einem Umzug dorthin ihre Gültigkeit behalten, lassen vermuten, die Ungleichheit zwischen Land und Stadt durch eine vermehrte Urbanisierung lösen zu wollen. Außerdem sollen Migranten vom Land, die als städtische Einwohner registriert wurden, vollen Zugang zu Sozial- und Wohnungsprogrammen erhalten (VI.23).

Zusätzlich ist eine angemessene Lohnpolitik avisiert, bei der sich die Löhne an der Produktivität orientieren sollen. Das Konzept des Mindestlohns findet hier genauso Erwähnung wie die Absicht Lohntarifverhandlungen in Unternehmen verbessern zu wollen. Wie schon in anderen Feldern sollen auch auf dem Arbeitsmarkt die Regeln des freien Marktes dominieren. Der steigenden Lohnungleichheit möchte man durch gezielte Besteuerung entgegenwirken (XII.44). Aufgrund des langsameren Wachstums scheint es wenig wahrscheinlich, dass die Löhne substantiell ansteigen werden. Eher scheint es realistisch, dass der Staat mit einer gezielten Besteuerung gegen die steigenden Vermögensunterschiede vorgehen wird.

Im Zusammenhang mit den beschlossenen Reformen wurde ebenfalls der Beschluss gefasst, eine weitere Führungsgruppe beim Zentralkomitee einzurichten, deren Aufgabe die Formulierung und Umsetzung der Reformpolitik sein wird. Geleitet wird die Führungsgruppe zur umfassenden Vertiefung der Reformen (FUVR) (中央全面深化改革领导小组 *Zhongyang quanmian shenhua gaige lingdao xiaozu*) von Xi Jinping (XVI. 58). Diese neu gegründete Führungsgruppe ist wie andere Führungsgruppen auf ihrem Gebiet das höchste Steuerungsorgan. Neben Xi gehören Premier Li Keqiang, Liu Yunshan und Zhang Gaoli, allesamt Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros, der Führungsgruppe an. Im Unterschied zu anderen Führungsgruppen wurde über die Einsetzung der FUVR in umfassender Form in den Medien berichtet. Beides lässt darauf schließen, dass die Führungsgruppe über beträchtliche Macht verfügt Reformvorhaben ohne Rücksicht auf zuständige Ministerien oder nachgeordnete Institutionen durchzusetzen.<sup>126</sup>

Xi Jinping selbst ist sehr eng mit dem Resolutionsentwurf des Plenums verbunden und hat dies in der Öffentlichkeit explizit kommunizieren lassen. So wurde bekannt gegeben, dass Xi Jinping persönlich die Leitung bei der Abfassung des Abschlussdokuments innehatte. „Dies ist das erste Mal seit Beginn des neuen Jahrhunderts, dass das höchste Parteimitglied den Posten des Vorsitzenden der Schreibgruppe der Resolution des Plenums bekleidet. Dies verdeutlicht die große Wichtigkeit, die das Zentralkomitee der umfassenden Vertiefung der Reformen beimisst.“<sup>127</sup> Im gleichen Zeitraum wurde Xis Ansprache an das Plenum veröffentlicht. Außerdem folgte die Veröffentlichung der Erläuterung zum Abschlussdokument, die von Xi Jinping verfasst wurden. Dort geht er nochmals auf die in der Resolution postulierten Entscheidungen ein und erläutert den Entstehungsprozess.<sup>128</sup> Durch diese enge Verknüpfung hat Xi Jinping seine eigene Glaubwürdigkeit und den Erfolg seiner Amtsperiode mit dem Gelingen dieser Reformen verbunden. Sollten die Reformen scheitern, würde das Ansehen der zentralen Führung, welches im Gegensatz zu den lokalen Organen der Partei sich immer noch großem Vertrauen erfreut, vermutlich irreparablen Schaden erleiden.

Aus ökonomischer Sicht hat die Führung eine Fülle von Reformen beschlossen, mit denen es gelingen kann, die Ungleichgewichte des Wachstumsmodells abzuschwächen. Der Wirkungsgrad der Reformen wird entscheidend von der Umsetzungstiefe abhängen. Dies

---

<sup>126</sup> Gore, Lance (2015): S. 2f.

<sup>127</sup> Xinhua (2013b).

<sup>128</sup> Ebd.

wiederum hängt davon ab, ob es der Zentrale gelingt, die nachgeordneten Teile des Regimes zu veranlassen die Reformen nicht nur den Vorgaben nach, sondern ihrem Geist nach umzusetzen.

Wie wir in vorangegangenen Kapitel gesehen haben, ist Chinas Wachstum zu einem erheblichen Teil durch Kredite finanziert worden. Ohne eine exzessive Kreditvergabe wären die hohen Wachstumsraten nicht denkbar gewesen. Die Beschlüsse des Dritten Plenums erhalten eine Reihe von Ansätzen, um von der Kreditabhängigkeit loszukommen. Darunter fällt die weitere Öffnung der Märkte, aber auch die Ansätze Vermögen durch Besteuerung und Sozialleistungen umzuverteilen. In der Folge bedeutet dies aber auch, dass das Wachstum in den nächsten Jahren weiter rückläufig sein wird. Japan, dessen Entwicklungsmodell dem chinesischen Modell ähnelte, war ebenfalls gezwungen sein kapitalintensives Wachstumsmodell neu auszutarieren und leidet bis heute an einem geringen Wirtschaftswachstum.

Die aktuelle Phase wirtschaftlicher Unsicherheit wird durch die hohe Verschuldung verschärft und beeinflusst das Wachstum in negativer Weise. Die ungelöste Frage, wie die Verbindlichkeiten beglichen werden sollen, wird das Wachstum weiter bremsen. Sämtliche Akteure werden bemüht sein eine explizite oder implizite Heranziehung (durch Inflation, Lohnstagnation, Niedrigzinsen, Steuern, etc.) ihres Vermögens zur Konsolidierung der Verbindlichkeiten zu verhindern. Besitzer großer Kapitalvermögen könnten versuchen ihre Vermögen ins Ausland zu transferieren, Banken Darlehenszinsen erhöhen, Investoren sich aus Projekten zurückziehen, Arbeiter sich gegen Sparmaßnahmen organisieren, lokale Regierungen protektionistische Maßnahmen einleiten. Dies alles wird neben der Finanzierung der Schulden, weitere Kosten verursachen und das Wachstum verlangsamen.<sup>129</sup>

Die Regierung muss sich also neben der Reformumsetzung auch auf eine längere Phase mit geringeren Wachstumsraten einstellen. Dem Regime dürften damit turbulenterer Zeiten bevorstehen, die aber nicht zu dem Schluss führen dürfen, die Reformen aus Angst vor politischen Instabilitäten nur halbherzig umzusetzen. Denn eine Verschleppung der Reformen hätte das Potenzial zu einer ernststen Bedrohung für die politische Stabilität des Landes zu werden.

### **3.3 Die Umsetzung der Reformvorhaben - erste Erfolge und ein Fragezeichen**

Nun ist es nach nicht einmal zwei Jahren kaum möglich, ein Fazit über die Ausgestaltung und Umsetzung der Reformvorhaben zu ziehen. Dennoch lassen sich bereits erste Fortschritte bei der Umsetzung der Reformen erkennen. Schon vor dem Plenum wurden Leitzinsen für Bankkredite

---

<sup>129</sup> Pettis, Michael (2015).

liberalisiert. Banken wurden damit theoretisch in die Lage versetzt, die Zinssätze der jeweiligen Kreditprodukte entsprechend der Nachfrage und dem Risiko festzulegen. Die komplette Liberalisierung der Zinssätze auf Spareinlagen steht noch aus, aber Schritte in diese Richtung wurden unternommen. Anfang 2015 wurde die Bandbreite um die der angebotene Zinssatz auf Einlagen vom vorgegebenen Orientierungswert abweichen darf auf das 1,5-fache erhöht, vom 1,3-fachen im Februar und 1,2-fachen im November 2014.<sup>130</sup> Eine komplette Liberalisierung der Sparzinsen ist laut Zentralbankpräsident Zhou Xiaochuan noch dieses Jahr möglich: „Wir sind einer Zinsliberalisierung also der Aufhebung der oberen Begrenzung der Zinssätze auf Spareinlagen bereits sehr nahe gekommen. Wenn sich dieses Jahr eine Möglichkeit ergeben sollte, ist es gut möglich, dass die obere Begrenzung der Zinssätze auf Spareinlagen fällt. Die Wahrscheinlichkeit des Besagten ist sehr groß.“<sup>131</sup> Im gleichen Atemzug wurde eine Einlagensicherung auf Einlagen mit einer maximalen Höhe von RMB 500 000 eingeführt. Diese Sicherung schützt 99,63 % aller chinesischen Sparer im Fall einer Bankeninsolvenz.<sup>132</sup> Bereits kurz nach dem Liberalisierungsschritt hat die Zentralbank die Kreditinstitute jedoch angewiesen die neue Freiheit bei der Zinsgestaltung nicht bis zum Maximalwert auszureizen oder nicht weiter spezifizierte Konsequenzen zu tragen.<sup>133</sup> Man möchte verhindern, dass die Kreditzinsen steigen und das Wirtschaftswachstum noch weiter unter Druck kommt. Diese Anweisung soll aber auch verhindern, dass der Bankensektor aufgrund sinkender Einnahmen aus Zinsgeschäften in wirtschaftliche Schwierigkeiten kommt.

Dieses Vorgehen illustriert denn auch das ganze Dilemma der Zinsliberalisierung in China. Die KPCh kontrolliert wie in Kapitel 2.2 dargestellt den gesamten Bankensektor und auch die Zentralbank ist dem Staatsrat unmittelbar unterstellt. Dies, zusammen mit dem Verständnis von Banken als reinem Werkzeug zur Erfüllung der eigenen Wirtschaftspolitik, die zu einem Gutteil auf die Erhaltung der politischen Stabilität ausgerichtet ist, muss auf Dauer jede Zinsliberalisierung konterkarieren. So verfolgt die Führung in China eine ambivalente Finanzpolitik, zum einen werden Einlagenzinsen immer weiter liberalisiert, auf der anderen Seite müht man sich mit ständigen Absenkungen der Leitzinsen Kapital für das ins Stottern gekommene Wirtschaftswachstum möglichst günstig zu halten. Der Leitzins für Kredite mit einer Laufzeit von

---

<sup>130</sup> South China Morning Post (2015).

<sup>131</sup> Renmin Ribao (2015a).

<sup>132</sup> Asia Insurance Review (2015).

<sup>133</sup> Wall Street Journal (2015).

bis zu einem Jahr wurde seit 2011 kontinuierlich abgesenkt von 6,56 % auf 4,85 %<sup>134</sup> dies zusammen mit der Liberalisierung der Zinssätze auf Spareinlage schmälert die Profite der Banken stetig.<sup>135</sup> Für 2015 Jahr gehen Analysten von einem durchschnittlichen Rückgang von 22 % der Profite aus.<sup>136</sup> Ein Trend sich bereits seit 2011 beobachten lässt und vor allem regional operierende Banken unter Druck setzt, die hauptsächlich kleine und mittlere Privatunternehmen mit Krediten versorgen. Hier konfliktieren also langfristige Ziele der Finanzmarktliberalisierung mit Versuchen die Wirtschaft zu stützen, in deren Folge die Profite der Banken leiden. Ob es den Reformern gelingt diesen Widerspruch dauerhaft aufzulösen bleibt abzuwarten. Die Deregulierung der Zinssätze ist sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung, um eine effizientere Kapitalallokation und eine Steigerung des Konsums zu erreichen. Nur mit einer Liberalisierung der Zinsen lässt sich die finanzielle Repression dauerhaft beseitigen. Aus Angst vor abrupten Anpassungen, die eine volle Liberalisierung der Zinssätze nach sich ziehen würde ist eine wirkliche Erhöhung der Leitzinsen auf Einlagen in naher Zukunft wohl aber ausgeschlossen.

Neben diesen Fortschritten erhielten weitere in Privatbesitz befindliche Finanzinstitute Banklizenzen. Anfang August startete MYbank eine Tochter des chinesischen Internetgiganten Alibaba als Internetbank für kleine- und mittlere Unternehmen. Nach Plänen der Bank werden keine Vermögen über RMB 200 000 angenommen und keine Kredite über RMB 5 Millionen ausgegeben.<sup>137</sup> Die Bank fokussiert damit zunächst auf ein Nischengeschäft und geht der Konkurrenz mit den großen Instituten, die kleine Privatunternehmen traditionell vernachlässigen, aus dem Weg. Der Markteintritt von kleineren Banken dürfte kleinen und mittleren Unternehmen einen besseren Zugang zu Kapital gewähren. Große Banken zeigen bisher kaum Interesse an Kreditgeschäften mit kleinen Unternehmen und drängen diese damit zur Kreditaufnahme bei Schattenbanken, einen Bereich, der nicht reguliert ist und sich außerhalb gesetzlicher Rahmen befindet.

Erste Schritte zur Verbesserung der finanziellen Situation der Lokalregierungen wurden ebenfalls unternommen. Im August 2014 wurde es den lokalen Einheiten gesetzlich erlaubt, Anleihen auszugeben und so das notwendige Kapital für öffentliche Investitionsprojekte einzuwerben. Kurze Zeit später verkündete der Staatsrat detaillierte Pläne zum Umgang mit der

---

<sup>134</sup> hexun.com (2015).

<sup>135</sup> Federal Reserve Bank of San Francisco (2014): S. 3.

<sup>136</sup> Reuters (2015).

<sup>137</sup> Caixin (2015).

öffentlichen Verschuldung auf lokaler Ebene und Regeln zur Aufnahme neuer Kredite. Anleihen dürfen nur für Investitionsprojekte vergeben werden, die der Allgemeinheit dienen und nicht primär kommerzielle Ziele verfolgen. Ein Ratingsystem soll zukünftig die Kreditwürdigkeit der lokalen Regierungen feststellen. Die LGFV dürfen keine neuen Kredite mehr ausgeben und sollen ihrer Funktion entkleidet werden. Die Lokalregierungen, so die Verlautbarungen, werden nicht für die Verbindlichkeiten von lokalen Staatsunternehmen aufkommen, nur Verbindlichkeiten der lokalen Behörden und Regierungen werden auch als solche angesehen. Die Zentralregierung wiederum wird nicht für überschuldete lokale Regierungen aufkommen. Um zukünftig eine Überschuldung zu verhindern, müssen sich die lokalen Regierungseinheiten zukünftig ein Verschuldungslimit vom Staatsrat genehmigen lassen. Außerdem werden die Lokalregierungen angehalten Risiken und Umfang ihrer Verschuldung genau zu beziffern.<sup>138</sup> Die neuen Regeln lenken die zukünftige Verschuldung der lokalen Regierungen in geordnete Bahnen. Mit den klaren Aussagen, dass der Zentralstaat nicht für die Schulden der lokalstaatlichen Ebene aufkommt, dürfte es jenen schwerer fallen Finanzmittel auf dem Kreditmarkt einzuwerben. Die Erlaubnis Geld auf dem Anleihemarkt einwerben zu dürfen führt zusammen mit der Ausschaltung der LGFV zu einer größeren Transparenz. Langfristig helfen aber nur neue Einnahmequellen wie die vom Dritten Plenum in Aussicht gestellte Grundsteuer, die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes und eine Aufgabenverteilung im Einklang mit der Einnahmenverteilung.

Im Kampf gegen gesellschaftliche Ungleichheiten lassen sich ebenfalls erste Ansätze erkennen. Mit dem Neuen Nationalen Urbanisierungsplan (*guojia xinxing chengzhenhua guihua* 国家新型城镇化规划) wird versucht, die sozialen Ungleichgewichte zwischen dem Land und den Städten durch eine beschleunigte Urbanisierung zu nivellieren. Allerdings werden die Probleme des Auseinanderdriftens der verschiedenen Bevölkerungsgruppen nur teilweise gelöst. Der im März 2014 vorgestellte Nationale Neue Urbanisierungsplan mit einer Laufzeit von 2014 bis 2020 soll die Anzahl der Stadtbewohner in China weiter ansteigen lassen. Laut Plan soll der Anteil der Bevölkerung mit städtischem Hukou von aktuell 36 % auf 45 % steigen. Der Anteil der Bevölkerung, der in Städten lebt, soll von 54 % auf 60 % ansteigen. Mit diesen Vorgaben sollen 100 Millionen Landbewohner einen städtischen Hukou bekommen, allerdings werden, so die Vorgaben, weitere 200 Millionen Landbewohner, die in die Städte ziehen ohne städtischen Hukou bleiben. Weiterhin ist vorgesehen, die Migrationsbewegungen auf die kleinen bis mittelgroßen

---

<sup>138</sup> Finanzministerium der VR China (2014).



Städte zu beschränken, in den großen Metropolen bleiben die strengen Vorgaben für Erteilung von Wohnsitzregistrierungen bestehen. Doch selbst in den kleinen und mittelgroßen Städten werden ein legales und stabiles Arbeitsverhältnis sowie ein legaler Wohnsitz für eine Registrierung vorausgesetzt.<sup>139</sup> Beides dürften für die meisten nur schwer zu realisierende Vorgaben sein, da viele Landbewohner nur über eine geringe Bildung und beschränkte Finanzmittel verfügen. Auf der anderen Seite werden die Stadtregierungen versuchen, so wenigen Migranten wie möglich eine städtische Wohnsitzregistrierung auszustellen, um den daraus entstehenden Kostenfaktor für Sozialleistungen so gering wie möglich zu halten.

Generell betrachtet lassen sich bereits erste Ansätze erkennen, die darauf schließen lassen, dass sich die chinesische Wirtschaft bereits in einem Wandlungsprozess befindet. Die jährlichen Zuwachsraten des BIP liegen bei rund 7 % und für dieses Jahr erscheint ein Wachstum von unter 7 % nicht ausgeschlossen.<sup>140</sup> Diese niedrigen Wachstumsraten lassen zunächst einmal die Alarmglocken schrillen, waren zweistellige Zuwachsraten in den letzten drei Dekaden die Norm. Blickt man hinter diese Zahlen, lässt sich aber eine Reihe von positiven Entwicklungen feststellen. Bloombergs *'new' economy index*, der die Entwicklung des Konsums, privater Unternehmen, des Advanced Manufacturings und der erneuerbaren Energien abbildet, zeigt für 2014 einen Zuwachs von 12 % im Vergleich zum Vorjahr an. Der *'old' economy index* hingegen, der das Wachstum im Immobiliensektor, von SU und im Bereich der weniger anspruchsvollen Fertigung abbildet, verzeichnete einen Wachstumsrückgang von 6,6 % auf 5,9 %.<sup>141</sup>

Die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums zusammen mit der nur geringfügigen Senkung der Darlehenszinsen führt dazu, die finanzielle Repression in China abzuschwächen. Die Differenz der Nominalzinsen von Darlehen und Einlagen ist deutlich geringer und somit findet auch kein nennenswerter Vermögenstransfer zum Nachteil der Sparer statt. Damit ist es auch gelungen den ständigen Rückgang Konsumrate in Relation zum BIP anzuhalten. Es lässt sich eine langsame Verschiebung von einem investitionsgetriebenen Wachstum hin zu einem konsumgetriebenen Wachstum beobachten. Während der Einzelhandel die Wachstumsprognosen übertrifft, tun sich andere Zweige wie die Stahlbranche, der Energiesektor und der Immobiliensektor schwer. Sie leiden an Überkapazitäten und fallen daher als traditionelle

---

<sup>139</sup> Sina xinwen zhongxin (2014).

<sup>140</sup> Süddeutsche Zeitung (2015).

<sup>141</sup> Bloomberg (2014).

Wachstumstreiber weitgehend aus. Der Dienstleistungssektor wuchs um 8 % im Vergleich zum Vorjahr und damit schneller als das verarbeitende Gewerbe.<sup>142</sup>

Die aktuellen Verwerfungen auf den heimischen Aktienmärkten in Shanghai und Shenzhen, haben weltweit Zweifel am Zustand der chinesischen Wirtschaft aufkommen lassen. Bei näherer Betrachtung wird aber schnell deutlich, dass es sich hier lediglich um eine Anpassung der Aktienmärkte gehandelt hat, deren steigende Kurse sich von der Entwicklung der Realwirtschaft entkoppelt hatten. Die Reaktion der Zentralregierung, in Form von massiven Stützungskäufen, auf die heftigen Kurseinbrüche lässt Rückschlüsse auf die Umsetzung des Reformversprechens, den Markt die entscheidende Rolle spielen lassen zu wollen, zu. In China beträgt der Wert der handelbaren Aktien lediglich 15 % in Relation zum BIP, in Deutschland oder den USA sind es circa 100 %. Lediglich 15 % der gesamten Vermögen von Haushalten sind in Aktien investiert. Viele Aktienkäufe wurden durch Kredite finanziert, diese Kredite beliefen sich aber nur auf 1,5 % des Gesamtvermögens des Bankensystems.<sup>143</sup> Der chinesische Aktienmarkt ist also kaum in der Lage eine systemische Krise auszulösen, geschweige denn in der Lage Banken ins Wanken zu bringen. Selbst nach der massiven Talfahrt notiert der CSI Leitindex immer noch über 30 % höher als im vergangenen Jahr (30.09.2015).<sup>144</sup> Das Problem war schlichtweg die Tatsache, dass ein Großteil der Aktienkäufe kreditfinanziert war. Höhere Kurse ließen sich nicht mehr durch ökonomische Daten rechtfertigen, sondern wurden durch Spekulation getrieben.<sup>145</sup> Anstatt nun dem Markt die notwendige Korrektur zu überlassen, griff die Zentralregierung massiv in den Markt ein. Banken, Pensionsfonds und Wertpapierhändler wurden veranlasst, unter Leitung staatlicher Stellen den Markt mit massiven Käufen zu stützen. Allein Wertpapierunternehmen mussten sich auf Anweisung mit RMB 120 Milliarden an der staatlichen Rettungsaktion beteiligen. Zusätzlich wurden Leerverkäufe untersagt. Die China Finance Securities Corp.<sup>146</sup> intervenierte mit RMB 260 Milliarden. Selbst das Ministerium für Öffentliche Sicherheit schaltete sich ein, um sicherzustellen, dass eventuelle Leerverkäufe bestraft werden.

Dabei war den Aufsichtsbehörden bereits im April 2014 bekannt, dass Wertpapierkäufe durch Kreditfinanzierung massiv gehebelt wurden. So kletterte die Kreditsumme von

---

<sup>142</sup> Bloomberg (2015a).

<sup>143</sup> The Economist (2015).

<sup>144</sup> Finanzen.net (2015).

<sup>145</sup> Caixin (2015b).

<sup>146</sup> China Finance Corporation ist ein zu 100 % staatliches Unternehmen, das laut eigener Aussage, als einziges Unternehmen Kredite zum Wertpapierkauf an Wertpapierunternehmen ausgibt.

Wertpapierunternehmen zwischen Juni und Juli des gleichen Jahres von RMB 400 Milliarden auf RMB 4,4 Billionen. Sollten die Kurse fallen, war abzusehen, dass eine Verkaufswelle einsetzen würde, um die aufgelaufenen Darlehen bedienen zu können.<sup>147</sup>

Diese Episode mit ihrem massiven Eingreifen bei einer überfälligen, nicht systembedrohenden Marktkorrektur lässt massive Zweifel an der Fähigkeit und dem Willen der Partei aufkommen, Märkten die entscheidende Rolle in einer modernen chinesischen Wirtschaft zukommen zu lassen. Dieser Eingriff verdeutlicht, wie wenig die KPCh-Führung dem Markt vertraut und deren Angst vor Instabilität. Bis jetzt scheint man zumindest im Finanzbereich nicht bereit echte Marktstrukturen zu zulassen. Solange die Marktteilnehmer sicher sein können, dass der Staat in den entscheidenden Momenten eingreift, wird es schwer fallen, wirkliche marktwirtschaftliche Prinzipien einzuführen. Effiziente Kapitalverwendung und Profitsteigerung, Kernprobleme der chinesischen Wirtschaft, dürften so nur schwer zu erreichen sein. Wie die Partei ihr Verhältnis zum Markt letztendlich definiert lässt sich hier noch nicht abschließend sagen. Es besteht durchaus die Möglichkeit, dass man in anderen Branchen dem Markt mehr Freiheiten zubilligt als im Finanzbereich.

## **4 Korruptionsbekämpfung, Massenlinie und die Hervorhebung der Rechtsstaatlichkeit als Teil der Reform des chinesischen Wachstumsmodells**

### **4.1 Korruptionsbekämpfung mit chinesischen Charakteristiken**

Im folgenden Kapitel wird der kampagnenartig geführte Kampf gegen die Korruption beleuchtet und die dahinter liegenden Ziele näher betrachtet. Die Anti-Korruptionskampagne und die kurz nachher initiierte Massenlinienkampagne überschneiden sich inhaltlich und lassen sich daher nicht immer sauber voneinander abgrenzen. Der Übersichtlichkeit halber aber werden beide Kampagnen so weit wie möglich getrennt betrachtet.

In der seit dem Machtwechsel eingeleiteten Anti-Korruptionskampagne nur eine Machtkonsolidierung der neuen Führung um Xi Jinping zu sehen, greift zu kurz. Andererseits lässt sich dieses Element auch nicht von der Hand weisen. Denn wie wir weiter unten sehen werden, wurde eine Reihe von hohen Parteikadern belangt, die als politische Gegner des neuen Präsidenten und Generalsekretärs der KPCh einzustufen sind. Dennoch ist die Kampagne mehrheitlich ein

---

<sup>147</sup> Caixin (2015c).

Versuch, die Widerstände innerhalb des Regimes, vor allem auf den mittleren und unteren Ebenen zu brechen, um die Reformvorstellungen der Zentrale wirkungsvoll umzusetzen. Wie in Kapitel 2.5 erläutert, gibt es innerhalb des Regimes, erhebliche Widerstände gegen die Reformvorhaben, da diese die Partikularinteressen eines nicht unerheblichen Teils der Parteimitglieder gefährden. Ein weiterer Aspekt ist die positive Resonanz innerhalb der Bevölkerung auf die Bekämpfung der Korruption.<sup>148</sup> Sie hilft nicht nur Xi Jinpings Popularität weiter zu steigern, sondern auch das angekratzte Image der Partei, als Hort schamloser Bereicherung zumindest ein Stück weit zu revidieren. Bevor wir uns näher mit den Zielen und Auswirkungen der Anti-Korruptionskampagne befassen, ist es jedoch sinnvoll, sich den bisherigen Verlauf anzusehen. Wie tief greifend das Korruptionsproblem mittlerweile ist, verdeutlicht ein interner Bericht der chinesischen Zentralbank, dem zufolge 16.000 – 18.000 Kader und Offizielle über 120 Mrd. US-Dollar an Korruptionsgeldern zwischen Mitte der 1990er bis 2008 ins Ausland schleusten.<sup>149</sup>

Mit seiner im Frühjahr 2013 gemachten Aussage Korruptionsverstöße von niedrigen und hohen Parteikadern gleichermaßen verfolgen zu wollen (*yao jianchi „laohu“, „cangying“ yiqi da* 要坚持“老虎”、“苍蝇”一起打) läutete Xi Jinping eine umfangreiche Korruptionsbekämpfungskampagne ein.<sup>150</sup> Federführend bei der Verfolgung der Korruption ist die Zentrale Disziplinarkommission der Partei unter Leitung von Wang Qishan, einem Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros und enger Vertrauter Xi Jinpings.

Aus Sicht der Parteiführung ist die Bekämpfung der Korruption eine existenzielle Angelegenheit, von deren Erfolg das langfristige eigene Überleben und die erfolgreiche Umsetzung der Wirtschaftsreformen abhängen. Xi Jinping selbst bezeichnet den Kampf gegen die Korruption als eine Angelegenheit von Leben und Tod für Land und Partei.<sup>151</sup> Er hat wiederholt den erfolgreichen Kampf gegen die Korruption mit dem Erhalt der Herrschaft der Partei gleichgesetzt.<sup>152</sup> Außerdem gilt es zu beachten, dass seitens des Politbüros versucht wird nicht nur bloß Verstöße zu ahnden, sondern das Verhalten und die moralischen Grundsätze der Parteimitglieder zu ändern und eine Kultur der sauberen Regierungsführung, ausgerichtet am Wohl der Bevölkerung innerhalb klarer Regeln, zu etablieren. Xi Jinping hat wiederholt die eigenen Führungskader dazu aufgerufen mit gutem Beispiel voranzugehen und sich an die Vorgaben und

---

<sup>148</sup> Marquis, Chris/Yang, Zoe (2013).

<sup>149</sup> The Australian (2011).

<sup>150</sup> Xinhua (2013).

<sup>151</sup> Renmin Ribao (2014).

<sup>152</sup> Fewsmith, Joseph (2013): S. 4f.

Regeln zu halten: „Die Etablierung von Verhaltensweisen muss zuallererst durch das Politbüro befördert werden, bevor man dies von anderen verlangt, muss man es zunächst selbst erreichen. Was man nicht möchte das andere tun, darf man erst recht nicht selbst tun.“<sup>153</sup>

Am 4. Dezember 2012 veröffentlichte das Politbüro die sogenannten Acht-Regeln (*zhongyang ba xiang guiding* 中央八项规定), die darauf abzielen, Ausschweifungen und pompöses Auftreten von Kadern zu unterbinden. So „verlangt das Politbüro von allen Genossen ihre Inspektionstouren zu verbessern, sie müssen tiefere Einblicke in die Basis [Gesellschaft, Anm. d. Autors] haben, um die wahre Situation zu verstehen“<sup>154</sup>. Konkret geht es darum, einen engeren Kontakt zur Basis zu pflegen, um etwaige Probleme frühzeitig zu erkennen und um verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen. Außerdem wird verlangt, auf Statussymbole und übermäßige Selbstdarstellung zu verzichten und sich stattdessen in einem sorgsamem und sparsamen Auftreten zu üben. Mitglieder des Politbüros dürfen nicht mehr ohne Genehmigung des Zentralkomitees an öffentlichen Anlässen wie Grundsteinlegungen oder Feierlichkeiten teilnehmen. Offizielle Auslandsbesuche und deren Umfang sind auf ein Minimum zu beschränken. Ausführliche Presseberichte über vermeintliche Erfolge und die Arbeit von Politbüromitgliedern werden ebenfalls kritisiert und sollen auf wichtige Meldung beschränkt werden. Die Veröffentlichung von offiziellen Dokumenten, deren Informationsgehalt und Nutzen für die Öffentlichkeit gering sind und nur dazu dient Ansehen und öffentliche Wahrnehmung einzelner Kader zu erhöhen, ist zu unterlassen. Übernachtungen in Luxushotels und die Nutzung teurer Dienstwagen werden ebenfalls untersagt, beziehungsweise nur im Einklang mit den dafür vorgesehen Regularien erlaubt.<sup>155</sup> Zwar handelt es sich bei den Acht-Regeln nicht um einen direkten Regelkatalog gegen Korruption, dennoch sind die aufgeführten Vorgaben als Teil des Kampfes gegen die Korruption zu sehen. Die Acht-Regeln zielen darauf ab, das öffentliche Verhalten hoher Kader zu ändern, um so als Vorbild für rangniedrigere Kader zu dienen. Es ist der Versuch, einen Mentalitätswandel von oben herbeizuführen und die Selbstbereicherung und das Streben nach Luxus, beides, nicht unerhebliche Motive für korruptes Verhalten, zu unterbinden. Billigte Deng Xiaoping in den 1980er Jahren die Akkumulation von Vermögen durch Kader mit seiner Forderung selbst unternehmerisch aktiv zu werden, umso die wirtschaftliche Öffnung voranzutreiben, wird nun ein Mentalitätswandel, hin zu einem dem Wohl der Bevölkerung

---

<sup>153</sup> News of the CPC (2012).

<sup>154</sup> Xinhua (2012a).

<sup>155</sup> Ebd.: (2012a).

verpflichteten Parteimitglied, angestrebt. Nicht zuletzt wird mit Durchsetzung der Regeln auch die Ernsthaftigkeit dieses Mentalitätswandels verdeutlicht. Gleichzeitig wird den Parteimitgliedern die Dringlichkeit der Situation vor Augen geführt, aus der es nur den Ausweg gibt, den Kampf gegen Korruption mitzutragen und hart gegen Verfehlungen der eigenen Mitglieder vorzugehen.<sup>156</sup> Diese Aussagen fügen sich genauso ins Bild, wie der als alternativlos dargestellte Kampf gegen Korruption. Würde es bei der Kampagne nur darum gehen, den Führungsanspruch des neuen Politbüros zu festigen oder die eigene Popularität in der Bevölkerung zu steigern, wäre der Punkt einer Beendigung längst erreicht. Dass es der Führung ernst mit der Einhaltung der Acht-Regeln ist, verdeutlichen die Zahlen der ZDK über verfolgte Verstöße gegen diese Regeln. So wurden 2014 53.058 Fälle untersucht, bei denen ein Verstoß gegen die Acht-Regel vermutet wurde. Im Ergebnis wurden 71.748 Kader für Verstöße gegen besagte Regeln belangt.<sup>157</sup>

Nun ist es keineswegs so, dass das Problem der Korruption ein relativ neues Phänomen wäre und auch Versuche die Korruption innerhalb der KPCh einzudämmen sind keineswegs neu. Bemerkenswert im Unterschied zu vorherigen Anläufen der Korruption Herr zu werden ist neben dem Umfang vor allem die Reichweite bis in die höchste Führungsebene der Partei hinein. Traf es früher bis auf wenige Ausnahmen niedrige Kader, geraten zunehmend höhere Kader ins Visier der ZDK. So wurden 2014 insgesamt 28 Personen im Rang eines Provinzgouverneurs oder Ministers der Korruption beschuldigt. In Vorjahr belief sich die Zahl lediglich auf acht Personen in vergleichbarer Position.<sup>158</sup> Im Jahr 2014 wurden allein in der Provinz Shanxi 15.450 Kader wegen Korruption verurteilt, dies entspricht einem Zuwachs von 30 % verglichen mit 2013. Die Zentrale Disziplinarkommission der KPCh gibt an, landesweit bis Ende 2014, 414.000 Parteimitglieder intern wegen Korruptionsverstößen disziplinarisch belangt zu haben. Des Weiteren mussten sich 201.600 Personen wegen Korruptionsvorwürfen vor Gericht verantworten.<sup>159</sup> Seit der initialen Ankündigung Xi Jinpings, die Korruption bekämpfen zu wollen, ist die Anzahl eingeleiteter Untersuchungen deutlich angestiegen. Wurden 2010 circa 139.000 und 2011 circa 137.000 Korruptionsuntersuchungen gegen Mitglieder der KPCh eröffnet stieg die Zahl 2012 auf 155.000 Untersuchungen und 2013 weiter auf 172.000 an.<sup>160</sup>

---

<sup>156</sup> Renmin Ribao (2014b).

<sup>157</sup> Zentrale Disziplinarkommission (2015a).

<sup>158</sup> China Daily (2015).

<sup>159</sup> Zentrale Disziplinarkommission (2015).

<sup>160</sup> Statista (2015).

Neben hohen Politikern werden zunehmend auch Manager in führenden Positionen von Staatsbetrieben wegen Korruption belangt. Das bislang prominenteste Opfer in diesem Zusammenhang ist Jiang Jiemin der ehemalige Vorsitzende der Kommission zur Kontrolle und Verwaltung von Staatsvermögen (*guowuyuan guoyouzichan jiandu guanli weiyuanhui* 国务院国有资产监督管理委员会) und bis zu seinem Parteiausschluss 2014 ständiges Mitglied des 18. Zentralkomitees. Jiang, musste sich vor einem Gericht in der Provinz Hubei verantworten, ihm wurde neben Korruption unter anderem Machtmissbrauch während seiner Zeit als Vorstandsvorsitzender der China National Petroleum Corporation vorgeworfen - einem der führenden staatlichen Mineralölkonzerne des Landes.<sup>161</sup> Mitte Oktober 2015 wurde er in allen Punkten für schuldig befunden und zu 16 Jahren Haft verurteilt.<sup>162</sup> Allein in 2014 verloren laut der Nachrichtenagentur Xinhua 70 Personen in hohen Leitungsfunktionen in Staatsbetrieben ihre Posten aufgrund von Korruptionsermittlungen.<sup>163</sup> Wang Qishan der Sekretär der ZDK leitete kürzlich eine neue Untersuchungswelle in den größten Staatsbetrieben mit folgenden Worten ein:

„In einigen Parteikomitees von Unternehmen setzen verantwortliche Personen parteiliche Vorgaben nicht um und vernachlässigen ihre parteilichen Pflichten [...]. Die politische Disziplin und Norm wurde durch das Interesse und Streben nach individuellem Aufstieg verletzt. Die Auswahl von Personen für Anstellungen ist ein prominentes Problem. In den Unternehmen ist der Kauf und Verkauf von Posten verbreitet und es bilden sich kriminelle Strukturen. Macht wurde missbraucht, um bei Grundstücksgeschäften teure Objekte unter Marktwert zu kaufen. Beschaffungs- und Ausschreibungsverfahren wurden verletzt, Familienmitglieder und Kinder erhielten Vorteile und eigene Interessen standen im Vordergrund. In den Staatsunternehmen gibt es Verantwortliche, die die Acht-Regeln der Zentralregierung wissentlich ignorieren“<sup>164</sup>.

In der Folge werden 2015 weitere 26 Staatsbetriebe durch die ZVK auf Korruptionsverstöße hin durchleuchtet. Bei den namentlich genannten Unternehmen handelt es sich ausschließlich um große Staatskonzerne wie die China National Engineering Group oder die China Minmetals Corporation.<sup>165</sup>

Die Verfolgung von korrupten Kadern in höchsten Stellen beschränkt sich aber keineswegs nur auf die Chefetagen der Staatsbetriebe. So wurde am 30. Juni 2014 bekannt, dass das Politbüro neben Jiang Jiemin, den bereits zuvor von seinem Posten enthobenen Vizeminister für öffentliche Sicherheit Li Dongsheng und dem ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden der Zentralen

---

<sup>161</sup> Sina *xinwen zhongxin* (2015).

<sup>162</sup> Renmin Ribao (2015b).

<sup>163</sup> Xinhua (2015).

<sup>164</sup> Renmin Ribao (2015).

<sup>165</sup> Ebd.

Militärkommission (*zhongyang junshi weiyuanhui* 中央军事委员会) Xu Caihou die Parteimitgliedschaft entzogen hat.<sup>166</sup> Beiden wird vorgeworfen sich in ihren jeweiligen Ämtern korrupten Verhaltens schuldig gemacht zu haben. Der Fall des Anfang 2015 an Krebs verstorbenen Generals Xu Caihou ist insofern bemerkenswert, da trotz seiner Position als höchster Militär gegen ihn ermittelt wurde. Korruptionsermittlungen gegen hohe Mitglieder der Volksbefreiungsarmee sind eine Seltenheit, nicht zuletzt deshalb, weil die Armee als wichtige Stütze der Einparteienherrschaft gilt. Auch wenn sich die Volksbefreiungsarmee fest unter Kontrolle der zivilen Parteiführung befindet, ist man doch um eine harmonische Zusammenarbeit bemüht. Ein weiteres Novum war die ausführliche Berichterstattung und die Anklage vor einem Militärtribunal. Die Tatsache, dass bei Xu bereits im Februar 2013 unheilbarer Blasenkrebs diagnostiziert wurde und Ende 2014<sup>167</sup> trotzdem Anklage wegen Korruption erfolgte, stützt die These, wonach die Bekämpfung der Korruption ein ernst gemeintes Anliegen ist und nicht nur ein Deckmantel zur Ausschaltung politischer Gegner ist. Bis jetzt prominentestes Opfer der Anti-Korruptionskampagne ist das ehemalige Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros und Minister für öffentliche Sicherheit Zhou Yongkang. Zhou wurde wegen Amtsmissbrauch, Korruption und Verrat von Staatsgeheimnissen angeklagt, in allen drei Punkten für schuldig befunden und zu lebenslanger Haft verurteilt. Man geht davon aus, dass Zhou über RMB 129,7 Mio. an Bestechungsgeldern erhalten hat.<sup>168</sup> Bei der Verurteilung Zhou Yongkangs ging es nicht nur um Korruption, sondern auch um die Konsolidierung der Macht der neuen Herrscher. Zhou, galt zusammen mit seinem ebenfalls in Ungnade gefallenem Protegé Bo Xilai als Gegner Xi Jinpings.<sup>169</sup> Zhous Verurteilung ist wie die Anklagepunkte über Korruptionsvorwürfe hinaus deutlich machen wohl nicht zuletzt wegen seiner Gegnerschaft zu Xi Jinping verurteilt worden. Normalerweise gilt es als Usus, dass ehemalige Politbüro Mitglieder vor Strafverfolgung geschützt sind. Dies lässt den Schluss zu, dass auch machtpolitische Erwägungen in manchen Anti-Korruptionsprozessen eine Rolle spielen. Ist es doch ein offenes Geheimnis, dass eine Vielzahl von ehemaligen Politbüromitgliedern und deren Familien große Vermögen auf zweifelhafte Weise angehäuft haben, bisher aber nicht zur Verantwortung gezogen wurden.

---

<sup>166</sup> Renmin Ribao (2014a).

<sup>167</sup> South China Morning Post (2014).

<sup>168</sup> Mingpao (2015), Xinhua (2015a).

<sup>169</sup> Duowei Xinwen (2012), Blomberg (2015).



Kampagnen gegen Korruption gehören zum Standardrepertoire der KPCh. Allein für den Zeitraum von 1978 bis 2000 lassen sich nach He vier solcher Kampagnen nachweisen, deren Dauer zum Teil mehrere Jahre umfasste.<sup>170</sup> Die regelmäßige Wiederkehr dieser Bemühungen bezeugt, dass es bisher nicht gelungen ist, eine dauerhafte Ausschaltung korrupter Praktiken zu forcieren. Der naheliegende Schluss eine unabhängige Kontrollbehörde, die sich der Kontrolle der Partei entzieht, einzurichten und mit den notwendigen Befugnissen auszustatten, um gegen Korruption vorzugehen, wird allerdings entschieden abgelehnt. Würde dies doch die Einschränkung des Machtmonopols der Partei bedeuten, ein Punkt, der kategorisch abgelehnt wird. Die Äußerungen Xi Jinpings anlässlich des 30 jährigen Jubiläums des Inkrafttretens der aktuellen Verfassung machen dies deutlich:

„Der Schutz der Herrschaft der Verfassung bedeutet den Schutz der Herrschaft des gemeinsamen Willens von Volk und Partei [...]. Wir bestehen auf die Führung durch die Partei, es gilt die Führung durch die Partei noch weiter zu verbessern, ebenso wie das Regieren. Regieren entsprechend dem Gesetz ist zu aller erst regieren entsprechend der Verfassung, Ämterausübung entsprechend dem Gesetz, der entscheidende Punkt aber ist die Ämterausübung entsprechend der Verfassung [...]. Die Partei führt das Volk bei der Formulierung der Verfassung und von Gesetzen, die Partei führt das Volk bei Anwendung der Verfassung und der Gesetze, die Partei selbst muss sich innerhalb des Rahmens von Verfassung und Gesetz bewegen“<sup>171</sup>.

Zwar betont die Rede das Regieren innerhalb gesetzlicher Rahmen und hebt die Wichtigkeit der Verfassung hervor, macht aber auch deutlich, dass die Partei ihren monopolistischen Machtanspruch nicht gesetzlich begrenzen will. Man sieht die Notwendigkeit die Herrschaft stärker in einen gesetzlichen Rahmen einzufügen, behält sich aber vor, diesen Rahmen selbst zu definieren und anzuwenden. Am deutlichsten aber ist die Ablehnung im sogenannten Dokument Nr. 9, einem internen Parteidokument des Zentralkomitees, dessen Herkunft als authentisch eingestuft wird. In diesem Dokument werden westliche Konzepte, wie die Gewaltenteilung, allgemeine Wahlen oder eine Armee unter der Kontrolle des Staates rundherum ablehnt und als Gefahr für die Herrschaft der Partei eingestuft.<sup>172</sup> Aus diesen Aussagen lässt sich ableiten, dass eine Überführung der Anti-Korruptionskampagne in institutionalisierte Bahnen, nach westlichem Vorbild, nicht zu erwarten ist. Eine erfolgreich operierende unabhängige Institution würde ohne Zweifel einen unwiderstehlichen Druck erzeugen, weitere Behörden oder ganze Bereiche, wie das Justizwesen, der Kontrolle der Partei zu entziehen. Das Ende dieser Dynamik wäre gleichbedeutend mit dem

---

<sup>170</sup> He, Zhengke (2000): S. 262.

<sup>171</sup> Xinhua (2012).

<sup>172</sup> ChinaFile (2013).

Ende des Machtmonopols der KPCh. Die kategorische Ablehnung jeglicher Art von offizieller Machtausübung außerhalb des Zugriffs der Partei zeigt, dass man diese Gefahr für das eigene Machtmonopol sehr wohl kennt und keine Intentionen hat, die eigene Herrschaft für eine erfolgreiche Bekämpfung der Korruption einzutauschen. Stattdessen verlässt man sich auf erprobte Mechanismen der kampagnenartigen Korruptionsbekämpfung unter Kontrolle der Partei. Aus diesem Sachverhalt heraus lässt sich auch erklären, warum man vorwiegend auf parteiinterne Disziplinarinstrumente zurückgreift und der Staat mit seinen Justizbehörden nur eine untergeordnete Rolle spielt. Eine durch die Justiz geführte Anti-Korruptionskampagne würde im Gegensatz zu der oben von Xi Jinping verkündeten Logik stehen, wonach man auf die Führung der Partei besteht und das Volk anleitet. Von den 180.000 in 2013 für Korruptionsverstöße bestraften Kadern mussten sich lediglich 30.000 vor staatlichen Stellen verantworten, die überwiegende Mehrheit sah sich internen Disziplinarmaßnahmen ausgesetzt.<sup>173</sup> Die meisten Verdächtigen durchlaufen den parteiinternen Prozess des *shuanggui* (*shuanggui* 双规), der es der ZVK erlaubt Verdächtige außerhalb des Justizsystems beliebig lang festzuhalten und zu befragen. Dieser Prozess entzieht sich jeglicher staatlichen Kontrolle und gilt als äußerst intransparent. Ergebnisse oder Art der Bestrafung dringen nur selten nach außen, auch wird im Zusammenhang mit *shuanggui* immer wieder von Folter gesprochen.

Ob dieser Weg freilich ausreicht, der seit mehr als 30 Jahren immer exzessiver auftretenden Korruption einen Riegel vorzuschieben, bleibt abzuwarten. Zumindest zeigt sich die Führung in Beijing entschlossen, die Korruption eindämmen zu wollen. Kehren wir nun wieder zurück an den Anfang dieses Kapitels, wo die These aufgestellt wurde, dass die Anti-Korruptionskampagne vor allem als Blockadebrecher für die Umsetzung der Wirtschaftsreformen gesehen werden sollte.

#### **4.2 Korruptionsbekämpfung als Regimemodernisierung**

Neben der Bekämpfung der Korruption verfolgt die zentrale Parteiführung eine Reihe von weiteren Zielen, die in den offiziellen Verlautbarungen keine explizite Erwähnung finden. Diese impliziten Ziele lassen sich alle unter dem Begriff der Regimemodernisierung im Sinne des Authoritarian Upgrading subsumieren. Einmal geht es darum, den Gehorsam der übrigen Regimeteile gegenüber der Zentrale zu erhöhen, um so eine effektive Umsetzung der Reformvorhaben zu garantieren. Des Weiteren geht es darum, einer modernen Volkswirtschaft einen leistungsfähigen Staat

---

<sup>173</sup> Yuen, Samson (2014): S. 45.

entgegenzustellen, dessen Dienstleitungen gegenüber der Wirtschaft nicht von Patronage oder Korruption abhängig sind. Der Staat und die Partei werden auf steigende Anforderungen einer differenzierten Volkswirtschaft und einer urbanen, gut ausgebildeten Bevölkerung vorbereitet. Ein Regime, dessen Herrschaft nicht mit massiver Korruption gleichgesetzt wird, bietet potenziellen politischen Gegnern weniger Angriffsfläche. Eine professionell operierende Administration, deren Funktionieren nicht durch Korruption behindert wird, kann wirkungsvoller auf neue Herausforderungen reagieren. Mit dieser Modernisierung wird folglich die Stabilität des Regimes gegenüber zukünftigen Herausforderungen erhöht. Diese Ziele werden über eine Reihe von Etappen erreicht, die nun näher beleuchtet werden.

Die maßgebliche Ausrichtung der Kampagne auf Xi Jinping und Wang Qishan zusammen mit der schnellen und strengen Bestrafung einer Vielzahl von Kadern in verschiedensten Positionen und Rängen führt dazu, dass sich die Machtverhältnisse zugunsten der zentralen Führung der Partei verschieben. Da staatliche Stellen bei der Verfolgung nur eine untergeordnete Rolle spielen, kann sich die höchste Parteiebene als führend bei der Bekämpfung der Korruption inszenieren. Damit signalisiert man das Primat der Partei über den Staat und dokumentiert nach außen Handlungsfähigkeit und Herrschaftsanspruch. Nach innen gegenüber den eigenen Mitgliedern wird eine ähnliche Botschaft kommuniziert: Die Zentrale ist in der Lage ihre Vorstellungen umzusetzen und kann jeden belangen, der gegen Vorgaben verstößt oder Zielvorgaben sabotiert.

Die seit dem Tod Maos zunehmende Dezentralisierung der Macht lässt ein umfassendes Reformvorhaben immer schwieriger erscheinen. Nicht selten tut sich der Zentralstaat schwer Politikvorhaben gegenüber lokalstaatlichen Einheiten durchzusetzen. Lokale Regierungen ignorieren oder passen Vorgaben der Zentralregierung den örtlichen Umständen und Bedürfnissen an. Diese angepasste Umsetzung hat seine Vorteile, da der Lokalstaat die örtlichen Gegebenheiten besser kennt und so negative Auswirkungen durch Reformen auffangen kann. Auf der anderen Seite neigen die lokalen Einheiten aber dazu, Vorgaben aus ihrer regionalen Perspektive zu beurteilen und anzupassen und so übergeordnete Ziele außer Acht zu lassen. Neben der Zentrale und den lokalstaatlichen Ebenen gibt es große Staatsbetriebe, die immer wieder Einfluss auf die politische Agenda nehmen und versuchen die Politik in ihrem Sinne zu beeinflussen. Ministerien und Kommissionen wie die Staatliche Kommission für Entwicklung und Reform sind weitere Akteure, die in variierender Form über Einfluss verfügen und deren Agenden manchmal in

Konkurrenz zu den politischen Zielen der zentralen Führung stehen.<sup>174</sup> Diese Fragmentierung der Macht innerhalb des Regimes macht es unmöglich, eine umfassende Reform des Wachstumsmodells einheitlich umzusetzen. Daher muss die Bekämpfung der Korruption auch als Instrument der reformwilligen Partei- und Staatsführung um Xi Jinping verstanden werden, Widerstände innerhalb des Regimes gegen die Reformpläne auszuschalten und die eigene Machtbasis zu stärken, um im nächsten Schritt die Reformen wirkungsvoll umsetzen zu können.

Hinzu kommt, dass im Gegensatz zu früheren Reformen diesmal keine Aussicht auf substanzielle ökonomische Vorteile für Kader auf den lokalen Ebenen besteht. Zu Beginn der Reform- und Öffnungsperiode konnte Deng Xiaoping weite Teile der Partei mit der Aussicht auf finanzielle Vorteile überzeugen die Reformen der Zentralregierung mitzutragen. Laut Shirk waren Reformen immer auch Kompromisse, mit dem Ziel, niemand schlechter dastehen zu lassen als zuvor. Man war stets bemüht, einen Ausgleich zwischen allen Akteuren zu finden und die Partikularinteressen einzelner, seien es nun Behörden oder Fraktionen innerhalb der Partei zu beachten und zu wahren.<sup>175</sup> Derartige Anreize entfallen in der heutigen Situation weitgehend, vielmehr geht es darum, dass sich die Partei aus dem unmittelbaren Wirtschaftsleben zurückzieht (siehe Kapitel 3). Die Reformansätze lassen keinen Raum für materielle Anreize zur Kooptierung möglicher Reformgegner in Partei und Bürokratie. Im Gegensatz zu früher wird nun gerade die Überwindung der Partikularinteressen als wichtiger Schritt hin zu einer erfolgreichen Reform gesehen und nicht deren Beachtung. Über die Schwierigkeit und die Gefahren eines solchen Prozesses ist man sich durchaus bewusst. Dennoch wird dieser Prozess als alternativlos angesehen und stellt somit eine Abkehr von früheren Reformen da, bei denen immer versucht wurde Partikularinteressen zu schonen. Wang Changjiang der Direktor für Forschung und Lehre der Zentralen Parteihochschule der KPCh (*zhonggongzhongyang dangxiao* 中共中央党校) äußerte sich zum Problem der Partikularinteressen in offizieller Form überaus deutlich:

„Gegen Interessen vorzugehen, ist schwerer als die Seele zu berühren [...]. Gegen Partikularinteressen vorzugehen, insbesondere gegen Partikularinteressen im politischen Bereich beinhaltet sicherlich Gefahren, da dieser unvernünftige Mechanismus [nicht gegen Partikularinteressen vorzugehen] eine lange Zeit fortgesetzt wurde. Die aus einer Lösung dieses Problems entstehenden Vorteile wären sicherlich immens. Von dieser Warte aus betrachtet, müssen wir gegen diese Interessen vorgehen [...]. Sollte ein Wandel nicht gelingen, wird die Partei noch mehr an Ansehen verlieren. Daher muss eine Entscheidung gefällt werden. Diese kann nur eine entschlossene Reform sein, auch wenn das Ansehen der Partei während des Reformprozesses weiter zurückgeht und sogar auf den Nullpunkt fällt. Danach jedoch wird es Schritt für Schritt wieder ansteigen [...]. Zunächst ist es natürlich einfacher alles zu verheimlichen und zu deckeln und das Problem nicht zu lösen.

---

<sup>174</sup> Oksenberg, Michel/Liberthal, Kenneth (1988): S. 22.

<sup>175</sup> Shirk, Susan (1993): S. 130f, S. 136.

Dieses Verhalten verdammt aber zu ohnmächtigem Warten auf den finalen Ausbruch der Krise. Diese zwei Wege liegen vor uns.“<sup>176</sup>

Die Zentrale versucht über den Weg der Korruptionsbekämpfung die Loyalität der anderen Akteure gegenüber seinen Zielen sicherzustellen und wirkt somit der Fragmentierung der Macht entgegen. Bei Loyalitätsverweigerung wird der Verlust von Macht und Vermögen angedroht und durch zahlreiche Exempel glaubhaft gemacht.

Kommen wir nun zum zweiten Ziel hinter der Korruptionsbekämpfung: Die Bereitstellung eines leistungsfähigen Behördenapparats, der gegenüber allen Bürgern unabhängig von persönlichen Netzwerken oder der Zahlung von Bestechungsgeldern identische Rahmenbedingungen für eine moderne Volkswirtschaft bereitstellt. Dies ist unerlässlich für die Modernisierung der Wirtschaft, die mit zunehmender Differenzierung einen verlässlichen und leistungsfähigen Staat benötigt. Trotz des stetigen Wachstums des privaten Sektors sind die engen Kontakte zu Kadern und Beamten des Staates nach wie vor von entscheidender Bedeutung für das wirtschaftliche Wohl des Unternehmens. Ohne Kontakte zu Kadern ist es beispielsweise für mittlere und kleine Unternehmen nahezu ausgeschlossen die notwendigen Bankkredite zu erhalten. So sind IT-Unternehmensneugründungen in Beijing in hohem Maße von staatlichen Stellen abhängig. Nur über enge Kontakte mit staatlichen Stellen wie Technologieparks erhalten Neugründungen die notwendigen Bankkredite und essenzielle Genehmigungen. Forciert wird dieser Trend durch die Scheu privater Kapitalgeber aufgrund fehlender Rechtssicherheit langfristig zu investieren.<sup>177</sup> Diese Abhängigkeit von Kadern und deren Machtstellung öffnet der Korruption nicht nur Tür und Tor, sondern verhindert auch die Entwicklung einer modernen Volkswirtschaft. Da Kader entscheidenden Einfluss auf den Erfolg und Misserfolg eines Unternehmens haben und nicht der Markt.

Die Verfolgung dieser Ziele ist nicht ganz ohne Risiko. Die massenhaften Untersuchungen und die reale Gefahr ins Visier von Ermittlungen zu geraten lähmen die lokale Bürokratie zunehmend. Kader schieben wichtige Entscheidungen aus Angst, aufgrund gesetzlicher Grauzonen später für ihre Entscheidungen belangt zu werden, auf. Zusätzlich sind viele Abteilungen und Positionen als Resultat von Ermittlungen personell unterbesetzt und daher nicht in der Lage ihren normalen Aufgaben nachzukommen.<sup>178</sup> Auch bleibt die Reaktion des Kaderapparates abzuwarten,

---

<sup>176</sup> News of the CPC (2013).

<sup>177</sup> Breznitz, Dan/Murphee, Michael (2013): S. 118ff.

<sup>178</sup> Deutsche Welle (2014).

Bestrafungen, Versetzungen und die Beendigung von Karrieren dürften die Loyalität gegenüber der Führung und ihren Reformvorhaben nicht unbedingt steigern.

Wie erfolgreich diese Bemühungen langfristig sein werden, lässt sich heute noch nicht beurteilen. Dauerhafter Erfolg wird sich aber nur einstellen, wenn es der Führung gelingt, eine resolute Trennung zwischen der Partei und dem Staat auf der einen und der Wirtschaft auf der anderen Seite herbeizuführen. Ein Schritt, der nichts anderes bedeutet, als die angekündigten Wirtschaftsreformen umzusetzen und dem Markt in allen Bereichen des Wirtschaftslebens die führende Rolle zu übertragen. Ohne diese Trennung wird es dauerhaft nicht gelingen die Korruption aus den Amtsstuben zu verbannen.

#### **4.3 Die Steigerung der Regierungskompetenz durch die „Massenlinie Bildung und Praxis“**

Die Mitte 2013 eingeleitete Kampagne „Massenlinie Bildung und Praxis“ (*qunzhongluxian jiaoyu shijian huodong* 群众路线教育实践活动) zielt darauf ab, die Regierungskompetenz der KPCh zu erhöhen und die Verbindung zur Bevölkerung zu intensivieren. Die Kampagne ist eingebettet in das maoistische Prinzip der Massenlinie, das einen engeren Kontakt der Parteimitglieder mit der Bevölkerung fordert, mit dem Ziel, deren Interessen besser zu verstehen und umzusetzen.<sup>179</sup> Nach offizieller Verlautbarung geht es darum, innerhalb der KPCh gegen die vier negativen Arbeitsstile, den Formalismus, die Bürokratie, den Hedonismus und die Verschwendung vorzugehen. Diese schädlichen Einflüsse auf die Arbeit der Partei, so Xi Jinping, sind der Grund für die Beschädigung der Beziehung zwischen der Partei und den Massen.<sup>180</sup> Zusätzlich soll die Regierungskompetenz vor allem auf der lokalen Ebene erhöht werden. Genau wie bei der Bekämpfung der Korruption geht es nicht bloß darum, schädliches Verhalten zu bestrafen, sondern auch der zunehmenden Entfremdung von Partei und Bevölkerung entgegenzuwirken. Vor diesem Hintergrund fügt sich der erneute Rückgriff der Massenlinie in das Konzept der Authoritarian Upgrading ein. Geht es doch darum die eigene Regierungskompetenz zu steigern und so den kommenden

---

<sup>179</sup> Das Konzept der Massenlinie geht davon aus, dass die Bevölkerung, also die Massen, objektive Interessen haben und diese subjektiv durch Kontakt und Praxis mit und bei den Massen erfahrbar werden. Am besten so die These lassen sich diese Interessen durch den Blickwinkel und Position der Massen erfahren. „In all practical work of our Party, all correct leadership is necessarily ‘from the masses for the masses’ This means: take the ideas from the masses (scattered and unsystematic ideas) and concentrate them (through study turn them into concentrated and systematic ideas), then go to the masses and propagate and explain these ideas until the masses embrace them as their own, hold fast to them and translate them into action“. Mao Zedong (1967), Meisner, Mitch (1978): S. 27f.

<sup>180</sup> Xinhua (2013a).

Herausforderungen und steigenden Ansprüchen gerecht zu werden, um so die eigene Herrschaft zu wahren. Denn mit der wirtschaftlichen Fortentwicklung ändern sich auch die Erwartungen der Bevölkerung an die KPCh. Stand bis heute das wirtschaftliche Wachstum im Vordergrund werden andere Themen an Bedeutung gewinnen. Zu nennen sind hier beispielsweise eine rapide alternde Gesellschaft, die Umsetzung einer nachhaltigen Urbanisierung und die Bewältigung eines beispiellosen Umweltproblems. Diese zusammen mit der Neuordnung des Wachstumsmodells werden weit schwieriger zu bewältigen sein, als die Erzeugung von Wirtschaftswachstum unter Ausnutzung komparativer Kostenvorteile. Ein engerer Kontakt zur Bevölkerung hilft der Partei überdies mögliche Klagen und Missstände frühzeitig zu erkennen und zu beheben, bevor daraus ernste Bedrohungen erwachsen.

Mit dem Ende der zweistelligen Wachstumsraten und den unsicher werdenden wirtschaftlichen Aussichten werden Verschwendung und massive Bereicherung durch Parteimitglieder in der Bevölkerung immer kritischer gesehen werden. Aufgrund der Urbanisierung, dem steigenden Bildungsgrad und den dadurch einsetzenden Vergleichsmöglichkeiten, werden die Ansprüche an die Leistungsfähigkeit des Staates steigen und die Toleranz gegenüber Korruption auf Kosten der Allgemeinheit abnehmen. In einer Umfrage der People's Tribune zu den größten Problemen der chinesischen Gesellschaft, wurde das vermeintliche Desinteresse von Kadern und Beamten am Wohlergehen der Bevölkerung zugunsten des eigenen ökonomischen Wohlergehens von 58 % Prozent der Befragten angegeben.<sup>181</sup> Dies deutet auf eine Unzufriedenheit mit den staatlichen Leistungen hin, die sich aus einer steigenden Anspruchshaltung einer aufstrebenden Gesellschaft speist. Laut einer Studie Zeng Jinghans zum Thema Legitimität der KPCh, sieht Chinas intellektuelle Elite eine schwache Bürokratie hinter dem Verblassen der kommunistischen Ideologie und der Korruption als größte Gefahr für die Legitimität der KPCh.<sup>182</sup> Während ausländische Chinabeobachter eine gute wirtschaftliche Entwicklung als ausreichend legitimierend ansehen, gehen ihre chinesischen Gegenüber bereits einen Schritt weiter. In dieser Gruppe gilt es als ausgemacht, dass ein starkes Wirtschaftswachstum zu wenig ist, die Legitimität der Partei zu garantieren. Die Verbesserung der Bürokratie, gefolgt von Propaganda, Bürgerbeteiligung und dem Ausbau der Zivilgesellschaft wird als notwendig erachtet, um die Legitimität der KPCh ausreichend zu stärken.<sup>183</sup> Eine moderne und professionelle

---

<sup>181</sup> Wall Street Journal (2014).

<sup>182</sup> Zeng Jinghan (2014): S. 621.

<sup>183</sup> Ebd.: S. 623f.

Bürokratie ist also nicht nur unerlässlich, um die Reformvorhaben umzusetzen, sondern kann sich auch zusammen mit anderen Einflussfaktoren legitimierend auf die Herrschaft der Partei auswirken.

Im Zuge der Kampagne wurden 45 Überwachungsteams bestehend aus Kadern der Provinzebene von der Zentrale in die untergeordneten Ebenen der Provinzen entsandt, um die Umsetzung der Massenlinien Kampagne sicherzustellen. Neben diesen Teams unternahmten alle Mitglieder des Politbüros Inspektionsreisen und verliehen der Kampagne damit weitere Legitimität. In einer zweiten Phase wurden weitere Überwachungsteams in jeden Kreis und jede Stadt entsandt, um die Umsetzung der sogenannten demokratischen Treffen zu überwachen.<sup>184</sup> Dort mussten Kader neben politischen Schulungsmaßnahmen, Selbstkritik üben und sich von ihren Genossen Kritik hinsichtlich ihrer Arbeit oder Einstellung gefallen lassen. All dies fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, sämtliche Ergebnisse wurden aber an höhere Stellen weitergeleitet.<sup>185</sup> In der Folge kam es zu Untersuchungen, an deren Ende nicht selten die Bestrafung, Versetzung oder Entlassung des Kaders und möglicherweise sogar sein Ausschluss aus der Partei standen.

Die Ergebnisse der über einjährigen Kampagne von Juni 2013 bis September 2014 sind durchaus bemerkenswert, auch wenn sich die Frage stellt, ob mit dem vorläufigen Ende der Kampagne und dem damit nachlassenden Verfolgungsdruck Kader nicht wieder in alte Verhaltensmuster zurückfallen. Verlautbarungen der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua zufolge wurde die Anzahl von offiziellen Terminen und öffentlichen Auftritten der Kader um 586.000 auf 24,6 % im Vergleich zum Zeitraum vor der Kampagne gesenkt. Knapp 8.200 Personen wurden für Veruntreuung öffentlicher Gelder, wie die Finanzierung von Geschenken, Restaurantbesuchen oder ähnlichen Unterhaltungsveranstaltungen belangt. Über 162.000 Fälle von Scheinbeschäftigung bei Staat und Partei wurden aufgedeckt und die betreffenden Personen von den Lohnlisten gestrichen. Im gleichen Atemzug wurden über 114.000 Dienstwagen eingezogen und 2.850 staatliche Bauprojekte, deren Nutzen bezweifelt wird, gestoppt. Insgesamt wurden 386.000 Fälle von Rechtsverletzungen zum Schaden der Bevölkerung in den Bereichen Gesundheit, Arbeitssicherheit und beim Abriss von Wohngebäuden mit strafrechtlichen Konsequenzen für über 200.000 Kader aufgedeckt. Zusätzlich mussten 63.000 Parteimitglieder ihre Funktionen in Unternehmen auf Aufforderung der Partei aufgeben.<sup>186</sup>

---

<sup>184</sup> Sina xinwen zhongxin (2013).

<sup>185</sup> New York Times (2013).

<sup>186</sup> Xinhua (2014a).



Neben diesen Disziplinarmaßnahmen steht hauptsächlich die Öffentlichkeitsarbeit der Kader im Vordergrund. Landesweit wurden Kader aufgefordert, sich an die Basis zu begeben, um in engeren Kontakt mit der Bevölkerung zu treten und um die Bedürfnisse der Bevölkerung besser kennenzulernen. Die Parteispitze misst dieser vertrauensbildenden Maßnahme große Bedeutung zu und ist sich bewusst, dass es auf das Verhalten der lokalen Kader ankommt, Vertrauen und Ansehen der Partei bei der Bevölkerung zurückzugewinnen. „Mit Herz und Seele der Bevölkerung zu dienen ist die fundamentale Aufgabe unserer Partei. Der Parteisekretär auf Kreisebene ist das direkte Gesicht, der führenden Kader für die Massen, sein Herz muss bei den Massen sein, weil es um das Wohl der Bevölkerung geht.“<sup>187</sup>

Im Zuge dieser Maßnahme führten örtliche Kader intensive Befragungen in der Bevölkerung durch und kümmerten sich plakativ um die Probleme der Bevölkerung, wie mit der Veranstaltung von Jobmessen für Arbeitssuchende. Die Einrichtung temporärer Ambulanzen zur kostenlosen Behandlung gehörte ebenso dazu, wie die öffentlichkeitswirksame Reinigung von Straßen durch lokale Parteikader.<sup>188</sup> Die Nachhaltigkeit solcher Maßnahmen darf bezweifelt werden, da die Gefahr besteht, dass diese Maßnahmen und guten Vorsätze mit dem offiziellen Ende der Massenlinie wieder einschlafen, beziehungsweise in Vergessenheit geraten. Berichte über eine erhöhte Zahl von Selbstmorden, ausgelöst durch Untersuchungen der ZDK im Rahmen der Kampagne, gepaart mit einer weitgehenden Untätigkeit bei administrativen Aufgaben aus Angst vor Ermittlungen deuten allerdings daraufhin, dass die Kampagne eine gewisse Wirkung hat.<sup>189</sup>

Neben dem Versuch Korruption und Selbstbereicherung durch Abschreckung und Strafmaßnahmen zu bekämpfen lässt sich noch ein präventiver Ansatz beobachten. Die Rede ist hier von der Überarbeitung der Regularien für die Beförderung und Ernennung von führenden Kadern in Partei und Staat.<sup>190</sup> Einem Xinhua Artikel zufolge gibt es eine Reihe von maßgeblichen Änderungen bei den Beförderungs- und Ernennungskriterien. Um mein Argument der Langfristigkeit zu verdeutlichen, werde ich kurz auf die wesentlichen Änderungen eingehen: Nicht nur die Fähigkeiten und Qualifikationen, sondern auch die Integrität sollen bei der zukünftigen Personalpolitik eine wichtige Rolle spielen. Denn ein zu geringes Maß an Integrität, so die Logik, hat immer wieder zu großem Schaden für die Gesellschaft geführt. Weitere Änderungen umfassen

---

<sup>187</sup> Qunzhongluxian wang (2015).

<sup>188</sup> The Diplomat (2013).

<sup>189</sup> South China Morning Post (2014a).

<sup>190</sup> Zentralregierung der VR China (2014).

die Leistungsevaluierung von Kadern. Statt des engen Fokus‘ auf BIP-Wachstum und die soziale Stabilität rücken weitere Indikatoren wie Einkommensentwicklung, technologische Innovation, Bildung, soziale Sicherheit und Gesundheit in den Vordergrund. Hinzu kommen Ausschlusskriterien, die eine Beförderung von vornherein ausschließen: Geringe Akzeptanz bei den Massen; niedrige Ergebnisse bei den Evaluierungen der letzten drei Jahre; Ämterjagd und Stimmenfang; ein im Ausland lebender Ehepartner beziehungsweise Kinder oder ein lediger Familienstand; Beschuldigter in einem Disziplinarverfahren. Eine weitere Änderung umfasst die Beschränkung auf zwei Amtszeiten, eine dritte Amtszeit in der gleichen Position wird damit unmöglich. Die maximale Amtszeit wird dadurch auf 10 Jahre beschränkt. Für junge Kader ist die Arbeit an der Basis obligatorisch. Es wird ausdrücklich empfohlen junge Kader ohne Basiserfahrung in entlegene, rückständige oder anderweitig diffizile Gebiete zu entsenden, um dort an der Basis zu arbeiten. Am Ende des Dokuments wird den führenden Kadern des jeweils verantwortlichen Parteikomitees die Verantwortung für die Beachtung der neuen Regularien zugewiesen. Bei Nichtbeachtung werden den Verantwortlichen schwerwiegende Konsequenzen angedroht, ohne diese allerdings näher zu spezifizieren.<sup>191</sup>

Ob es der Führung nun dauerhaft gelingt das Verhalten der eigenen Parteimitglieder zu ändern, bleibt abzuwarten. Die neu eingeführten Regeln verlieren jedenfalls mit dem offiziellen Ende der Kampagne nichts von ihrer Gültigkeit. Die wiederholten Aussagen, wonach auch weiterhin gegen Verfehlungen vorgegangen wird, deuten darauf hin, dass die neuen Vorgaben auch weiterhin befolgt werden. Der Anspruch, dass Verhalten der eigenen Parteimitglieder dauerhaft zu ändern lässt denn auch gar nichts anderes zu.

#### **4.4 Das Regieren im Einklang mit dem Gesetz als Teil des Authoritarian Upgrading**

Noch deutlicher als bei den Kampagnen treten die Modernisierungsabsichten der Parteiführung durch die Hervorhebung rechtsstaatlicher Prinzipien auf dem Vierten Plenum des 18. Parteitages der KPCh zutage. Im Mittelpunkt des Plenums stand das Regieren im Einklang mit dem Gesetz (*yifazhiguo* 依法治国)<sup>192</sup>. Ein Novum in der Geschichte der KPCh, die es bisher vermieden hatte Recht zu Kernthema einer Plenartagung zu machen. Das Abschlusskommuniqué des Plenums, in

---

<sup>191</sup> Xinhua (2014b), Zentralregierung der VR China (2014).

<sup>192</sup> Meist als „Regieren im Einklang mit dem Gesetz“ übersetzt und verleitet daher schnell zu der Annahme, es ginge hier darum das Rechtsstaatsprinzip zu etablieren. Der chinesische Rechtsstaat lässt sich aber mit westlichen Standards nicht vergleichen, so gibt es beispielsweise keine Gewaltenteilung und das Justizwesen befindet sich unter Kontrolle der Partei.

dem die Entscheidungen des Zentralkomitees festgehalten sind, ist eine umfassende Anleitung zur Modernisierung und Anpassung sämtlicher Aspekte des Justizwesens an zukünftige Herausforderungen.<sup>193</sup> Die vorgesehenen Maßnahmen sollen China mit einem modernen, leistungsfähigen und im rechtlichen Rahmen operierenden Justizapparat ausstatten, der den Anforderungen einer modernen Wirtschaft gerecht wird und die Entwicklung dorthin unterstützt. Ein modernes Justizwesen ist für eine moderne ausdifferenzierte Volkswirtschaft unabdingbar, Unternehmen diversifizieren sich und neue Branchen entstehen. Gleiches gilt für eine stetig urbaner und individueller werdende Gesellschaft, die zur Konfliktlösung und zum Interessenausgleich auf einen kompetenten und verlässlichen Justizapparat angewiesen ist.

So wird in dem Dokument die Verfassung als normgebend für das Verhalten sämtlicher Organe definiert. Sämtliche Dokumente, die einen normativen Charakter aufweisen, ob zukünftig oder bereits im Umlauf müssen auf ihre Verfassungskonformität untersucht werden und wenn nötig überarbeitet werden. Gleichzeitig wird es lokalen Stellen untersagt, Dokumente gesetzgebender Natur zu verfassen und zu veröffentlichen. Ebenfalls in Abschnitt II Absatz (1) wird der vierte Dezember zum nationalen Verfassungstag erklärt und Staatsdiener werden verpflichtet bei ihrer Ernennung einen Eid auf die Verfassung abzulegen. Die Aufforderung, die Verfassung zu beachten ist keineswegs neu und findet sich so in identischer Form in der Präambel der Verfassung der Volksrepublik wider.<sup>194</sup> Dennoch dokumentieren diese Punkte das Bestreben der Führung das Regieren, insbesondere durch die lokalen Stellen, in gesetzeskonforme Bahnen zu lenken. Hierbei geht es in erster Linie nicht darum die Herrschaft der Partei verfassungsrechtlich zu begrenzen, sondern darum das Regieren zu professionalisieren, indem sich alle staatlichen Organe an gesetzliche Vorgaben halten. Die Anweisung an lokale Stellen auf gesetzgeberische Tätigkeiten zu verzichten zielt in die gleiche Richtung und stärkt den Anspruch der Zentrale, den Reformkurs zu bestimmen.

Absatz (3) fordert die Einbindung gesellschaftlicher Teile in den Gesetzgebungsprozess. Beispielhaft werden hierfür Industrieverbände und soziale Organisationen genannt. Die Einbindung von Interessengruppen außerhalb der Partei in den Gesetzgebungsprozess folgt der Logik des AU, wichtige gesellschaftliche Gruppen einzubinden und so das Konfliktpotenzial gering zu halten.

---

<sup>193</sup> Renmin Ribao (2014c).

<sup>194</sup> The Nationals People's Congress (2015).

In Abschnitt V Absatz (2) wird die Selbstregulierung und Normgebung von Organisationen und Vereinigungen sozialer und wirtschaftlicher Art positiv gewertet und eine Ausweitung dieser Selbstkontrolle gefordert. Diese Aussage dürfte von der Erkenntnis getrieben sein, dass in einer differenzierten Gesellschaft und Ökonomie der Staat unmöglich sämtliche Aspekte regeln kann. Es zeigt auch die Bemühungen einer ausdifferenzierten Ökonomie und individualisierten Gesellschaft ein zeitgemäßes Rechtssystem entgegenzustellen. In die gleiche Richtung zielt die Anweisung juristische Dienstleistungen flächendeckend auszubauen, und zwar nicht nur durch Gerichte, Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden, sondern auch durch Notare und Anwälte.

Absatz vier des II. Abschnitts postuliert wie schon im Abschlusskommuniqué des Dritten Plenums, dass der Markt bei der Ressourcenverteilung die entscheidende Rolle spielen soll. Des Weiteren wird die Stärkung der Eigentumsrechte in Aussicht gestellt: „Ein Robustes und in seinem Kern faires Eigentumssicherungssystem, Stärkung der Eigentumsrechte von Wirtschaftsorganisationen aller Eigentumsarten einschließlich natürlicher Personen, Beseitigung aller Gesetze, Regularien und Gesetzesklauseln, die die Fairness verletzen.“<sup>195</sup> Zusätzlich rücken weitere Themen, wie die rechtliche Stärkung geistigen Eigentums, der Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuchs und eine Verbesserung der Gesetze im Bereich von Investitionen, Ressourcenverteilung, Handel, Marktaufsicht, Monopolbildung und Steuern in den Fokus. Auch soziale Themen wie Bildung, Sozialleistungen, Gesundheit oder auch Lebensmittelsicherheit finden Erwähnung, wenn es darum geht eine einheitliche gesetzliche Standardisierung herbeizuführen. Diese Ankündigungen sind natürlich recht allgemein gehalten und sagen inhaltlich wenig aus; auch sind manche Begriffe, wie der der Fairness, aus rechtlicher Perspektive unscharfe Begriffe. Dennoch weisen alle diese Punkte deutlich auf das Bestreben hin, einen modernen und ausdifferenzierten Rechtsstaat erschaffen zu wollen, der den Ansprüchen einer modernen Volkswirtschaft gerecht wird.

In Abschnitt III Absatz (1) wird nochmals verstärkt die Forderung aufgegriffen im Einklang mit dem gesetzlichen Rahmen zu regieren. „Die Lebendigkeit des Rechts liegt in seiner Anwendung, die Autorität des Rechts beruht auf seiner Anwendung. Alle Ebenen der Regierung müssen ihre Arbeit innerhalb der Richtlinien des Regierens nach dem Gesetz unter der Führung der Partei organisieren“.<sup>196</sup> Alle Verwaltungsorgane werden angehalten, ihren Aufgaben im Einklang mit den Gesetzen und Richtlinien nachzukommen. Rentierverhalten und die Übertretung

---

<sup>195</sup> Renmin Ribao (2014c).

<sup>196</sup> Ebd.

von Befugnissen durch Behörden auf Kosten der Bevölkerung werden ausdrücklich als Punkte genannt, die es abzustellen gilt. In den Absätzen (4) und (5) wird auf eine rechtliche Standardisierung der Arbeitsprozesse im Justizsektor gedrungen, überwacht durch eine Dienstaufsicht, gleiches gilt für sämtliche administrativen Einheiten. Interessenskonflikte wie die Zuweisung von Finanzmitteln und deren Nutzung von ein und demselben Organ sollen, um Missbrauch vorzubeugen, entflochten werden. Professionelle Rechnungsprüfungen sind genauso vorgesehen, wie eine Trennung von der Verhängung von Strafzahlungen und deren Einzug im organisatorischen Sinn. Immer wieder wird auch eine deutliche Steigerung der Transparenz von Gerichtsverfahren und Ermittlungsverfahren in Aussicht gestellt. Ein weiteres Thema, welches ebenfalls wiederholt erwähnt wird, ist die Beachtung der Zuständigkeiten sowie die Wahrung der Unabhängigkeit von Gerichten, Behörden und Polizeidienststellen gegenüber lokalen Parteikadern. „Kein Partei- oder Regierungsorgan und auch kein führender Kader darf den Justizbehörden die Verletzung rechtlicher Pflichten erlauben [...]. Keine Justizbehörde darf Anweisungen, die aus illegalen Einmischungen von Partei- und Regierungsorganen oder führenden Kadern herrühren ausführen.“<sup>197</sup>

Neben diesen Bemühungen rechtliche Standards zu etablieren und aufrechtzuerhalten tritt auch die Einbindung der Bevölkerung in verschiedenen Bereichen verstärkt auf. Neben der Beteiligung bei der Ausgestaltung von Gesetzen wird auch die verstärkte Teilnahme der Bevölkerung an Gerichtsverfahren gefordert. In Abschnitt IV Absatz (4) wird eine Aufwertung der Beisitzer bei Gericht angestrebt und eine größere Rolle der Bevölkerung bei der Urteilsfindung befürwortet.

Zusätzlich zu den im Dokument vorgesehenen Änderungen des Justizapparats, wird auch das Thema Korruption mehrmals aufgegriffen. In Abschnitt II Absatz (4) wird gefordert die laufenden Anti-Korruptionsbemühungen durch entsprechende Gesetze zu institutionalisieren:

„Beschleunigung der Anti-Korruptionsgesetzgebung auf nationaler Ebene, Perfektionierung des Bestrafungs- und Präventionssystems gegen Korruption. Schaffung wirkungsvoller Beschränkungen, dass niemand es wagt korrupt zu sein, nicht in der Lage ist korrupt zu sein und nicht korrupt sein möchte und weiterhin eine resolute Beschränkung und Prävention gegen das Phänomen der Korruption.“<sup>198</sup>

Im weiteren Teil des Dokuments wird das Thema Korruption mit Fokus auf den Justizapparat noch mal aufgegriffen. So wird von Justizangehörigen strikte Neutralität gefordert und jeglicher inoffizieller Kontakt und inoffizielle Informationsweitergabe zugunsten Dritter strengstens

---

<sup>197</sup> Renmin Ribao (2014c).

<sup>198</sup> Ebd.

untersagt. Die Gewährung von Gefälligkeiten, das Agieren in sogenannten Gunanxi-Fällen, in denen Richter persönliche Verbindungen mit einer Partei unterhalten, werden allesamt strengstens untersagt und sind unnachgiebig zu verfolgen.

Bei all diesen Ankündigungen entsteht schnell der Eindruck, die KPCh habe sich auf den Weg gemacht, einen Rechtsstaat nach westlichem Vorbild zu etablieren, dem jede Person und Institution gleichermaßen unterworfen ist. Zwar wird in dem Abschlussdokument im Abschnitt VII gefordert nach dem Gesetz zu regieren und auch den Strukturen innerhalb der Partei einen stärkeren gesetzlichen Rahmen zu verleihen, eine Unterordnung der Partei unter die Verfassung als normenunterworfenen Institution ist jedoch weiterhin nicht vorgesehen. Vielmehr beansprucht die Partei die Führung bei sämtlichen oben erwähnten Prozessen der rechtlichen Professionalisierung und Institutionalisierung. Für die KPCh sind Verfassung und Gesetze lediglich ein Herrschaftswerkzeug, mit dem Ziel das eigene Regieren in institutionelle Bahnen zu lenken und somit ein effektiveres Regieren zu ermöglichen. Letztendlich geht es auch darum, dass Initiativen und Vorgaben der Zentrale flächendeckend und unisono umgesetzt werden.

„Regieren im Einklang mit dem Gesetz verlangt, dass die Partei das Land nach Verfassung und Gesetz regiert. Es verlangt auch, dass die Partei die Partei nach parteiinternen Regeln leitet und regiert. Es muss darauf bestanden werden, dass unter der Führung der Partei Gesetze erlassen werden, deren Anwendung garantiert wird, dass das Justizwesen unterstützt wird und eine exemplarische Gesetzestreue gegeben ist“.<sup>199</sup>

Sämtliche oben erwähnten Ansätze erhärten die These, dass darum geht, den Staat und die Partei auf zukünftige Herausforderungen im Zusammenhang mit der Modernisierung des Wachstumsmodells vorzubereiten. Durch eine stärkere Verregelung des Regierens erhofft man sich eine bessere Performanz der Staats- und Parteiorgane. Eine Begrenzung oder Beschneidung der Macht der Partei ist nicht das Ziel. Man bereitet die Justiz darauf vor mit der wirtschaftlichen Entwicklung Schritt zu halten. Somit lassen sich die Anstrengungen im rechtlichen Bereich unter zwei Merkmale des Authoritarian Upgrading subsumieren. Zum einen wird die Performanz staatlicher Stellen im Justizsektor ausgebaut und das Regieren verregelt (Steigerung der Performanz staatlicher Stellen, siehe Kapitel 2.2), um zukünftigen Anforderungen, die aus der Modernisierung des Wachstumsmodells resultieren, gewachsen zu sein. Zusätzlich bindet man die Bevölkerung durch Konsultationen während des Gesetzgebungsprozesses ein und verleiht den Justizreformen so eine größere Legitimität (Engaging in consultative policymaking, siehe Kapitel 2.2). Diese Einbindung bedeutet aber nicht automatisch eine Verschiebung der Macht hin zur Bevölkerung, ist doch der Ausbau rechtsstaatlicher Prinzipien nur unter der engen Führung der

---

<sup>199</sup> Renmin Ribao (2014c).

Partei vorgesehen. Einbindung bedeutet hier Kontrolle und Schwächung der Fähigkeit die politische Macht der Kommunistischen Partei herauszufordern. Der Ausbau des Justizwesens gibt der Partei neue Instrumente an die Hand unliebsame Gruppen, wie Nichtregierungsorganisationen oder regimekritische Anwälte durch neue Regeln und Gesetze zu kontrollieren, ohne auf direkte Unterdrückung zurückgreifen zu müssen. Mit der Erweiterung der Partizipationsrechte fördert man auch eine Fragmentierung der Interessen. Verschiedene Interessengruppen bemühen sich ihre Prioritäten im Konsultationsprozess durchzusetzen und stehen damit möglicherweise in Konkurrenz zu anderen Interessengruppen (beispielsweise Unternehmer chemischer Erzeugnisse und Umweltschützer). Zugleich haben eingebundene Gruppen ein Interesse an der Erhaltung des Status quo, da eine Änderung unweigerlich ihr Erreichtes infrage stellen würde.

## **Schlussbetrachtung**

Chinas Wachstumsmodell hat dem Land einen wirtschaftlichen Aufstieg und Wohlstand ermöglicht, der in der chinesischen Geschichte seinesgleichen sucht. Nach über drei Dekaden mit zweistelligen Zuwachsraten, hat sich das Wirtschaftswachstum in der Volksrepublik zuletzt merklich abgekühlt. Ein Wachstum von unter 7 % erscheint für die nächsten Jahre, bei Betrachtung der aktuellen Entwicklung, realistisch. Der Grund für diese Verlangsamung liegt in der Verfasstheit des chinesischen Wachstumsmodells. Die politische Führung hat konsequent auf ein Wachstumsmodell gesetzt, in dessen Zentrum Investitionen stehen. Exportüberschüsse trugen ebenfalls in nicht geringem Maße zum Wachstum bei, waren aber nur eine Folge der hohen Investitionen. Die hohen Investitionsraten ließen sich nur zulasten des Konsums erreichen und führten schließlich dazu, dass die Konsumrate eine der niedrigsten weltweit ist. Ohne einen niedrigen Konsum, wäre es nicht möglich gewesen, die hohe Investitionsrate auf Dauer zu finanzieren. Der Konsumverzicht ermöglichte es eine Sparquote von über 50 % in Relation zum BIP zu erzeugen. Dieses Sparverhalten zusammen mit dem massiven Einsatz der finanziellen Repression bildet das Fundament für das investitionsgetriebene Wachstum in China. Die enge Kontrolle des Finanzsektors, angefangen bei der Festlegung der Leitzinsen, gehört genauso dazu, wie die Ernennung der Bankvorstände durch Parteigremien. Ein weiterer Aspekt ist der enorme Vermögenstransfer von Sparern zu Schuldnern, der unter anderem durch eine bewusste Niedrigzinspolitik, mangelnde Kapitalverkehrsfreiheit und eine unterbewertete Währung realisiert wurde.

Die massiven Investitionen lassen das Wachstumsmodell jedoch unweigerlich an seine Grenzen stoßen. Die chinesische Wirtschaft benötigt immer höhere Kapitalsummen zur Generierung des Wirtschaftswachstums. In den letzten sieben Jahren wuchs die Neuverschuldung schneller als das BIP. Im gleichen Zuge, wie die Investitionsrate zunimmt, um ein immer geringeres Wachstum zu finanzieren, muss die Sparquote ansteigen, um dies finanzieren zu können. Dies ist aber bei einer beispiellos hohen Sparquote von 50 % nahezu ausgeschlossen. Hinzukommt das Problem steigender Fehlallokationen im Rahmen einer äußerst großzügigen Kapitalvergabe. Begünstigt wird die Fehlallokation durch eine bewusste Aushebelung der Marktregeln, wie die Bevorzugung staatlicher Unternehmen bei der Kreditvergabe. Die Zurückstellung von Marktregeln gegenüber politischen Vorgaben im Zusammenhang mit der Kreditvergabe dürfte eine nicht unerhebliche Zahl von Kreditausfällen verursacht haben. Der Grund, warum diese Kreditausfälle nicht längst zu einer massiven Krise des Bankensektors geführt haben, liegt darin begründet, dass Laufzeiten verlängert oder Not leidende Kredite gegen Schuldverschreibungen des Finanzministeriums oder der Zentralbank eingetauscht werden.

So wie die Investitionen nicht mehr in der Lage sind ein Wachstum zu annehmbaren Kosten zu finanzieren, gelingt es der Exportindustrie kaum noch Steigerungen bei den Exporten zu erzielen. Als eine Folge der Globalen Finanzkrise sind die wichtigsten Exportmärkte, die Europäische Union und die USA, kaum noch in der Lage chinesische Überschüsse zu absorbieren. Andere Exportmärkte sind zumeist Entwicklungsländer und somit weder in der Lage noch Willens Exportdefizite (d. h. chinesische Exportüberschüsse) zu finanzieren. Der Ausfall der Exporte hat China in einem extremen Ausmaß von Investitionen abhängig gemacht und das Ende der Tragfähigkeit des bisherigen Wachstumsmodells beschleunigt.

Zu diesen wirtschaftlichen Ungleichgewichten gesellen sich gesellschaftliche Ungleichgewichte, die ein Spiegelbild der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes sind, hinzu. Die östlichen Provinzen profitierten zuerst von der wirtschaftlichen Öffnung aufgrund ihrer geografischen Nähe zu den Exportmärkten, während die Städte gegenüber dem ländlichen Raum finanziell bevorzugt wurden. In der Folge nehmen die Einkommensunterschiede zwischen ländlichem und städtischem Raum stetig zu, genau wie die Unterschiede zwischen östlichen und westlichen Provinzen. So liegt das Einkommen der Städter im Schnitt um ein Dreifaches über dem der Landbevölkerung. Zwar ist es der Volksrepublik gelungen die Anzahl der Bevölkerung, die per Definition in absoluter Armut lebt, substanziell zu verringern, doch steigt die relative Armut



insbesondere in den Städten stetig an, während sie auf das ganze Land betrachtet bei circa 13 % stagniert.

Aufgrund dieser Ungleichgewichte und ihrer negativen Folgen bemüht sich die KPCh um eine grundlegende Reform des Wachstumsmodells, um einer potenziellen Destabilisierung der politischen Ordnung des Landes vorzubeugen. Erschwert werden die Reformabsichten der KPCh-Führung durch eine Gruppe von Personen, die die rechtliche Unsicherheit und administrativen Grauzonen für ihren persönlichen Vorteil ausnutzen. Diese Unsicherheiten und Grauzonen haben ihren Ursprung in der schrittweisen Transformation der Planwirtschaft in eine Ökonomie, die nach marktwirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten operiert. Dank dieser Grauzonen konnten Parteimitglieder an der Schnittstelle von Staat und Markt ihre administrative Macht in finanzielle Vorteile ummünzen. Es bildeten sich enge Beziehungen zwischen Behördenmitgliedern und Unternehmern, in deren Folge sich korrupte Netzwerke etablierten. Im Ergebnis zeigen jene Profiteure kaum Interesse an Reformen und der Beseitigung rechtliche Unklarheiten. Dabei ist es gerade diese Gruppe von Personen, die die von der Zentrale vorgegebenen Reformen umsetzen muss. Außerdem steht dieses Verhalten, der Entwicklung einer modernen und differenzierten Volkswirtschaft entgegen, die auf einen professionellen Staat angewiesen ist, der gegenüber allen Teilnehmern des Wirtschaftslebens die gleichen Leistungen erbringt.

Diese Ausgangslage veranlasst die Partei zu umfassenden Reformanstrengungen, die auf der Dritten Plenarsitzung des 18. Zentralkomitees beschlossen wurden. Aus wirtschaftlicher Sicht bemüht sich die Partei das Wachstumsmodell im Rahmen der Sozialistischen Marktwirtschaft mit chinesischen Charakteristiken umzubauen. Im Kern geht es darum, die Rolle des Marktes zu stärken. Der Markt und nicht der Staat soll die Verteilung von Ressourcen übernehmen. Der Markt mit seinem Mechanismus von Angebot und Nachfrage soll die entscheidende Rolle bei der wirtschaftlichen Entwicklung einnehmen. Neben der Erhöhung der Rechtssicherheit und einem Abbau von Monopolen rücken staatliche Unternehmen in den Reformfokus. Anstatt eine Privatisierung dieser Unternehmen, wie sie sich in vielen westlichen Staaten vollzogen hat, anzustreben, ist eine Effizienz- und Ertragssteigerung das Ziel. Ein ähnliches Muster lässt sich bei den Reformvorstellungen des Finanzsektors erkennen. Unter anderem sollen Zinssätze weiter liberalisiert werden und der Markteintritt soll erleichtert werden. Banken im Privatbesitz bleiben aber weiterhin in der Minderheit und sind de facto auf bestimmte Geschäftsfelder beschränkt. Die Partei in Form des Staates behält sich die entscheidende Kontrolle über den Finanzmarkt vor.

Neben den Reformen der SU und des Marktes wird auch eine Neuregelung der Finanzmittelverteilung zwischen dem Zentralstaat und den lokalen Gliedern in Zusammenhang mit einer angepassten Aufgabenverteilung in Aussicht gestellt. Zusätzlich geht es darum Verwaltungskompetenzen und Zuständigkeiten von Behörden klar zu regeln, gleiches gilt für das Verhältnis von Zentral- und Lokalstaat. Verbesserte Eigentumsrechte auf dem Land sollen ein weiteres Auseinanderdriften der sozialen Unterschiede verhindern.

Alle diese Punkte sind geeignet die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichte abzuschwächen, unter der Voraussetzung, dass eine umfassende Umsetzung gelingt. Damit dies gelingt, bemüht sich die Parteiführung Widerstände gegen die Reformen aufgrund von Partikularinteressen abzubauen. Dabei bedient sich die Partei des erprobten Mittels der Kampagne, um korrupte Praktiken in Verwaltung und Partei zu beenden. Der neuerliche Anlauf die Korruption auszuschalten geht wesentlich weiter als vorherige Anstrengungen. Anstatt wie bisher vor allem mittlere und untere Kader für korrupte Praktiken zu belangen, werden nun auch zunehmend ranghohe Parteimitglieder öffentlich belangt. Darüber hinaus lässt sich der Versuch beobachten, einen Mentalitätswechsel innerhalb der Partei zu vollziehen. Wurde Korruption früher oft geduldet, wird sie nun als ernste Gefahr für die eigene Herrschaft dargestellt. Überbordende Auftritte und das Streben nach Luxus werden kritisiert und als schädlich für die Beziehung zwischen Partei und Bevölkerung bezeichnet. Anstatt nach persönlichem Reichtum zu streben, werden der Dienst gegenüber der Bevölkerung und eine engere Verbundenheit mit dieser angestrebt. Dies soll möglichen Krisen vorbeugen und das Bild der Partei in der Bevölkerung positiv beeinflussen.

Die Bekämpfung der Korruption ist aber keineswegs darauf beschränkt das Image der Partei zu verbessern. Es ist auch Teil der Reformbemühungen staatliche Stellen in die Lage zu versetzen, die notwendigen Dienstleistungen für eine moderne ausdifferenzierte Volkswirtschaft bereitzustellen. Dies geht aber nur ohne die allgegenwärtige Korruption, die einige bevorteilt und jene, die nicht über privilegierten Zugang zu Behörden verfügen benachteiligt und so deren Entwicklungsmöglichkeiten hemmt. Die Bekämpfung der Korruption ist auch als präventive Maßnahme zu verstehen, die steigende Anspruchshaltung einer modernen Gesellschaft und Wirtschaft auf eine saubere und kompetente Administration zu befriedigen. Die Bestrebungen das Regieren entlang rechtsstaatlicher Prinzipien zu organisieren bezeugt überdies den Willen, einen transparenten und gegenüber allen Bürgern gleichermaßen verpflichteten Staatsapparat zu etablieren. Diese Anstrengungen zielen darauf ab, die Performanz des Staates zu erhöhen, um mit

zukünftigen Herausforderungen fertig zu werden und um in der Lage zu sein, die Reformen in ihrer notwendigen Komplexität umzusetzen.

Hinter all diesen Reformmaßnahmen verbirgt sich das Bestreben der Machthaber in Beijing, die eigene Herrschaft zu stützen und den neuen Gegebenheiten anzupassen. Alle Reformbeschlüsse sind so verfasst, dass die Herrschaft der Partei in ihren Grundfesten erhalten bleibt. Die Partei ermutigt andere gesellschaftliche Gruppen zur Teilnahme bei der Umsetzung der Reformen und stellt eine Reihe von Partizipationsrechten in Aussicht, ohne aber Schlüsselemente der eigenen Herrschaft, wie den beherrschenden Einfluss auf den Bankensektor, preiszugeben.

Ob es der Partei gelingt ihr ambitioniertes Reformprogramm umzusetzen wird sich mit der Zeit herausstellen. Die Zeit des Megawachstums ist vorbei und dürfte mit Fortschreiten der Reformen weiter zurückgehen. Die eifrigen Reformbekenntnisse, die angedeutete Bereitschaft tief greifende Änderungen durchzuführen und die Reform Erfahrungen der KPCh lassen eine positive Erwartung aufkommen. Dennoch sei auf die Unwägbarkeiten eines solch umfangreichen Vorhabens und die vielen Einflussfaktoren, wie beispielsweise die Entwicklung der Weltwirtschaft, außerhalb der Kontrolle der Partei hingewiesen. Dass, man sich in der Partei auf solch ein riskantes Unterfangen verständigt hat, verdeutlicht die Dringlichkeit der Reformen. Ohne eine ökonomische Neuausrichtung droht China wirtschaftliche Stagnation und politische Instabilität.

## Quellenverzeichnis

Ahuja, Ashvin/Nabar, Malhar (2012): Investment-Led Growth in China: Global Spillovers, in: International Monetary Fund Working Paper, WP 12/267.

Barton, Dominic/Chin Youngang/u. a. (2013): Mapping China's middle class, in: McKinsey Quarterly, online verfügbar: [http://www.mckinsey.com/insights/consumer\\_and\\_retail/mapping\\_chinas\\_middle\\_class](http://www.mckinsey.com/insights/consumer_and_retail/mapping_chinas_middle_class), (abgerufen am 10.04.2015).

Barron's (2015): The Risks to China From Rapid Credit Growth, (30.01.2015), online verfügbar: <http://www.barrons.com/articles/the-risks-to-china-from-rapid-credit-growth-1422612058>, (abgerufen am 01.11.2015).

Bloomberg (2014): China's Transition. The Third Plenum – One Year on, (10.2014).

Blomberg (2015): Former China Security Head Spied on Leaders, Probe Said to Find, (21.04.2015), online verfügbar: <http://www.bloomberg.com/news/articles/2015-04-19/former-china-security-head-spied-on-leaders-probe-said-to-find>, (abgerufen am 01.11.2015).

Bloomberg (2015a): China's GDP Growth Beats Forecasts as Stimulus Supports Spending, (19.10.2015), online verfügbar: <http://www.bloomberg.com/news/articles/2015-10-19/china-s-gdp-growth-beats-forecasts-as-stimulus-supports-spending>, (abgerufen am 26.05.2015).

Breznitz, Dan/Murphree, Michael (2011): Run of the Red Queen. Government, Innovation, Globalization, and Economic Growth in China, New Haven, London.

Caixin (2013): *cunkuan shangxian wanquan fangkai kenengxing buda* 存款上限完全放开可能性不大 (Die Wahrscheinlichkeit einer kompletten Liberalisierung der Spareinlagen nach oben ist nicht sehr groß), (14.07.2013), online verfügbar: <http://finance.caixin.com/2013-07-14/100555568.html>, (abgerufen am 18.03.2015).

Caixin (2015): *difang zhaiwu qingkuang toumingdu zui di 99% bu pilu* 地方债务情况透明度最低 99% 不披露 (Die Lage der regionalen Verschuldung ist zu 99% unklar), (09.08.2015), online verfügbar: <http://china.caixin.com/2015-08-05/100836769.html>, (abgerufen am 01.11.2015).

Caixin (2015a): *wang shang yinhang xu shi* 网商银行蓄势 (), (06.08.2015), online verfügbar: <http://weekly.caixin.com/2015-06-05/100816391.html>, (abgerufen am 01.11.2015).

Caixin (2015b): *jiushi de wenti yu mishi de jianguan* 救市的问题与迷失的监管 (Das Problem der Finanzmarktrettung und der Kontrollverlust), (06.07.2015), online verfügbar: <http://m.opinion.caixin.com/m/2015-07-06/100825569.html>, (abgerufen am 01.11.2015).

Caixin (2015c): How Beijing Intervened to Save China's Stocks, (16.07.2015), online verfügbar: <http://english.caixin.com/2015-07-16/100829521.html>, (abgerufen 01.11.2015).

Caixin (2015d): Year after Launch of Shanghai FTZ, Three New Zones Set to Open, (01.16.2015), online verfügbar: <http://english.caixin.com/2015-01-16/100775327.html>, (abgerufen am 01.11.2015).

China Banking Regulatory Commission (2014): *zhongguo yinhangye jian du guan li wei yuan hui 2013 nian bao* 中国银行业监督管理委员会 2013 年报 (Jahresbericht 2013 der Bankenaufsichtsbehörde der Volksrepublik Chinas), (14.06.2014), online verfügbar: <http://www.cbrc.gov.cn/chinese/home/docView/3C28C92AC84242D188E2064D9098CFD2.html>, (abgerufen am 17.03.2015).

China Daily (2015): 28 high-ranking Chinese officials probed for corruption in 2014, (12.03.2015), online verfügbar: [http://www.chinadaily.com.cn/china/2015twosession/2015-03/12/content\\_19788747.htm](http://www.chinadaily.com.cn/china/2015twosession/2015-03/12/content_19788747.htm), (abgerufen am 01.11.2015).

ChinaFile (2013): Document 9: A ChinaFile Translation, (08.09.2013), online verfügbar: <http://www.chinafile.com/document-9-chinafile-translation>, (abgerufen 26.05.2015).

China Gate (2015): *youquan bi youqian? Zhongguo yiwanfuhao 91% shi guan jia zidi* 有权必有钱?! 中国亿万富豪 91%是官家子弟(Ist Macht gleich Geld?! 91 % der chinesischen Multimillionäre sind Kinder von Offiziellen), (01.24.2015), online verfügbar: <http://www.wenxuecity.com/news/2015/01/24/3975557.html>, (abgerufen am 11.04.2015).

China.org.cn (2014): Explanatory Notes for the 'Decision of the Central Committee of the Communist Party of China on Some Major Issues Concerning Comprehensively Deepening the Reform', (16.01.2014), online verfügbar: [http://www.china.org.cn/china/third\\_plenary\\_session/2014-01/16/content\\_31210122.htm](http://www.china.org.cn/china/third_plenary_session/2014-01/16/content_31210122.htm), (abgerufen am 01.11.2015).

China (Shanghai) Pilot Free Trade Zone (2015): *zhongguo (Shanghai) ziyoumaoyi shiyan qu quan qu gai kuang* 中国（上海）自由贸易试验区全区概况 (Übersicht über das gesamte Gebiet der experimentellen Freihandelszone in China (Shanghai)), online verfügbar: <http://www.china-shftz.gov.cn/Homepage.aspx>, (abgerufen am 31.01.2015).

Chinesische Volksbank (2014): *jinrong jigou renminbi cun kan jizhun lilü* 金融机构人民币存款基准利率 (Leitzins von Spareinlagen in RMB bei Finanzinstituten), (28.11.2014), online verfügbar: [http://www.pbc.gov.cn/publish/zhengcehuobisi/631/2014/20141128100508514232764/20141128100508514232764\\_.html](http://www.pbc.gov.cn/publish/zhengcehuobisi/631/2014/20141128100508514232764/20141128100508514232764_.html) (abgerufen an 2+0.05.2015).

Chinesische Volksbank (2014a): *jinrong jigou renminbi dai kuan jizhun lilü* 金融机构人民币贷款基准利率 (Leitzins von Darlehen in RMB bei Finanzinstituten), (28.11.2014), online verfügbar: [http://www.pbc.gov.cn/publish/zhengcehuobisi/631/2014/20141128101510852816551/20141128101510852816551\\_.html](http://www.pbc.gov.cn/publish/zhengcehuobisi/631/2014/20141128101510852816551/20141128101510852816551_.html), (abgerufen am 20.03.2015).

CNBC (2013): China's New Premier Pledges Reform, (17.03.2013), online verfügbar: <http://www.cnbc.com/id/100560454>, (abgerufen am 01.11.2015).

CNN (2008): Transcript of interview with Chinese Premier Wen Jiabao, (29.09.2008), online verfügbar:  
[http://edition.cnn.com/2008/WORLD/asiapcf/09/29/chinese.premier.transcript/index.html?\\_s=P](http://edition.cnn.com/2008/WORLD/asiapcf/09/29/chinese.premier.transcript/index.html?_s=P)  
M:WORLD, (abgerufen am 01.11.2015).

Cohen, David/Martin, Peter (2015): A Mandate not a Putsch: The Secret of Xi's Success, in: China Brief Jg. 15, Nr.3.

Contractor, Farok (2014): Renminbi Undervalued? Think again, in: Yale Global Online, (08.12.2014), online verfügbar: <http://yaleglobal.yale.edu/content/renminbi-undervalued-think-again>, (abgerufen am 20.02.2014).

Deng, Quheng/Gustafsson, Björn (2013): A New episode of Urban Income Inequality in China, in: Li, Shi/Sato, Hiroshi/Sicular, Terry (Hrsg.): Rising Inequality in China. Challenges to a Harmonious Society, New York, S. 255-288.

Deutsche Welle (2014): China's corruption crackdown 'is slowing the economy', (03.07.2014), online verfügbar: <http://www.dw.com/en/chinas-corruption-crackdown-is-slowing-the-economy/a-17755255>, (abgerufen am 01.11.2015).

Dickson, Bruce (2011): Who consents to the “Beijing Consensus”? Crony communism in China, in: Hsu, Philip/ Wu Yu-Shan/Zhao, Suisheng (Hrsg.): In Search of China's Development Model. Beyond the Beijing Consensus, Oxon, u. a., S. 189-204.

Dollar, David/Hofman, Bert (2008): Intergovernmental fiscal reforms, expenditure assignment, and governance, in: Lou, Jiwei/Wang, Shuilin (Hrsg.): Public Finance in China, Reform and Growth for a harmonious Society Washington D. C., S. 39-52.

Duowei Xinwen (2012): *zhou Yongkang yu Bo Xilai de lishi yuanyuan* 周永康与薄熙来的历史渊源 (Geschichte der Beziehung zwischen Zhou Yongkang und Bo Xilai), (14.04.2012), online verfügbar:  
<http://history.dwnews.com/news/2012-04-14/58702552-all.html>, (abgerufen am 01.11.2015).

Economy Watch (2015): China (People's Republic of China) Gross National Savings (% of GDP) Statistics (30.09.2015), online verfügbar: [http://www.economywatch.com/economic-statistics/China/Gross\\_National\\_Savings\\_Percentage\\_of\\_GDP/](http://www.economywatch.com/economic-statistics/China/Gross_National_Savings_Percentage_of_GDP/), (abgerufen am 01.11.2015),

Elliott, Douglas/Yan, Kai (2013): The Chinese Financial System. An Introduction and Overview, in: John L. Thornton China Center Monograph Series, Nr. 6.

Europäische Kommission (2014), Directorate-General for Trade: European Union, Trade in goods with China, (27.08.2014), online verfügbar:  
[http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc\\_113366.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113366.pdf), (abgerufen 23.03.2015).

Federal Reserve Bank of San Francisco (2014): China's Interest Rate Liberation Reform, (05.2014), online verfügbar: <http://www.frbsf.org/banking/publications/asia-focus/2014/may/china-interest-rate-liberalization-reform/Asia-Focus-China-Interest-Rate-Liberalization.pdf>, (abgerufen am 01.11.2015).

Fewsmith, Joseph (2013): Xi Jinping's fast start, in: China Leadership Monitor, Nr. 41.

Financial Times (2010): China Increases State Company Pay-outs, (30.12.2010), online verfügbar: <http://cachef.ft.com/cms/s/0/85413b18-1413-11e0-a21b-00144feabdc0.html#ixzz1GkMaJVr7>, (abgerufen am 01.11.2015).

Financial Times (2014): China rebalancing is a dangerous obsession, (02.07.2014), online verfügbar: <http://blogs.ft.com/beyond-brics/2014/07/02/guest-post-china-rebalancing-is-a-dangerous-obsession/>, (abgerufen am 23.03.2015).

finanzen.net (2015): Historische Kursdaten für CSI 300, (28.10.2015), online verfügbar im: <http://www.finanzen.net/index/CSI-300/Historisch>, (abgerufen am 01.11.2015).

Finanzministerium der VR China (2014): *guowuyuan guanyu jiaqiang difang zhengfu zhaiwu guanli de yilian* 国务院关于加强地方政府性债务管理的意见 (Meinung des Staatsrates zur Handhabung der steigenden Verschuldung der Lokalregierungen), (21.09.2014), online verfügbar: [http://www.mof.gov.cn/zhengwuxinxi/zhengcefabu/201410/t20141008\\_1146374.htm](http://www.mof.gov.cn/zhengwuxinxi/zhengcefabu/201410/t20141008_1146374.htm), (abgerufen am 01.11.2015).

Frankfurter Allgemeine Zeitung (2010): China ist Exportweltmeister, (10.01.2010), online verfügbar: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/konjunktur/deutschland-entthront-china-ist-exportweltmeister-1880222.html>, (abgerufen am 08.02.2015).

Frankfurter Allgemeine Zeitung (2014): In Shanghai fallen die Kapitalkontrollen, (23.05.2014), online verfügbar: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/fruehaufsteher/fortschreitende-reformen-in-china-in-schanghai-fallen-die-kapitalkontrollen-12954121.html>, (abgerufen 21.03.2015).

Fukumoto, Tomoyuki/Muto, Ichiro (2012): Rebalancing China's Economic Growth: Some Insights from Japan's Experience, in: China & World Economy, Jg. 20, Nr. 1, S. 62-82.

Goodhart, Charles/Zeng, Xiaodong (2007): China's banking reform, in: Sanders, Richard/Chen, Yang (Hrsg.): China's Post-Reform Economy – Achieving Harmony, Sustaining Growth, Oxon, u. a., S. 105-118.

Gore Lance (2015): China's Leading Group for Comprehensively Deepening Reforms, online verfügbar: [http://www.academia.edu/7109456/Chinas\\_Leading\\_Group\\_for\\_Comprehensively\\_Deepening\\_Reforms\\_Table\\_1\\_Central\\_Leading\\_Group\\_on\\_Comprehensively\\_Deepening\\_Reforms\\_Director\\_Xi\\_Jinping\\_Deputy\\_Directors](http://www.academia.edu/7109456/Chinas_Leading_Group_for_Comprehensively_Deepening_Reforms_Table_1_Central_Leading_Group_on_Comprehensively_Deepening_Reforms_Director_Xi_Jinping_Deputy_Directors), (abgerufen am 01.11.2015).

He, Zengke (2000): Corruption and anti-corruption in reform China, in: Communist and Post-Communist Studies, Jg. 33, Nr. 2, S. 342-270.

Heilmann, Sebastian (2010): Economic Governance: Authoritarian Upgrading and Innovative Potential, in: Fewsmith, Joseph (Hrsg.): China Today, China Tomorrow. Domestic Politics, Economy, and Society, Lanham, Boulder, u. a., S. 109-128.

Henan.gov.cn (2014): *henan chutai shuini gongye jiegou tiaozheng fangan zhili shuini channeng guosheng* 河南出台水泥工业结构调整方案 治理水泥产能过剩 (Die Provinz Henan hat offiziell den Plan der Strukturanpassung der Zementindustrie zur Steuerung des Produktionsüberschusses bei Zement verkündet), (05.11.2014), online verfügbar: <http://www.henan.gov.cn/jrhn/system/2014/11/05/010505778.shtml>, (abgerufen am 03.04.2015).

hexun.com (2015): *daikuan lilü* 贷款利率 (Darlehenszinsen), (28.06.2015), online verfügbar: <http://data.bank.hexun.com/ll/dkll.aspx>, (abgerufen am 01.11.2015)

Heydemann, Steven (2007): Upgrading Authoritarianism in the Arab World, in: The Brookings Institution, Analysis Paper, Nr. 13.

Hinnebusch, Raymond (2012): Syria: from 'authoritarian upgrading' to revolution?, in: International Affairs, Jg. 88, Nr. 1, S. 95-113.

Hongkong Economic Journal (2013): *fang junxiang: sanzongquanhui dailai de qili* 方俊祥: 三中全會帶來的契機 (Fang Junxiang: Der durch das Dritte Plenum herbeigeführte Wendepunkt), (07.11.2013), online verfügbar: <http://www2.hkej.com/wm/article/id/334428>, (abgerufen am 01.11.2015).

Huang, Yiping (2010): Dissecting the China Puzzle: Asymmetric Liberalization and Cost Distortion, in: China Center for Economic Research Peking University: Working Papers, (03.2010), Nr. E201003.

Internationaler Währungsfond (2012): Is China Over-Invested and Does it Matter?, IMF Working Paper, WP/12/227.

Internationaler Währungsfond (2014): World Economic Outlook Database, (04.2014), online verfügbar: <https://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2014/01/weodata/download.aspx>, (abgerufen am 10.02.15).

Internationaler Währungsfond (2014a): Fiscal Vulnerabilities and Risks from Local Government Finance in China, IMF Working Paper, WP/14/4.

Johansson, Anders (2012): Financial Repression and China's Economic Imbalances, in: McKay, Huw/Song, Ligang (Hrsg.): Rebalancing and Sustaining growth in China, Canberra, S. 45-65.

Lam, Willy Wo-Lap (2015): Chinese Politics in the Era of Xi Jinping, New York.

Lardy, Nicholas (2008): Financial Repression in China, in: Policy Brief Peterson Institute for International Economics, Policy Brief, Jg. 8, Nr. 8.



Lardy, Nicholas (2012): *Sustaining China's Economic Growth after the Global Financial Crisis*, Washington, D.C.

Lardy, Nicholas/Borst, Nicholas (2013): *A Blueprint for Rebalancing the Chinese Economy*, in: *Policy Brief*, Peterson Institute for International Economics, Jg. 12, Nr. 2.

Li, David (2001): *Beating the Trap of Financial Repression in China*, in: *Cato Journal*, Jg. 21, Nr. 1, S. 77-90.

Li, Shi/Luo, Chuliang/Sicular, Terry (2013): *Overview: Income Inequality and Poverty in China, 2002-2007*, in: Li, Shi/Sato, Hiroshi/Sicular, Terry (Hrsg.): *Rising Inequality in China. Challenges to a Harmonious Society*, New York, S 44-84.

Li, Shi/Sato, Hiroshi/Sicular, Terry (2013): *Rising Inequality in China: Key Issues and Findings*, in: Li, Shi/Sato, Hiroshi/Sicular, Terry (Hrsg.): *Rising Inequality in China. Challenges to a Harmonious Society*, New York, S. 1-43.

Lin, Yifu Justin (2012): *Demystifying the Chinese Economy*, Cambridge/u. a.

Ma, Guonan/McCauley, Robert/u. a. (2014): *The Roles of Saving, Investment and the Renminbi in Rebalancing the Chinese Economy*, in: *Review of International Economics*, Jg. 21, Nr. 1, 2013, S. 72-83.

Mao Zedong (1943): *Selected works of Mao Zedong*, Bd. 3. *Some Questions Concerning Methods of Leadership*, online verfügbar:  
[https://www.marxists.org/reference/archive/mao/selected-works/volume-3/mswv3\\_13.htm](https://www.marxists.org/reference/archive/mao/selected-works/volume-3/mswv3_13.htm), (01.11.2015).

Marquis, Christopher/Yang, Zoe (2013): *Corruption: Chinese People Look For Action, But Words Matter Too*, (03.09.2013), online verfügbar:  
<http://ecommons.library.cornell.edu/handle/1813/36854>, (abgerufen am 01.11.2015).

Meisner, Mitch (1978): *Dazhi. The Mass Line in Practice*, in: *Modern China*, Jg. 4, Nr. 1, S. 27-67.

Mertha, Andrew (2009): "Fragmented Authoritarianism 2.0": *Political Pluralization in the Chinese Policy Process*, in: *The China Quarterly*, o. Jg., Nr. 200, S. 95-1012.

Miller, Alice (2014): *How Strong is Xi Jinping*, in: *China Leadership Monitor*, Nr. 43.

Mingpao (2015): *mimi shenxun zhou yongkang mian si* 秘密審訊 周永康免死 (Geheimprozess: Zhou Yongkang entgeht dem Tod), (11.06.2015), online verfügbar:  
<http://news.mingpao.com/pns/%E7%A7%98%E5%AF%86%E5%AF%A9%E8%A8%8A%20%20%E5%91%A8%E6%B0%B8%E5%BA%B7%E5%85%8D%E6%AD%BB-%E6%94%B6%E8%B3%841.6%E5%84%843%E7%BD%AA%E6%88%90%E7%AB%8B%E5%9B%9A%E7%B>

5%82%E8%BA%AB%E4%B8%8D%E4%B8%8A%E8%A8%B4/web\_tc/article/20150612/s00001/1434044910470, (abgerufen am 01.11.2015).

Naughton, Barry (2009): Singularity and Replicability in China's Developmental Experience, in: *China Analysis*, Nr. 68, (03.01.2009), online verfügbar: [http://chinapolitik.de/resources/no\\_68.pdf](http://chinapolitik.de/resources/no_68.pdf) (16.05.2015).

Naughton, Berry (Hrsg.) (2013): *Wu, Jinglian. Voice of Reform in China*, Cambridge MA.

News of the CPC (2012): *zhongyang zhengzhiju zhaokaihuiyi shenyi guanyu gaijin gongzuo zuofeng, miqie qunzhong de youguan guiding fenxinyanjiu erlingyisan nian jingji gongzuo* 中共中央政治局召开会议审议关于改进工作作风、密切联系群众的有关规定分析研究二〇一三年经济工作 (Das Politbüro des Zentralkomitees der KPCh beruft eine Arbeitskonferenz zur Verbesserung des Arbeitsstils ein; Enge Beziehungen zu den Massen stehen in Verbindung zur Analyse der Arbeit im Wirtschaftsbereich von 2013), (05.12.2012), online verfügbar: <http://cpc.people.com.cn/n/2012/1205/c64094-19793530.html>, (abgerufen am 01.11.2015).

News of the CPC (2013): *wang changjiang: chudong liyi yuanhe nan yu chuji linghun* 王长江: 触动利益缘何难于触及灵魂 (Wang Changjiang: Warum es schwerer ist gegen Interessen vorzugehen als die Seele zu berühren), (05.11.2013), online verfügbar: <http://theory.people.com.cn/n/2013/1226/c40531-23952361.html>, (abgerufen am 01.11.2015).

New York Times (2012): Billions in Hidden Riches for Family of Chinese Leader, (15.10.2012), online verfügbar: [http://www.nytimes.com/2012/10/26/business/global/family-of-wen-jiabao-holds-a-hidden-fortune-in-china.html?\\_r=0](http://www.nytimes.com/2012/10/26/business/global/family-of-wen-jiabao-holds-a-hidden-fortune-in-china.html?_r=0) (abgerufen 10.04.2015).

New York Times (2013): China Revives Mao-Era Self-Criticism, but This Kind Bruises Few Egos, (20.12.2013), online verfügbar: [http://www.nytimes.com/2013/12/21/world/asia/china-revives-mao-era-self-criticism-but-this-kind-bruises-few-egos.html?\\_r=0](http://www.nytimes.com/2013/12/21/world/asia/china-revives-mao-era-self-criticism-but-this-kind-bruises-few-egos.html?_r=0), (abgerufen am 01.11.2015).

OECD (2013): OECD Data, Household spending, Total, % of GDP, online verfügbar: <http://data.oecd.org/hha/household-spending.htm>, (abgerufen 26.06.15).

Oksenberg, Michel/Liberthal, Kenneth (1988): *Policy Making in China: Leaders, Structures, and Processes*, Princeton.

Ong, Lynette (2011): Fiscal federalism and soft budget constraints: The case of China, in: *International Science Review*, Jg. 33, Nr. 4, S. 1-20.

Pettis, Michael (2013): *Avoiding the Fall. China's Economic Restructuring*, Washington D. C.

Pettis, Michael (2013a): *The Great Rebalancing. Trade, Conflict, and the Perilous Road Ahead for the World Economy*, Princeton.

Pettis, Michael (2015): If we don't understand both sides of China's balance sheet, we understand neither, (01.09.2015), online verfügbar: <http://blog.mpettis.com/2015/09/if-we-dont-understand-both-sides-of-chinas-balance-sheet-we-understand-neither/>, (abgerufen am 01.11.2015).

Piffero, Elena (2009): What happened to participation? Urban development and authoritarian upgrading in Cairo's informal neighbourhoods, Bologna.

Pilling, David (2008): China's 'warp-speed' industrialization revolution, (17.12.2008), online verfügbar: <http://www.ft.com/cms/s/0/db443b20-cc5b-11dd-9c43-000077b07658.html#axzz3aJ5RsZbk>, (abgerufen am 26.06.2014).

Quandl (2015): China Total Investment, % of GDP, (29.07.2015), online verfügbar: [https://www.quandl.com/data/ODA/CHN\\_NID\\_NGDP-China-Total-Investment-of-GDP](https://www.quandl.com/data/ODA/CHN_NID_NGDP-China-Total-Investment-of-GDP), (abgerufen am 01.11.2015).

Quandl (2015a): China Gross National Savings, % of GDP, (29.07.2015), online verfügbar: [https://www.quandl.com/data/ODA/CHN\\_NGSD\\_NGDP-China-Gross-National-Savings-of-GDP](https://www.quandl.com/data/ODA/CHN_NGSD_NGDP-China-Gross-National-Savings-of-GDP), (abgerufen am 01.11.2015)

Qunzhongluxian wang (2015): *xi jinping: Zuo jiao yu lu shi de xianwei shuji xinzhong you dang xinzhong you ren xinzhong you ze xinzhong you jie* 习近平：做焦裕禄式的县委书记 心中有党 心中有民 心中有责 心中有戒 (Xi Jinping: Seid wie der Parteisekretär Jiao Yulu fokussiert auf die Partei, fokussiert auf die Bevölkerung, fokussiert auf Wachsamkeit), (13.01.2015), online verfügbar: <http://qzlx.people.com.cn/n/2015/0113/c364565-26373205.html>, (abgerufen am 01.11.2015).

Rajan, Raghuram (2010): Fault Lines. How Hidden Fractures Still Threaten the World Economy, Princeton.

Rechnungsprüfungsamt der VR China (2011): *2011 nian di 35 hao: quanguo defang zhengfu zhaiwu shenji jieguo* 2011 年第 35 号：全国地方政府性债务审计结果 (2011, Nr. 35: Die Ergebnisse des landesweiten Audits zur Art der Verschuldung der Lokalregierungen), (27.06.2011), online verfügbar: <http://www.audit.gov.cn/n1992130/n1992150/n1992500/2752208.html>, (abgerufen am 23.03.2015).

Rechnungsprüfungsamt der VR China (2013): *2013 nian di 32 hao gonggao: quanguo zhengfu xing zhaiwu shenji jieguo* 2013 年第 32 号公告：全国政府性债务审计结果, (2013, Bekanntgabe Nr. 32: Die Ergebnisse des landesweiten Audits zur Art der Verschuldung der Lokalregierungen), (30.12.2013), online verfügbar: <http://www.audit.gov.cn/n1992130/n1992150/n1992500/3432077.html>, (abgerufen am 27.03.2015).

Reinhart, Carmen/Kirkegaard, Jakob/u. a. (2011): Financial Repression Redux, in: Finance and Development, Jg. 48, Nr. 1, S. 22-26.

Reinhart, Carmen/Sbrancia, Belen. (2015): The Liquidation of Government Debt, in: International Monetary Fund Working Paper, WP 15/7.

Renmin Ribao (2007): *wen jiabao: zhongguo jingji yiran cunzai si ge juda de jiegou xing wenti* 温家宝: 中国经济依然存在四个巨大的结构性问题 (Wen Jiabao: In der chinesischen Wirtschaft gibt es nach wie vor vier große strukturelle Probleme), (16.03.2007), online verfügbar: <http://finance.people.com.cn/GB/1037/5480106.html>, (abgerufen am 08.02.2015).

Renmin Ribao (2014): *chanchu fubai juebu shouruan* 铲除腐败决不手软 (Bei der Ausrottung der Korruption gibt es kein Nachlassen), (01.07.2014), online verfügbar: [http://paper.people.com.cn/rmrb/html/2014-07/01/nw.D110000renmrb\\_20140701\\_6-01.htm](http://paper.people.com.cn/rmrb/html/2014-07/01/nw.D110000renmrb_20140701_6-01.htm), (abgerufen am 26.05.2014).

Renmin Ribao (2014a): *dui fubai lingrongren juefei konghua* 对腐败零容忍绝非空话 (Null Toleranz gegen Korruption ist absolut kein leeres Gerede), (30.06.2014), online verfügbar: <http://opinion.people.com.cn/n/2014/0630/c1003-25220565.html>, (abgerufen am 01.11.2015).

Renmin Ribao (2014b): *congyan zhi dang jiandingbuyi* 从严治党坚定不移 (Eine nach wie vor strenge Parteiführung), (30.07.2014), online verfügbar: [http://paper.people.com.cn/rmrb/html/2014-07/30/nw.D110000renmrb\\_20140730\\_4-01.htm](http://paper.people.com.cn/rmrb/html/2014-07/30/nw.D110000renmrb_20140730_4-01.htm), (abgerufen am 01.11.2015).

Renmin Ribao (2014c): *zhongyangzhonggong guanyi quanmian tuijin yifazhiguo ruogan zhongda wenti de jue ding* 中共中央关于全面推进依法治国若干重大问题的决定 (Die Entscheidung des ZK der KPCh hinsichtlich der gewichtigen Frage, wie weit das Regieren nach dem Gesetz grundsätzlich vorangetrieben werden soll), (29.10.2014), online verfügbar: <http://politics.people.com.cn/n/2014/1029/c1001-25926893.html>, (abgerufen am 01.11.2015).

Renmin Ribao (2015): *wang qishan qiangdiao: xunshi yao lijian gao zhenshe chang zai* 王岐山强调: 巡视要利剑高悬震慑常在 (Wang Qishan betont: Die Inspektionen werden durch ihre Schärfe ausgedehnten Schrecken verbreiten), (12.02.2015), online verfügbar: [http://news.xinhuanet.com/politics/2015-02/11/c\\_1114340409.htm](http://news.xinhuanet.com/politics/2015-02/11/c_1114340409.htm), (abgerufen am 01.11.2015).

Renmin Ribao (2015a): *zhou xiaochuan: cunkuan lilü shangxian jinnian fangkai gailü "feizhang gao"* 周小川: 存款利率上限今年放开概率“非常高” (Zhou Xiaochuan: Die Wahrscheinlichkeit einer Liberalisierung der oberen Grenze der Zinssätze für Spareinlagen noch in diesem Jahr ist sehr groß), (13.03.2015) online verfügbar: <http://finance.people.com.cn/n/2015/0313/c1004-26686862.html>, (abgerufen am 01.11.2015).

Renmin Ribao (2015b): *guoziwei yuan zhuren jiang jiemin yishen bei pan 16 nian* 国资委原主任蒋洁敏一审被判 16 年 (Der frühere Direktor der Kommission zur Kontrolle und Verwaltung von Staatsvermögen Jiang Jiemin wurde erstinstanzlich zu 16 Jahren verurteilt), (12.10.2015), online verfügbar: <http://politics.people.com.cn/n/2015/1013/c1001-27690340.html>, (abgerufen am 01.11.2015).

Reuters (2015): Interest rate cut puts China banks' profits on the line,(11.05.2015) ,online verfügbar: <http://www.reuters.com/article/2015/05/11/china-economy-banks-idUSL3N0Y21KS20150511>, (abgerufen am 01.11.2015).

Reuters (2015a): Fitch: Rapid Credit Growth Raises Doubts on China's Debt Sustainability, (11.05.2015), online verfügbar: <http://www.reuters.com/article/2015/05/12/idUSFit92217420150512>, (abgerufen am 01.11.2015).

Rose, Klaus/Sauernheimer, Karlhans (1999): Theorie der Außenwirtschaft, München<sup>13</sup>.

Scott, James (1972): Patron-Client Politics and Political Change in Southeast Asia, in: American Political Science Review, Jg. 66, Nr. 1, S. 91-113.

Shen, Chunli/Jin, Jing/Zou Heng-fu (2012): Fiscal Decentralization in China: History, Impact, Challenges, and next Steps, in: Annals of Economics and Finance, Jg. 13, Nr. 1, S. 1-51.

Shen, Hong/Zhao, Nong (2013): China's State Owned Enterprises. Nature, Performance and Reform, Singapur.

Shengyi She (2015): *2015 nian xinjiang shuini gongye xingshi jiang gengjia yanjun* 2015 年新疆水泥工业形势将更加严峻 (Die Lage der Zementindustrie in Xinjiang wird für das Jahr 2015 noch angespannter) (02.04.2015), online verfügbar: <http://www.100ppi.com/news/detail-20150402-554899.html>, (abgerufen am 01.11.2015).

Shih, Victor/Adolph, Christopher/Liu Mingxing (2012): Getting ahead in the Communist Party: Explaining the Advancement of Central Committee Members in China, in: American Political Science Review, Jg. 106, Nr. 1, S. 166-187.

Sina caijing (2015): *zhongguo laodongli renkoushu lianxu 3 nian xiajiang* 中国劳动力人口数量连续 3 年下降 (Die Anzahl der Erwerbsfähigen der chinesischen Bevölkerung geht das dritte Jahr in Folge zurück), (20.01.2015), online verfügbar: <http://finance.sina.com.cn/china/20150120/140221342422.shtml>, (abgerufen am 01.11.2015).

Sina jinrong licai (2006): *zhongguo yiwanchuhao 9 cheng yishang shi gaogan ziniu* 中國億萬富豪 9 成以上是高幹子女 (90 % der chinesischen Multimillionäre sind Kinder von hohen Kadern), (19.10.2006), online verfügbar: <http://financenews.sina.com/ausdaily/000-000-107-105/202/2006-10-19/1509124173.shtml>, (abgerufen am 01.11.2015).

Sina xinwen zhongxin (2013): *zhongyang pai 45 ge dudao zu luoshi qunzhongluxian zhengfeng* 中央派 45 个督导组落实群众路线整风 (Die Zentralkomitee entsendet 45 Überwachungsteams zur Umsetzung der Masselinie zur Behebung der schlechten Arbeitsstiele), (06.07.2013), online verfügbar: <http://news.sina.com.cn/c/2013-07-06/025427591088.shtml>, (abgerufen am 01.11.2015).

Sina xinwen zhongxin (2014): *guojia xinxing chengzhenhua guihua (2014-2020 nian)* 国家新型城镇化规划 (2014-2020 年) (Der Neue Nationale Urbanisierungsplan (2014-2020)) ,

(16.03.2014), online verfügbar: <http://news.sina.com.cn/c/2014-03-16/212029721385.shtml>, (abgerufen am 01.11.2015).

Sina *xinwen zhongxin* (2015): *jiang jiemín beikòng sān zuì dāng tíng gōng rěn bù huì* 蒋洁敏被控三罪 当庭供认不讳 (Jiang Jemin dreier Verbrechen angeklagt; gesteht alles vor Gericht), (14.04.2015), online verfügbar: <http://news.sina.com.cn/o/2015-04-14/025931713581.shtml?sudaref=openapi.qqzone.qq.com&retcode=0>, (abgerufen am 26.06.2015).

South China Morning Post (2012): Xi Jinping's time in Zhejiang: doing the business, (25.10.2013), online verfügbar: <http://www.scmp.com/news/china/article/1068825/chinas-leadership-transition-xi-jinpings-time-zhejiang>, (abgerufen am 01.11.2015).

South China Morning Post (2014): Former top general Xu Caikou to be charged with bribery offences, (29.10.2014), online verfügbar: <http://www.scmp.com/news/china/article/1627096/former-top-general-xu-caikou-charged-bribery-offences>, (abgerufen am 01.11.2015).

South China Morning Post (2014a): Early retirement or lying low: How Chinese officials cope with Xi's fearsome anti-graft drive, (09.07.2014), online verfügbar: <http://www.scmp.com/news/china/article/1550358/early-retirement-or-lying-low-how-chinese-officials-cope-xis-fearsome>, (abgerufen am 01.11.2015).

South China Morning Post (2015): China interest rate liberalisation nears completion, (22.05.2015), online verfügbar: <http://www.scmp.com/business/banking-finance/article/1807405/china-interest-rate-liberalisation-nears-completion>, (abgerufen am 01.11.2015).

Springer Gabler Verlag (2015): Gabler Wirtschaftslexikon, Gini-Koeffizient, online verfügbar: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/7712/gini-koeffizient-v15.html>, (abgerufen am 01.11.2015).

Springer Gabler Verlag (2015b): Gabler Wirtschaftslexikon: Sichteinlagen, online verfügbar: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/317/sichteinlagen-v9.html>, (abgerufen am 01.11.2015).

Staatliches Amt für Statistik der Volksrepublik China (2013): *guojia shuju* 国家数据 (Nationale Daten), online verfügbar: <http://data.stats.gov.cn/easyquery.htm?cn=C01&zb=A0209&sj=2014>, (abgerufen am 01.11.2015).

Staatliches Amt für Statistik der Volksrepublik China (2015): *2014 nian guomin jingji zai xin changtai xia pingwen yunxing* 2014年国民经济在新常态下平稳运行 (Im Jahr 2014 erreicht die nationale Wirtschaft einen sanften Übergang zur Neuen Normalität), (01.11.2015), online verfügbar: [http://www.stats.gov.cn/tjsj/zxfb/201501/t20150120\\_671037.html](http://www.stats.gov.cn/tjsj/zxfb/201501/t20150120_671037.html), (abgerufen am 09.02.2015).

Statista (2015): Number of registered and closed corruption cases involving Chinese Communist Party (CCP) officials in China from 2009 to 2013, online verfügbar:

<http://www.statista.com/statistics/250147/number-of-currup-tion-cases-of-chinese-communist-party-ccp-officials-in-china/>, (abgerufen am 01.11.2015).

Süddeutsche Zeitung (2015): Zeitenwende im Wirtschafts-Wunderland, (20.01.2015), online verfügbar: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/konjunktur-in-china-zeitenwende-im-wirtschafts-wunderland-1.2312385>, (abgerufen am 01.11.2015).

Sun, Xin/ Zhu, Jiangnan/Wu, Yiping (2014): Organizational Clientelism: An Analysis of Chinese Entrepreneurs in Chinese Local Legislatures, in: Journal of East Asian Studies, Nr. 14, S. 1-29.

The Atlantic (2013): Mapping China's income inequality, (13.09.2013), online verfügbar: <http://www.theatlantic.com/china/archive/2013/09/mapping-chinas-income-inequality/279637/>, (abgerufen am 01.11.2015).

The Australian (2011): Mistakenly-released report reveals embarrassing extent of Chinese corruption, (17.06.2011), online verfügbar: <http://www.theaustralian.com.au/news/world/accidentally-released-report-reveals-embarrassing-extent-of-chinese-corruption/story-e6frg6so-1226076938605>, (abgerufen am 01.11.2015).

The Diplomat (2013): China's "Mass Line" Campaign, (09.09.2013), online verfügbar: <http://thediplomat.com/2013/09/chinas-mass-line-campaign-2/>, (abgerufen am 01.11.2015).

The Diplomat (2014): Can China Save the Shanghai Free Trade Zone?, (20.09.2014), online verfügbar: <http://thediplomat.com/2014/09/can-china-save-the-shanghai-free-trade-zone/>, (abgerufen am 01.11.2015).

The Economist (2012): Prudence without a purpose, (26.05.2012), online verfügbar: <http://www.economist.com/node/21555761>, (abgerufen am 01.11.2015).

The Economist (2013): Wealthy politicians, (28.09.2013), online verfügbar: <http://www.economist.com/news/china/21586883-wealthy-politicians>, (abgerufen am 01.11.2015).

The Economist (2014): The world's second biggest consumer, (18.02.2014), online verfügbar: <http://www.economist.com/blogs/analects/2014/02/chinas-economy>, (abgerufen am 26.06.15).

The Economist (2014a): End of the golden era, (31.05.2014), online verfügbar: <http://www.economist.com/news/finance-and-economics/21603021-chinas-property-market-cooling-long-last-end-golden-era>, (abgerufen am 01.11.2015).

The Economist (2015): Back in the cold, (03.01.2015), online verfügbar: <http://www.economist.com/news/china/21637449-after-promising-signs-renaissance-chinas-old-rustbelt-suffers-big-setback-back-cold>, (abgerufen am 01.11.2015).

The Economist (2015a): A red flag, (07.07.2015), online verfügbar: <http://www.economist.com/blogs/freeexchange/2015/07/chinas-stockmarket-crash>, (abgerufen am 01.11.2015).

The National People's Congress of the People's Republic of China (2015): Constitution of People's Republic China, (26.07.2015), online verfügbar: [http://www.npc.gov.cn/englishnpc/Constitution/2007-11/15/content\\_1372962.htm](http://www.npc.gov.cn/englishnpc/Constitution/2007-11/15/content_1372962.htm), (abgerufen am 01.11.2015).

The Wallstreet Journal (2014): Undervalue/Overvalue: The Great Yuan Debate Continues, (13.05.2014), online verfügbar: <http://blogs.wsj.com/chinarealtime/2014/05/13/undervalueovervalue-the-great-yuan-debate-continues/>, (abgerufen am 26.06.2014).

The Wallstreet Journal (2014a): China Will Free Interest Rates, as It Loosens State's Reins, (12.03.2014), online verfügbar: <http://www.wsj.com/articles/SB10001424052702304020104579432011372086646>, (abgerufen am 01.11.2015).

Tong, Yangqi (2011): Morality, Benevolence, and Responsibility: Regime Legitimacy in China from Past to the Present, in: Journal of Chinese Political Science, Nr. 11, S. 141-159.

Trading Economics (2015a): Trading Economics: China Inflation Rate, (09.05.2015), online verfügbar <http://www.tradingeconomics.com/china/inflation-cpi> (abgerufen 01.11.2015).

Trading Economics (2016): China Current Account to GDP, 1980-2015, online verfügbar: <http://www.tradingeconomics.com/china/current-account>, (abgerufen, 01.11.2015).

Tsai, Kellee (2004): Off Balance: The Unintended Consequences of Fiscal Federalism in China, in: Journal of Chinese Political Science, Jg. 9, Nr. 2, S. 1-26.

United States Census Bureau (2015): Foreign Trade, Trade in Goods with China, (06.03.2015), online verfügbar: <https://www.census.gov/foreign-trade/balance/c5700.html>, (abgerufen am 01.11.2015).

Wall Street Journal (2014): China's Top 10 Social Problems: No Faith in the State, Selfishness, (16.09.2014), online verfügbar: <http://blogs.wsj.com/chinarealtime/2014/09/16/chinas-top-10-social-problems-no-faith-in-the-state-selfishness/>, (abgerufen 01.11.2015).

Wall Street Journal (2015): China's PBOC Asks Banks to Hold Steady on Deposit Rates, (14.05.2015), online verfügbar: <http://www.wsj.com/articles/china-central-bank-asks-banks-to-hold-steady-on-deposit-rates-1431592577>, (abgerufen am 01.11.2015).

Walter, Carl (2013): China and Its Financial System: What Could Go Wrong?, in: CFA Institute Conference Proceedings Quarterly, Jg. 30, Nr.3, S. 18-28, online verfügbar: <http://www.cfapubs.org/doi/pdf/10.2469/cp.v30.n3.4>, (abgerufen am 01.11.2015).

Walter, Carl/Howie, Fraser (2011): Red Capitalism. The Fragile financial foundations of China's extraordinary rise, Singapur.



Wank, David (2001): *Commodifying Communism: Business, Trust, and Politics in a Chinese City*, Cambridge.

Wie, Shen (2014): The Logic (or Illogic) of China's Local Government Debts Out of Control – Law, Governance or other Perspectives, in: *Hong Kong Law Journal*, Jg. 44, Nr. 3, S. 887-916.

World Trade Organization (2014): *Trade Profiles (09.2014)*, online verfügbar: <http://stat.wto.org/CountryProfile/WSDBCountryPFView.aspx?Language=E&Country=CN,DE,US>, (abgerufen am 01.11.2015).

World Bank (2015): *World Bank Data, China, Gross Capital Formation (% of GDP)* online verfügbar: <http://databank.worldbank.org/data/views/reports/tableview.aspx> (abgerufen am 01.11.2015).

World Bank/The Development Research Center of the State Council, P. R. China (2013): *China 2030, Building a Modern, Harmonious, and Creative Society*, Washington D.C.

Wu, Jinglian (2005): *Understanding and Interpreting Chinese Economic Reform*, Singapore 2005.

Xinhua (2012): *zai shoudu gejie xianxing xianfa gongbu shixing 30 zhounian dahui shang de jianghua* 在首都各界纪念现行宪法公布施行 30 周年大会上的讲话 (Rede vor den Abgeordneten des Volkes zum 30 jährigen Jubiläum des Inkrafttreten der Verfassung), (12.04.2012), online verfügbar: [http://news.xinhuanet.com/politics/2012-12/04/c\\_113907206.htm](http://news.xinhuanet.com/politics/2012-12/04/c_113907206.htm), (abgerufen am 01.11.2015).

Xinhua (2012a): *zhongyangzhonggong zhengzhiju zhaokaihuiyi xi jinping zhuchi* 中共中央政治局召开会议 习近平主持 (Das Politbüro des ZK beruft eine Konferenz ein; Xi Jinping führt den Vorsitz), (04.12.2012), online verfügbar: [http://news.xinhuanet.com/politics/2012-12/04/c\\_113906913.htm](http://news.xinhuanet.com/politics/2012-12/04/c_113906913.htm), (abgerufen am 01.11.2015).

Xinhua (2012b): Full text of Hu Jintao's report at 18th Party Congress, (17.11.2012), online verfügbar: [http://news.xinhuanet.com/english/special/18cpcnc/2012-11/17/c\\_131981259\\_5.htm](http://news.xinhuanet.com/english/special/18cpcnc/2012-11/17/c_131981259_5.htm), (abgerufen am 01.11.2015).

Xinhua (2013): *xi jinping: fanfu yao "laohu" "cangying" yiqi da* 习近平:反腐要“老虎”“苍蝇”一起打 (Xi Jinping: Korruptionsbekämpfung gegen „Tiger“ als auch „Fliegen“), (23.01.2013), online verfügbar: [http://news.xinhuanet.com/mrdx/2013-01/23/c\\_132121768.htm](http://news.xinhuanet.com/mrdx/2013-01/23/c_132121768.htm), (abgerufen am 01.11.2015).

Xinhua (2013a): *dang de qunzhongluxian jiaoyu shijian huodong gongzuo huiyi zhaokai xi jinping fabiao zhongyao jianghua* 党的群众路线教育实践活动工作会议召开 习近平发表重要讲话 (Arbeitskonferenz der Partei zur Massenlinie Bildung und Praxis- Xi Jinping hält eine wichtige Rede), (18.06.2013), online verfügbar: [http://news.xinhuanet.com/2013-06/18/c\\_116194026.htm](http://news.xinhuanet.com/2013-06/18/c_116194026.htm), (abgerufen am 01.11.2015).

Xinhua (2013b): *rang geige qizhi gaogao piaoyang „zhonggongzhongyang guanyu quanmian shenhua gaige ruogan zhongda wenti de jue ding“ dansheng ji* 让改革旗帜高高飘扬 -- 《中共中央关于全面深化改革若干重大问题的决定》诞生记 (Lasst das Banner von Reform und Öffnung hoch fliegen „Die Entscheidung des Zentralkomitee der KPCh hinsichtlich der wichtigen Frage wie umfassend und tief die Reformen sein sollen“ Notizen zur Entstehung), (18.11.2013), online verfügbar: [http://news.xinhuanet.com/politics/2013-11/18/c\\_118190755.htm](http://news.xinhuanet.com/politics/2013-11/18/c_118190755.htm), (abgerufen am 01.11.2015).

Xinhua (2013c): *shouquan fabu: zhonggongzhongyang guanyu quanmian shenhua gaige ruogan zhongda wenti de jue ding* 授权发布：中共中央关于全面深化改革若干重大问题的决定 (Autorisierte Veröffentlichung: Die Entscheidung des Zentralkomitee der KPCh hinsichtlich der wichtigen Frage wie umfassend und tief die Reformen sein sollen), (15.11.2013), online verfügbar: [http://news.xinhuanet.com/politics/2013-11/15/c\\_118164235.htm](http://news.xinhuanet.com/politics/2013-11/15/c_118164235.htm), (abgerufen am 01.11.2015).

Xinhua (2014): *woguo gangcai channeng chaoguo 10 yi dun gangtie zhen de mai baicaijia le* 我国钢材产能超过 10 亿吨钢铁真的卖白菜价了 (Die Stahlproduktion unseres Landes übertrifft 10 Mrd. Tonnen – Stahl verkauft sich wörtlich zu Spottpreisen), (27.10.2014), online verfügbar: [http://news.xinhuanet.com/yzyd/energy/20141027/c\\_1112982098.htm](http://news.xinhuanet.com/yzyd/energy/20141027/c_1112982098.htm), (abgerufen am 01.11.2015).

Xinhua (2014a): Facts & Figures: CPC's "mass line" campaign wraps up with achievements, (07.10.2014), online verfügbar: [http://news.xinhuanet.com/english/china/2014-10/07/c\\_127069864.htm](http://news.xinhuanet.com/english/china/2014-10/07/c_127069864.htm), (abgerufen am 01.11.2015).

Xinhua (2014b): *dangzheng lingdao ganbu ruhe xuanba renyong* 党政领导干部如何选拔任用 (Wie die Parteiadministration die besten führenden Kader auswählt und ernennt), (16.01.2014), online verfügbar: [http://news.xinhuanet.com/ziliao/2014-01/16/c\\_126013951.htm](http://news.xinhuanet.com/ziliao/2014-01/16/c_126013951.htm), (abgerufen am 01.11.2015).

Xinhua (2015): China's graft-busters hit more SOEs, (12.02.2015), online verfügbar: [http://news.xinhuanet.com/english/china/2015-02/12/c\\_127485525\\_2.htm](http://news.xinhuanet.com/english/china/2015-02/12/c_127485525_2.htm), (abgerufen am 01.11.2015).

Xinhua (2015a): China Headlines: Zhou Yongkang charged with bribery, abuse of power, intentional disclosure of state secrets, (03.04.2015), online verfügbar: [http://news.xinhuanet.com/english/2015-04/03/c\\_134122389.htm](http://news.xinhuanet.com/english/2015-04/03/c_134122389.htm), (abgerufen am 26.06.2014).

Yu, Yongding (2012): Rebalancing the Chinese Economy, in: Oxford Review of Economic Policy, Jg. 28, Nr.3, S. 551-568.

Yuen, Samson (2014): Disciplining the Party. Xi Jinping's anti-corruption campaign and its limits, in: China Perspective, o Jg., Nr. 3, S. 41-47.

Youtube (2010): *xi jinping jieshao zhejinag jingji* 习近平介绍浙江经济 (Xi Jinping stellt das zhejianger Wirtschaftsmodell vor) Xi Jinping Zhejiang Economy 1/9, (20.10.2010), online verfügbar: <https://www.youtube.com/watch?v=-DsPr5Y5xrc>, (abgerufen am 01.11.2015).

Zang Jun/Liu, Xiaofeng (2013): The evolving pattern of the wage-labor productivity nexus in China: Evidence form manufacturing firm-level data, in: *Economic Systems*, Jg. 37, Nr. 3, S. 354-368.

Zeng, Jinghan (2014): The Debate on Regime Legitimacy in China: bridging the wide gulf between Western and Chinese scholarship, *Journal of Contemporary China*, Jg. 23, Nr. 88, S. 612-635.

Zentrale Disziplinarkommission (2015): *Qingfeng zhengqi, duoshao qian dou mai bu lai de hongli* 清风正气，多少钱都买不来的红利 (Eine ehrliche Atmosphäre, einen Bonus den auch mit noch so viel Geld nicht kaufen kann), (13.02.2015), online verfügbar: [http://www.ccdi.gov.cn/yw/201502/t20150212\\_51324.html](http://www.ccdi.gov.cn/yw/201502/t20150212_51324.html), (abgerufen am 01.11.2015).

Zentrale Disziplinarkommission (2015a): *Huang shuxian: Quanguo chachu weifan zhongyang ba xiang guiding jingshen wenti 53058 qi* 黄树贤: 全国查处违反中央八项规定精神问题 53085 起 (Huang Shuxian: Die Zahl der landesweiten Untersuchungen wegen Verletzungen der Acht-Punkte Regeln belaufen sich auf 53.035), (07.01.2015), online verfügbar: [http://www.ccdi.gov.cn/yw/201501/t20150107\\_49817.html](http://www.ccdi.gov.cn/yw/201501/t20150107_49817.html), (abgerufen am 01.11.2015).

Zentralregierung der VR China (2014): *dangzheng lingdao ganbu xuanba renyong gongzuo tiaoli* 党政领导干部选拔任用工作条例 (Regularien zum Auswahlprozedere für führende Kader in Partei- und Regierungsadministration), (15.01.2014), online verfügbar: [http://www.gov.cn/jrzq/2014-01/15/content\\_2567800.htm](http://www.gov.cn/jrzq/2014-01/15/content_2567800.htm), (abgerufen am 01.11.2015).

Zhang, Qinghua/Zou, Heng-fu (2012): Regional Inequality in Contemporary China, in: *Annals of Economics and Finance*, Jg. 13, Nr. 1, S. 113-137.

Zhao, Dingxin (2009): The Mandate of Heaven and Performance Legitimation in Historical and Contemporary China, in: *American Behavioral Scientist*, Jg. 53, Nr. 3, S. 416- 433.

Zhejiang Daily (2006): *cong "liang zhi shou" kan shenhua gaige* 从“两只手”看深化改革 (Die Vertiefung der Reform- und Öffnungspolitik vom „Zwei-Hände Modell“ aus betrachtet), (17.03.2006), online verfügbar: [http://zjrb.zjol.com.cn/html/2006-03/17/content\\_59448.htm](http://zjrb.zjol.com.cn/html/2006-03/17/content_59448.htm), (abgerufen am 01.11.2015).

Zhejiang Daily (2006a): *dang de lingdao shi fazhi de genben baozheng* 党的领导是法治的根本保证 (Führende Parteikader sind eine wichtige Garantie für das Regieren nach dem Gesetz), (22.05.2006), online verfügbar: [http://zjrb.zjol.com.cn/html/2006-05/22/content\\_99647.htm](http://zjrb.zjol.com.cn/html/2006-05/22/content_99647.htm), (abgerufen am 01.11.2015).

Zhejiang Daily (2006b): *“zhejiang ren jingji” tuozhanzhejiang jingji* “浙江人经济”拓展浙江经济 (Das zhejianger Unternehmertum erweitert die zhejianger Wirtschaft), (01.11.2006), online

verfügbar: [http://zjrb.zjol.com.cn/html/2006-11/01/content\\_2114520.htm](http://zjrb.zjol.com.cn/html/2006-11/01/content_2114520.htm), (abgerufen am 01.11.2015).